

47. Sitzung

am Dienstag, dem 21. März 2023

Inhalt

Fragestunde

Anfrage 1: Errichtung eines kommunalen Mehrwegsystems im Zuge des Mehrweggebots
Anfrage der Abgeordneten Volker Stahmann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 15. Februar 2023..... 2698

Anfrage 2: Wohnortnahe und bedarfsgerechte Postdienstleistungen für alle Bremer Bürger und Bürgerinnen
Anfrage der Abgeordneten Mehmet Ali Seyrek, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 15. Februar 2023..... 2701

Anfrage 3: Hält der Senat sein Versprechen: Höhergruppierung aller Erzieherinnen und Erzieher in die Tarifgruppe SuE 8b
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hiltz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP
vom 15. Februar 2023..... 2703

Anfrage 4: Wohnraum für junge Menschen in Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP
vom 15. Februar 2023..... 2704

Anfrage 5: Sportvereine und Ganztagschule: Was plant der Senat?
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP
vom 15. Februar 2023..... 2706

Anfrage 6: Kommt es zu einer Preisspirale bei den Mieten durch Indexmietverträge?
Anfrage der Abgeordneten Falk-Constantin Wagner, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 15. Februar 20232708

Anfrage 7: Teilzeitbeschäftigung bei der BSAG
Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Ralf Schumann, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 15. Februar 20232710

Die schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang.

Aktuelle Stunde

Märchenpreise und veraltete Konzepte zur Innenstadtbelebung?
Abgeordneter Thore Schäck (FDP)2711
Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE)2714
Abgeordnete Dr. Solveig Eschen (Bündnis 90/Die Grünen)2716
Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU)2717
Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD)2719
Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE)2722
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte2723
Abgeordneter Thore Schäck (FDP)2725
Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU)2726
Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD)2728

Tausende unbearbeitete Akten und ungelesene Schreiben in einem Bremer Sozialzentrum – Aufklärung, Ursachen, Verantwortung und Auswege aus der Misere aufzeigen

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU)	2729
Abgeordnete Birgitt Pfeiffer (SPD)	2732
Abgeordneter Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen).....	2733
Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP)	2735
Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE).....	2737
Senatorin Anja Stahmann.....	2740
Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU)	2743
Abgeordneter Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen).....	2744
Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU)	2745
Senatorin Anja Stahmann.....	2746

**Tausende unbearbeitete Akten im Bremer Sozialzentrum – Forderung nach umfassender Aufklärung, Verantwortungsübernahme und Herstellung funktionierender Verwaltungsstrukturen
Antrag der Fraktion der CDU vom 21. März 2023
(Drucksache 20/867 S).....2747**

**Versprochene Gebührenstabilität bei der Abfallgebühr kassiert: Wie wird sich die Abfallgebühr zukünftig entwickeln?
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 6. Juli 2022
(Drucksache 20/731 S)**

Dazu

**Mitteilung des Senats vom 20. September 2022
(Drucksache 20/764 S)**

Abgeordneter Martin Michalik (CDU)	2748
Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD)	2749
Abgeordneter Martin Michalik (CDU)	2750
Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD)	2750
Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen).....	2750
Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE).....	2752
Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP)	2753
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer	2754

**Sanierungsstau an Bremer Schulen und Kitas
Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 18. Juli 2022
(Drucksache 20/734 S)**

Dazu

**Mitteilung des Senats vom 8. November 2022
(Drucksache 20/787 S)**

Abgeordneter Thore Schäck (FDP)	2756
Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD)	2757
Abgeordnete Yvonne Averwieser (CDU)	2758
Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen)	2760
Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE)	2761
Staatsrat Dr. Martin Hagen	2762
Abgeordneter Thore Schäck (FDP)	2763
Staatsrat Dr. Martin Hagen	2764

**Ortsgesetz über die Begrünung von Freiflächen und Flachdachflächen in der Stadtgemeinde Bremen
(Begrünungsortsgesetz Bremen)
Mitteilung des Senats vom 7. März 2023
(Drucksache 20/858 S)**

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)	2764
Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE).....	2766
Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP)	2767
Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU).....	2767
Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD)	2768
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.....	2769
Abstimmung	2770

**Gewerbeentwicklungsprogramm der Stadt Bremen 2030
Mitteilung des Senats vom 14. März 2023
(Drucksache 20/865 S)..... 2770**

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 21. März 2023.....	2772
--	------

Anfrage 8: hanseWasser Ver- und Entsorgungs-GmbH

Anfrage der Abgeordneten Klaus-Rainer Rupp, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 15. Februar 2023 2772

Anfrage 9: Fachkräftemangel als Ursache für fehlende Kitaplätze

Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 21. Februar 2023..... 2773

Anfrage 10: Unterstützungsangebote für obdachlose und suchtkranke Frauen

Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 21. Februar 2023..... 2773

Anfrage 11: Zusätzliche öffentliche Toiletten

Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 22. Februar 2023..... 2774

Anfrage 12: Brandschutzsanierung des Kulturzentrums Schlachthof

Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Ralf Schumann, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 23. Februar 20232775

Anfrage 13: Welche Pläne hat der Senat für das alte Ortsamt Osterholz?

Anfrage der Abgeordneten Claas Rohmeyer, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 10. März 20232776

Anfrage 14: Situation auf dem Lucie-Flechtmann-Platz

Anfrage der Abgeordneten Mustafa Öztürk, Sahhanim Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. März 20232776

Anfrage 15: Versuchter Maulkorb im Bildungsressort?

Anfrage der Abgeordneten Yvonne Averwaser, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 15. März 20232777

Konsensliste2778

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Hartmut Bodeit, Dr. Thomas vom Bruch, Philipp Bruck, Jasmina Heritani, Michael Keller, Mazlum Koc und Muhammet Tokmak.

Präsident Frank Imhoff eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr.

Präsident Frank Imhoff: Die 47. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer und die Vertreter der Medien.

Zur Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wurde vereinbart, dass im Anschluss an den Tagesordnungspunkt 2 die Tagesordnungspunkte 30, 5, 6, 11, 22 und 28 behandelt werden sollen.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 13 Uhr, entnehmen können.

Dieser Tagesordnung können Sie auch die Eingänge gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei denen interfraktionell vereinbart wurde, sie nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich um die Tagesordnungspunkte 29 und 30.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

Meine Damen und Herren, weiterhin haben Sie für diese Sitzung die Konsensliste übermittelt bekommen. Es handelt sich um die Zusammenfassung der Vorlagen, die ohne Debatte und einstimmig behandelt werden sollen. Auf dieser Liste stehen die Tagesordnungspunkte 9, 17 bis 21, 25 bis 27 und 29.

Um diese Punkte im vereinfachten Verfahren zu behandeln, bedarf es eines einstimmigen Beschlusses der Stadtbürgerschaft.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob eine Behandlung im vereinfachten Verfahren erfolgen soll.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit dem vereinfachten Verfahren einverstanden.

(Einstimmig)

Ich lasse jetzt gemäß § 22 der Geschäftsordnung über die Konsensliste selbst abstimmen.

Wer der Konsensliste seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste zu.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen 15 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Anfrage 1: Errichtung eines kommunalen Mehrwegsystems im Zuge des Mehrweggebots Anfrage der Abgeordneten Volker Stahmann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 15. Februar 2023

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Wir fragen den Senat:

1. Zu welchen Ergebnissen hat die Prüfung der Errichtung eines kommunalen Mehrwegsystems und damit eines öffentlichen Leihangebots geführt, die mit dem Antrag „Mehrweggebot für Veranstaltungen“, Drucksache 20/690 S, beschlossen wurde?

2. Welche öffentlichen Unternehmen eignen sich aus Sicht des Senats besonders für die Umsetzung des öffentlichen Mehrwegsystems?

3. Wie bewertet der Senat die Möglichkeit, ein kommunales Mehrwegsystem in Zusammenarbeit mit externen Anbietern zu entwickeln?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Am 1. März 2023 wurde durch den Vergabeausschuss für Angewandte Umweltforschung die Vorlage der BAB – die Förderbank für das Forschungsvorhaben – „Entwicklung von Maßnahmen und eines Strategieplans zur Etablierung einer einheitlichen Mehrweglösung für Bremer Veranstaltungen“ genehmigt. Auf Wunsch der BIS, Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH, wird auch Bremerhaven in dem Vorhaben berücksichtigt.

Das Projekt wird aufzeigen, wie ein etabliertes einheitliches Mehrwegsystem, geclustert für verschiedene Anwendungsfälle – zum Beispiel Großveranstaltungen, Kleinveranstaltungen, Märkte –, in den verschiedenen Akteursgruppen umgesetzt werden kann. Dabei wird eine nachhaltige und aus ökobilanzieller Sicht vorteilhafte Mehrweglösung erarbeitet und auf deren organisatorische, logistische und finanzielle Machbarkeit eingegangen. Weiter werden hygienerechtliche Aspekte bei der Etablierung und Nutzung einer Mehrweglösung berücksichtigt, und es wird ein Kommunikationskonzept – Öffentlichkeitsarbeit, Anreizsysteme – entworfen.

Das Vorhaben wurde durch die im Bremer Bündnis für Mehrweg zusammengeschlossenen einschlägigen Unternehmen, mit öffentlicher Beteiligung und rein private Unternehmen, angestoßen. Nach Zustimmung des Vergabeausschusses wird der Zuwendungsbescheid nun erteilt und das Vorhaben umgesetzt. Als Laufzeit des Projekts ist der Zeitraum vom 15. März 2023 bis 15. September 2024 geplant. Projektverantwortlich ist das Institut für Energie und Kreislaufwirtschaft an der Hochschule Bremen.

Der Senat wird das Vorhaben eng begleiten und in jeder Phase prüfen und abstimmen, ob Teilumsetzungen bereits vor Ende der Projektlaufzeit durchgeführt werden können.

Zu Frage 2: Regionale Unternehmen werden im Rahmen des Forschungsvorhabens eingebunden und auf jeweilige Eignung zur Erfüllung der bevorstehenden Maßstäbe und Ziele geprüft.

Zu Frage 3: Wenn sich die Zusammenarbeit mit einem externen Anbieter im Rahmen des Forschungsvorhabens als die geeignetste Lösung herausstellt, steht der Senat einer solchen Zusammenarbeit offen gegenüber. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Frau Senatorin, die Antwort hat jetzt aus meiner Sicht weder etwas mit meiner Frage noch mit der Umsetzung des Gesetzes zu tun. Das Gesetz zielte darauf ab, dass wir ein Mehrwegsystem einführen, um es den Betrieben, also gerade den gastronomischen Betrieben, im Umfeld der Stadt bei Feierlichkeiten einfacher zu machen und dass wir eine zentrale Ausgabestelle haben. Die Frage ist – und das Gesetz hat ja nicht zum Inhalt, ein Forschungsprojekt über schwer recycelbaren Kunststoff zu machen –: Können Sie mir den Zusammenhang noch einmal erklären?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ich habe Ihnen als Antwort gerade nicht gesagt, glaube ich, dass es ein Projekt über schwer recycelten Kunststoff ist, sondern dass es ein Projekt ist, das genau das zum Inhalt hat, was Sie ja auch fordern, nämlich: Wie können wir in Bremen ein einheitliches Mehrwegsystem für Großveranstaltungen, für Kleinveranstaltungen und für Märkte etablieren? Es ist aufwendig, ganz sicherlich, das zu etablieren, und deswegen hat der Vergabeausschuss von „Partnerschaft Umwelt Unternehmen“ es vergeben, um zu schauen, wie können wir das realisieren.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): In dem Forschungsprojekt steht jetzt, dass das Ende 2024 oder im September 2024 fertig sein soll. Ist das Forschungsprojekt Voraussetzung für die Umsetzung des Antrags der Bürgerschaft?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ich habe ja versucht, es gerade zu sagen: Wir haben das an „Partnerschaft Umwelt Unternehmen“ vergeben. Das ist das Bündnis für Mehrweg, also das, was Sie

als Ziel haben und das, was wir als Ziel haben, weg vom Einweggeschirr hin zum Mehrweggeschirr. Das hat es beauftragt, weil das Bündnis für Mehrweg im Prinzip das ist, das sich im Auftrag des Senats mit dem Thema beschäftigt. Dort sind viele Unternehmen auch zusammengeschlossen, und die entwickeln jetzt das Konzept, wie wir das machen können.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Ja, eine habe ich noch, vielleicht auch zwei! Vielleicht können Sie mir doch noch einmal erklären: Das Bündnis für Mehrweg ist ja nicht das Ziel des Beschlusses der Bürgerschaft und auch nicht meiner Nachfrage, sondern das Ziel sind die Unternehmen, mit denen man das in Kooperation machen kann. Jetzt habe ich in der Antwort der Deputation gelesen, dass Sie in der Terminabstimmung mit diesen Unternehmen sind. Ist das nicht nach einem Jahr ein bisschen spät, und warum ist das nicht vorher erfolgt?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Wir hatten im letzten Jahr Corona. Da waren ehrlicherweise alle weg vom Mehrweg, weil aus hygienischen Gründen alle auf Einweg gesetzt haben und sich auch die Unternehmen mit diesen Fragen in der Zeit mehr unter einem hygienischen Aspekt beschäftigt haben als leider unter dem Mehrwegaspekt. Die „Partnerschaft Umwelt Unternehmen“, ist eine etablierte Partnerschaft zwischen der Freien Hansestadt Bremen und vielen in Bremen ansässigen Unternehmen, und die haben das Bündnis für Mehrweg gegründet. Besser geht es doch gar nicht, als dass sich diejenigen, die dann am Ende auch Nutznießer eines Mehrwegsystems sein sollen, dort mit einbringen.

Insofern, ja, man hätte sich das alles immer früher wünschen können, aber ich bitte einfach auch zu bedenken, dass wir, wenn es um diese Frage des Geschirrs ging, in den letzten drei Jahren eine Hygienevorschrift nach der anderen hatten, die leider alle nicht Richtung in Mehrweg zielten, sondern erst einmal in Richtung Sauberkeit. Ich finde, es ist doch gut, dass wir uns jetzt mit Unternehmen zusammen auf den Weg machen, dass wir dieses Mehrwegsystem, ein einheitliches Mehrwegsystem, auf den Weg bringen, denn es geht ja nicht darum, irgendein Mehrwegsystem für irgendein Unternehmen zu entwickeln, sondern ein einheitliches Mehrwegsystem auf den Weg zu bringen, und dass man das jetzt mit den Akteuren auch macht.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Ich bin trotzdem etwas verwundert, denn aus Ihrem Haus ist ja am 22. Juli 2022 eine Vorlage gekommen mit einem Flyer, wo Mehrweggeschirr vom BUND empfohlen wird. Wieso nimmt man das denn nicht einfach und führt ein Mehrwegsystem ein oder spricht mit den Akteuren, die das umsetzen müssen? Das sind im Wesentlichen ja das Weserstadion als einer der größten Veranstalter oder die Messe oder wer auch immer. Dazu würde doch eine Logistik gehören, wie kann man ein Mehrwegsystem etablieren. Warum ist das nicht erfolgt, wenn Sie selbst schon die Antwort gegeben haben und diese Studie praktisch nicht gebraucht wird?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ich würde nicht sagen, wir brauchen diese Studie nicht, sondern noch einmal: Es ist nicht trivial, so ein einheitliches System auf den Markt zu bringen. Es geht ja nicht nur um das Bremer Weserstadion, sondern, ich hatte es ja gesagt, es geht um die Märkte, es geht um kleine Märkte, es geht um Großveranstaltungen und so weiter. Da geht es darum, eine Logistik aufzubauen, wie Sie richtigerweise sagen, es geht darum: Wie kommt was wohin? Wie wird es gewaschen?

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Wo? Wo wird es gewaschen?)

Wie teuer ist das? Wer schafft was an? Wenn man viele Unternehmen und viele Akteure dazugewinnt, dann kann man auch eine größere Marge an Geschirr kaufen.

Ich verstehe Ihre Kritik, dass es Ihnen nicht schnell genug geht, aber die Gespräche finden ja jetzt statt, und ich glaube, schneller wäre es jetzt unter den genannten Voraussetzungen – ich habe vorhin noch einmal auf die Coronakrise hingewiesen – nicht gegangen. Also insofern finde ich es richtig, diejenigen, die sich damit auch auskennen, jetzt damit zu beauftragen, so ein System aufzubauen, sonst macht das Weserstadion sein eigenes Mehrwegsystem und die Messe Bremen ihr eigenes Mehrwegsystem und jedes Unternehmen sein eigenes Mehrwegsystem. Sie wollen das effizient, wir auch, deswegen ein einheitliches Mehrwegsystem, aber das ist komplexer, und deswegen braucht es auch die Voraussetzungen dafür, die wir jetzt schaffen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Dass wir ein einheitliches Mehrwegsystem wollen, das war der Grund, warum wir das in die Gesetzesvorlage, in den Beschluss der Bürgerschaft hineingeschrieben haben. Die Erkenntnis hatten wir schon vor einem Jahr.

(Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Und die setzen wir jetzt um!)

Ich habe aber noch eine Frage zum Zeitplan: Sie schreiben, das Mehrweggebot für Getränke und Speisen soll bis spätestens 1. März 2024 eingeführt werden. Im Beschluss der Bürgerschaft steht aber, Getränke zum 1. März 2023 und Food zum 1. März 2024. Wieso verschieben Sie da den Beschluss?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Das habe ich noch einmal erklärt: Das Bündnis für Mehrweg und „Partnerschaft Umwelt Unternehmen“ hatten aufgrund der ganzen Hygienevorschriften sozusagen ein anderes Problem. Es lag auch deswegen auf Eis, weil wir uns in der Zeit von Corona und Pandemieauflagen nicht um das Thema Mehrweg, sondern um die ganzen Hygienevorschriften und die Logistik darum kümmern mussten, und die setzen wir jetzt um.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

(Abgeordneter Volker Stahmann [SPD]: Nein, Herr Präsident, mir reicht es!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 2: Wohnortnahe und bedarfsgerechte Postdienstleistungen für alle Bremer Bürger und Bürgerinnen
Anfrage der Abgeordneten Mehmet Ali Seyrek, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 15. Februar 2023

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Mehmet Ali Seyrek (SPD): Wir fragen den Senat:

1. Inwiefern kann der Senat das Empfinden von Seniorinnen und Menschen mit Beeinträchtigungen in Bremen nachvollziehen, dass sich ihr Zugang zu Postdienstleistungen verschlechtert hat und nicht

mehr in allen Stadtteilen ausreichend und bedarfsgerecht gegeben ist, zum Beispiel in der Vahr?

2. Welche Vor- und Nachteile sieht der Senat im Vorschlag des Bundeswirtschaftsministeriums, zukünftig auch Postautomaten für die wohnortnahe Versorgung mit Postdienstleistungen zuzulassen mit Blick auf Bremen, und wie bewertet er die vom Sozialverband geäußerten Bedenken?

3. Ist dem Senat bekannt, welche Planung die Deutsche Post verfolgt, um aktuell und künftig alle Bremerinnen und Bremer wohnortnah mit einem bedarfsgerechten Postdienstleistungsangebot zu versorgen, und sieht der Senat hier auch eine eigene Handlungspflicht, auf die Deutsche Post einzuwirken?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Sven Wiebe.

Staatsrat Sven Wiebe: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat ist der Ansicht, dass jeder Mensch die Möglichkeit erhalten muss, an sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Angeboten teilhaben zu können. Die Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und das Selbsthilfepotenzial sind zu fördern und auch durch geeignete Infrastrukturen zu ermöglichen. Postdienstleistungen stellen hierbei einen wichtigen Baustein in der Nahversorgungsstruktur dar.

Das Filialnetz der privatisierten Deutschen Post AG besteht zunehmend aus der Partnerschaft mit kleineren Einzelhandelsunternehmen. Durch diesen Strukturwandel im Vertrieb der Deutschen Post AG wurden bisherige vertraute Poststandorte an anderer Stelle im Einzelhandel ersetzt. Zudem ist das mit unterschiedlichen Partnern betriebene Vertriebsnetz der Deutschen Post AG häufigeren Fluktuationen ausgesetzt. Es kam zu Schließungen von Verkaufsstellen, regelmäßig aber auch zu Wiedereröffnungen sowohl in den bestehenden als auch an neuen Standorten. So wird nach Angaben der Deutschen Post AG aktuell auch ein Ersatzstandort für die postalische Verkaufsstelle im ehemaligen Real-Markt in der Vahr geprüft.

Der Senat kann nachvollziehen, dass sich im Empfinden vieler Menschen ihr Zugang zu Postdienstleistungen verschlechtert hat. Gleichwohl hat sich nach aktuellen Angaben der Deutschen Post AG die absolute Anzahl der Verkaufsstellen erhöht.

Derzeit bestehen 58 Postfilialen, die durch 77 DHL-Paketshops ergänzt werden. Die Zahl der Packstationen hat sich seit dem Jahr 2016 von 28 auf 98 Standorte erhöht. Ferner werden in der Stadtgemeinde Bremen rund 400 Postbriefkästen unterhalten.

Zu Frage 2: Automatisierte Poststationen sollen die von Kundinnen und Kunden am häufigsten nachgefragten Brief- und Paketdienstleistungen digital zur Verfügung stellen. Der Vorteil für die Bürgerinnen und Bürger kann als ein ergänzendes Serviceangebot durch ihre erweiterte zeitliche Nutzungsmöglichkeit angesehen werden. Gleichwohl teilt der Senat die Bedenken des Sozialverbands VdK Deutschland hinsichtlich der vollständigen Nutzbarkeit dieser Stationen für Menschen mit Beeinträchtigungen. Alle Menschen müssen im Sinne der Inklusion ihre Postgeschäfte selbstständig ausführen können.

Die Poststation als digitale Lösung kann nach Ansicht des Senats ein wohnortnahe personenbedientes Filialnetz ergänzen, aber nicht ersetzen. Die bisherige Strategie von Kooperationen zwischen der Deutschen Post AG und Gewerbetreibenden ist, auch im Sinne der Angebotsvielfalt im stadtteilbezogenen Einzelhandel, weiter zu stärken. Im Rahmen der Novelle des Postgesetzes wird sich der Senat für eine wohnortnahe und bedarfsgerechte Filialnetzversorgung von Postdienstleistungen einsetzen.

Zu Frage 3: Im Bereich des Postwesens hat der Bund auf Grundlage des Artikels 87f Grundgesetz eine flächendeckend angemessene und ausreichende Dienstleistungsversorgung zu gewährleisten. Die Deutsche Post AG hat sich verpflichtet, diese gesetzlich geforderte Grundversorgung sicherzustellen. Die zu erfüllenden Anforderungen hinsichtlich der Quantität und Qualität von Postdienstleistungen, darunter auch die Anzahl von Postfilialen, sind in der Post-Universaldienstleistungsverordnung geregelt. Die Aufsicht über die Einhaltung dieser Anforderungen obliegt der Bundesnetzagentur.

Der Senat steht in regelmäßigem Austausch mit der Regionalvertretung der Deutschen Post AG hinsichtlich ihrer Dienstleistungsangebote und Standortaktivitäten. Die Erfüllung dieser Anforderungen erfolgt bundesweit zunehmend durch rechtlich nicht zu beanstandende Kooperationen mit Einzelhandelsunternehmen. Der Senat wird die Deutsche Post AG wie auch weitere im Land Bremen tätige private Postdienstleistungsunternehmen in ihrer

Standortsuche hierzu bei Bedarf unterstützen. Anderweitige Planungen der Deutschen Post AG sind dem Senat auch für Bremen aktuell nicht bekannt. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Mehmet Ali Seyrek (SPD): Der Senat möchte sich also auch künftig für eine wohnungsnah und bedarfsgerechte Versorgung von Postdienstleistungen einsetzen. Wird sich der Senat hierbei auch für den Erhalt von Postfilialen starkmachen, oder sieht er den Bedarf auch mit Paketshops im Einzelhandel als gedeckt an?

Staatsrat Sven Wiebe: Nein, wir brauchen beides. Wir brauchen auf jeden Fall weiterhin ein ausreichendes Filialnetz, das auch mit Personen besetzt ist. Die Paketshops und andere Automaten können dieses Angebot aus unserer Sicht nur ergänzen. Insofern ist bei der Novelle des Postgesetzes in der Tat darauf zu achten, dass dieses Universalangebot weiterhin erhalten bleibt.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Martin Michalik. – Bitte sehr!

Abgeordneter Martin Michalik (CDU): Herr Staatsrat, halten Sie diese zusätzlichen Filialen, die eröffnet werden, und zwar nicht die Postfilialen, sondern diese Partner, für einen adäquaten Ersatz?

Staatsrat Sven Wiebe: Ich glaube, das hat Vor- und Nachteile, es ist aber jedenfalls so, dass es seitens des Gesetzgebers als adäquater Ersatz angesehen wird. Insofern dienen auch diese Filialen in Einzelhandelsunternehmen oder an Kiosken der Erfüllung dieser Auflagen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Martin Michalik (CDU): Also verstehe ich es richtig, dass Filialen, die während ihrer Schließzeiten nicht einmal einen Geldautomaten oder einen Briefmarkenautomaten haben, laut Gesetz als adäquater Ersatz gelten?

Staatsrat Sven Wiebe: Einen Geldautomaten müssen sie nicht haben, das macht ja mittlerweile die Deutsche Bank für die Deutsche Post, und Briefmarken bekommt man doch in der Regel in diesen Filialen.

(Abgeordneter Martin Michalik [CDU]: Aber nicht, wenn sie geschlossen sind!)

Nicht, wenn sie geschlossen sind! Das galt für die früheren Postfilialen auch, die um 16:00 Uhr geschlossen haben.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Martin Michalik (CDU): Ich formuliere das um: Wird sich der Senat dafür einsetzen, im Rahmen der Nahversorgung für mehr Briefmarkenautomaten und Geldautomaten einzustehen, die im Moment entweder ersatzlos gestrichen wurden oder gar nicht erst vorhanden sind?

Staatsrat Sven Wiebe: Auch weitere Automaten sind aus meiner Sicht hilfreich, wie gesagt, im Wesentlichen als ergänzendes Angebot, aber ich glaube, das kann an vielen Stellen die Versorgung für die Bewohnerinnen und Bewohner in den Stadtteilen erleichtern, ja!

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 3: Hält der Senat sein Versprechen: Höhergruppierung aller Erzieherinnen und Erzieher in die Tarifgruppe SuE 8b

Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 15. Februar 2023

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Plant der Senat gemäß den Vereinbarungen des Koalitionsvertrags die Höhergruppierung aller Erzieherinnen und Erzieher in die Tarifgruppe SuE 8b noch in der laufenden Legislatur – wenn ja, warum, wenn nein, warum nicht?

2. Wann legt der Senat ein Konzept vor, um eine äquivalente Höhergruppierung auch der Sozialassistentinnen und Sozialassistenten vorzunehmen?

3. Welche Maßnahmen verfolgt der Senat aktuell, den Beruf der Erzieherin/des Erziehers in Bremen zu attraktiveren?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Weg für eine weitere Eingruppierung in die Vergütungsgruppe 8b wurde fortgesetzt, indem die Ermessensspielräume des aktuellen Tarifabschlusses ausgeschöpft wurden. Neben den Erzieher:innen in Indexeinrichtungen haben nun auch alle Erzieher:innen in Einrichtungen mit mehr als 15 Prozent Förderkindern Anspruch darauf, nach 8b eingruppiert zu werden. Eine Umsetzung des Anspruchs auf 8b gemäß Tarifvertrag ist erfolgt.

Zu Frage 2: Auch bei Sozialpädagogischen Assistent:innen ergibt sich die Möglichkeit zur Höhergruppierung aus dem Tarifvertrag, sodass kein gesondertes Konzept für die Eingruppierung erforderlich ist.

Zu Frage 3: Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, wurden durch die Senatorin für Kinder und Bildung des Landes Bremen in den vergangenen Jahren zahlreiche Maßnahmen entwickelt und umgesetzt. Dazu zählen die Maßnahmen mit erheblichem Ausbau der finanziellen Anreizstruktur, wie zum Beispiel die Praxisintegrierte Ausbildung und die Integrierte Regelausbildung mit BAföG-Förderung und Landesprämien, als sogenannte gestreckte Vollzeit auch für Teilzeitkräfte geeignet, Quereinstiegsprogramme sowie Programme zur Gewinnung ausländischer Fachkräfte, die Gewinnung neuer Zielgruppen mit unterschiedlichsten Qualifikationsvoraussetzungen für eine berufsbegleitende sozialpädagogische Weiterqualifizierung wie das Programm „Wege in Beschäftigung“, die Tagespflegeoffensive, mit der mehr Menschen für die Erziehungsarbeit gewonnen werden sollen. Dabei werden gezielt Menschen für die Qualifizierung zunächst zur Kindertagespflegeperson angesprochen. Der Erfolg ist derart überwältigend, dass neben dem ursprünglich geplanten Kurs bereits drei weitere Kurse aufgelegt wurden. Das Interesse geht in den dreistelligen Bereich.

Weitere Maßnahmen sind Einsatzmöglichkeiten für Menschen mit pädagogischer Grundqualifikation, wie zum Beispiel Tagespflegepersonen, sowie Maßnahmen zur berufsbegleitenden Weiterqualifikation bei vollem Gehalt. Dabei ist der herausragende Vorteil der berufsbegleitenden Maßnahmen, dass die Teilnehmenden von Beginn an in den begleitenden Einrichtungen zum Einsatz kom-

men, denn was den Beruf der Erzieher:innen insbesondere attraktiver macht, ist eine gute Personalausstattung. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Da Sie auch wie wir die Bezahlung als einen relevanten Faktor in der Attraktivierung des Erzieherberufs sehen, würde ich gern noch einmal zu Frage 1 nachfragen. Da haben Sie gesagt, Sie haben sozusagen die Optionen ausgeweitet, um die Tarifgruppe 8b zu bekommen, aber wir haben ja immer noch die Diskrepanz. Wir haben ja immer noch diese Spaltung, die diese sehr negativen Folgen nach sich gezogen hat. Wie können Sie das schnellstmöglich komplett abschaffen?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Zum einen ist ja die Frage, welche massiven Schwierigkeiten was nach sich gezogen hat. Ich habe darauf hingewiesen – und vielleicht ist das tatsächlich etwas, was ich dann hier an der Stelle vielleicht auch noch einmal deutlich machen muss –: Die Frage, wie Menschen im öffentlichen Dienst bezahlt werden, das denke ich mir ja nicht aus, und das denkt sich auch der Senat nicht aus, sondern das ist Gegenstand von Tarifvereinbarungen, die zwischen den Sozialpartnern, zwischen den Tarifparteien ausgehandelt werden, und auch die Frage, wie die Erzieherinnen und Erzieher generell eingruppiert sind und auch die Frage, unter welchen Umständen eine besonders schwierige Tätigkeit eine Höhergruppierung in diesem Tarifvertrag rechtfertigt, ist Gegenstand von Tarifverhandlungen und am Ende auch von Tarifabschlüssen.

Ich bin sehr mit Ihnen einer Meinung, dass insgesamt die Tätigkeit der Erziehungsberufe eine deutliche Höherbewertung und auch eine höhere gesellschaftliche Anerkennung erfahren sollte, die natürlich auch mit einer höheren Bezahlung einhergehen sollte, weil es nach wie vor so ist, dass die eher von Frauen ausgeübten Berufe in diesem Bereich tendenziell schlechter bezahlt werden als die tendenziell eher häufiger von Männern ausgeübten Tätigkeiten. Dass wir das insgesamt abstellen wollen und dass da insgesamt eine Höherbewertung notwendig ist, das ist klar, aber auch das ist Gegenstand von Tarifverhandlungen und gesellschaftlicher Auseinandersetzung.

Jetzt wenden wir in Bremen einen Tarifvertrag an, der gerade neu abgeschlossen worden ist. Der Ta-

rifvertrag, in dem geregelt ist, dass mehr Kolleginnen und Kollegen in den Einrichtungen in den Genuss der Tarifgruppe 8b kommen können, ist im letzten Jahr abgeschlossen worden, und das ist in Bremen auch entsprechend im Tarifvertrag umgesetzt. Zu der Frage, ob wir einfach so Erzieherinnen und Erzieher übertariflich besser bezahlen können, kann ich an der Stelle nur sagen, am Ende ist es die gesellschaftliche Auseinandersetzung.

Wir halten in Bremen den Tarifvertrag ein. Ich kann persönlich sagen, dass ich es sehr begrüße, dass es diese Ausweitungsmöglichkeiten im Tarifvertrag gibt, und deswegen haben wir sie auch genutzt.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Da würde ich einfach gern noch einmal direkt nachfragen: Verstehe ich Sie richtig, dass Sie sagen, Sie haben im Grunde gar keinen Hebel, um das gleichzuziehen?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sie verstehen mich insofern richtig, als ich sage, ich fände es gut, wenn wir alle Erzieherinnen und Erzieher besser bezahlen könnten, ich finde es nach wie vor richtig, dass diejenigen mit besonders schwerer Tätigkeit demgegenüber auch noch einmal besser bezahlt sind. Das ist das, was dieser Tarifvertrag tatsächlich auch abbildet in der Unterscheidung zwischen den Tarifgruppen 8a und 8b, und wo wir die Möglichkeiten sehen, innerhalb dieses Tarifvertrags zu einer besseren Eingruppierung zu kommen, machen wir das auch. Wir haben an dieser Stelle nach dem Tarifvertrag umgesetzt, dass es da noch eine weitere Möglichkeit gibt, noch mehr Kolleginnen und Kollegen tatsächlich auch nach Tarifgruppe 8b zu bezahlen, und wann immer sich die Möglichkeit bietet, das tarifvertragsgerecht umzusetzen und zu steigern, wollen wir das gern tun.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 4: Wohnraum für junge Menschen in Bremen?

Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 15. Februar 2023

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Mit welchen zielgerichteten Maßnahmen und in welchem Umfang hat die Stadt Bremen in den letzten vier Jahren kostengünstigen Wohnraum für junge Bremerinnen und Bremer geschaffen?

2. Welche innovativen Wohnformen für junge Menschen konnten in den letzten vier Jahren in Bremen für welche Gruppen gefördert und realisiert werden?

3. In welcher Höhe sind finanzielle Mittel in Form von Förderungen oder anderen Leistungen in den letzten vier Jahren geflossen?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: In Bremen gibt es einen steigenden Bedarf an Wohnungen, die für Studierende, aber auch für andere junge Menschen wie Auszubildende oder Berufseinsteiger:innen geeignet sind. Die Förderung des Baus solcher Wohnungen ist deshalb Ziel der Bremer Wohnraumförderung.

In den Jahren 2019 bis 2022 wurden insgesamt 118 Einzimmerappartements und 401 Zweizimmerwohnungen gefördert. Für die Auswertung dieser Zahlen wurden nur bereits fertiggestellte Wohnungen berücksichtigt.

Zu Frage 2: Die Grundrisse geförderter Wohnungen sollen grundsätzlich so geplant werden, dass sie eine größtmögliche Flexibilität bezüglich der Belegung durch die Zielgruppen der Wohnraumförderung haben. Das bedeutet, dass die fertiggestellten Wohnungen ein Angebot für den Wohnungsmarkt darstellen, ohne dass eine Belegung mit Personen einer Zielgruppe vorausgesetzt oder forciert werden kann.

Ein Beispiel dafür ist das Projekt „Hohentorsplatz“. Durch die Nähe zur Hochschule Bremen wurde während der Planungen davon ausgegangen, dass die Einzimmerappartements und Zweizimmerwohnungen, die über drei Viertel des Projektes ausmachen, überwiegend von Studierenden nachgefragt

werden. Die größte Nachfrage haben die Wohnungen nach Fertigstellung aber tatsächlich von älteren Personen aus dem direkten Umfeld im Stadtteil, die ihre zu groß gewordenen Wohnungen zugunsten einer kleineren und günstigeren Wohnung aufgeben. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass geförderte Wohnungen durch geschickte Grundrisse möglichst viele Zielgruppen ansprechen.

Zu Frage 3: Im Wohnraumförderungsprogramm 2022 werden Einzimmerappartements mit Darlehen von bis zu 55 000 Euro und einem Zuschuss in Höhe von 12 500 Euro gefördert. Zweizimmerwohnungen werden mit einem Darlehen von bis zu 90 000 Euro und einem Zuschuss in Höhe von 25 000 Euro gefördert.

Insgesamt sind in den letzten vier Jahren Darlehen in Höhe von 4,145 Millionen Euro für Einzimmerappartements ausgereicht worden. Die Zuschüsse belaufen sich lediglich auf 15 000 Euro, da diese erst 2021 eingeführt worden sind und sich der Großteil der Wohnungen, die von den Zuschüssen profitieren, noch im Bau befindet. Für Zweizimmerwohnungen wurden in den letzten vier Jahren Darlehen in Höhe von 24,255 Millionen Euro und Zuschüsse in Höhe von 195 000 Euro ausgereicht. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Vielen Dank für die Antworten, Frau Senatorin! Können Sie noch einmal in Ergänzung zu Frage 3 sagen, an wen genau diese Förderungen eigentlich fließen und wie Ihre Einschätzung ist, ob das, was im Moment an kostengünstigem Wohnraum für junge Bremerinnen und Bremer gebaut worden ist in den letzten Jahren, was noch geplant ist, ausreicht?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: An wen das genau ausgezahlt ist, das reiche ich Ihnen gern nach, das kann ich jetzt so aus dem Bauch heraus nicht beantworten, aber wenn Sie mich so konkret fragen, ob der Wohnraum reicht, würde ich sagen, nein. Wir wollen ja immer, dass auch mehr Studierende nach Bremen kommen, und natürlich brauchen sie vor allen Dingen auch bezahlbaren und preiswerten Wohnraum. Eine Einzimmerwohnung/eine Zweizimmerwohnung muss auch für die Studierenden bezahlbar sein, und wir haben ja gerade gehört, dass es auch sinnvoll ist, den Grundriss so zu gestalten, dass er nicht nur junge Menschen anspricht, sondern auch andere, aber es

kann natürlich auch nicht sein, dass ältere Menschen dann nachfragen und nicht genügend Wohnungen für Studierende oder Auszubildende da sind.

Ich habe mitbekommen, es gibt auch private Bauherren, die durchaus Wohnungen für Auszubildende und Studierende zur Verfügung stellen, aber ich glaube trotzdem, wir tun gut daran, für die Zukunft noch mehr Wohnraum für diese Personengruppen zu schaffen; im Übrigen auch im Innenstadtbereich, wenn ich das noch ergänzen darf, denn wenn wir jetzt die Uni auch in die Innenstadt holen wollen oder die Wissenschaft, ich glaube, dann ist es auch gut, wenn wir hier über Wohnungen und Wohnraum in der Innenstadt sprechen, eben auch genau Studierendengruppen in den Fokus zu nehmen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Eine abschließende Frage habe ich noch: Sie haben jetzt sehr viel über günstigen Wohnraum für Studierende gesprochen und jetzt ganz am Ende noch gesagt, das bezieht sich ja beispielsweise auch auf Auszubildende. Wie hoch schätzen Sie da den Bedarf ein?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ich glaube, wir haben einen höheren Bedarf an Wohnraum für Studierende als für Auszubildende. Es hängt immer davon ab, wann Auszubildende ihre Ausbildung noch anfangen, viele wohnen dann noch bei ihren Eltern. Gleichwohl weiß ich auch, es gibt auch Auszubildende, die aus dem niedersächsischen Umland kommen und verständlicherweise auch keine Lust haben, jeden Tag zu pendeln. Insofern kann ich Ihnen jetzt keine Zahl nennen, würde aber sagen, in diesem Verhältnis sind es mehr Studierende. Aber ja, Auszubildende brauchen auch Wohnraum, und zwar, weil sie wenig verdienen, auch wirklich kostengünstigen, preiswerten Wohnraum.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Falk-Constantin Wagner. – Bitte sehr!

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Frau Bürgermeisterin, ich war ein bisschen verwundert, dass der Senat in seiner Antwort nur die Wohnraumförderung im engeren Sinne – die Projekte, die damit realisiert wurden – benannt hat. Wir haben ja auch noch in dieser Legislaturperiode ein sehr großes Studierendenwohnheim an der

Universität neu gebaut, und der Senat hat auch 3,5 Millionen Euro für ein Auszubildendenwohnheim auf dem Ellener Hof bereitgestellt. Wie bewerten Sie den Beitrag dieser Projekte im Gesamtzusammenhang?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Das ist natürlich ein Riesenbeitrag, das ist ganz klar – ich hatte jetzt vor allen Dingen auch auf fertiggestellte Wohnungen abgezielt –, aber natürlich ist es richtig, dass Studierende gerade in der Nähe der Uni auch wohnen wollen. Insofern ist das mehr als begrüßenswert, und es ist ein wichtiger Beitrag, klar!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Sie haben ja schon auf den Unterschied zwischen „fertiggestellt“ und „in Planung“ aufmerksam gemacht. Die Emmy-Noether-Straße ist ja fertiggestellt, das Auszubildendenwohnheim wartet ja noch auf die Baugenehmigung. Wann dürfen wir mit der Baugenehmigung für das Auszubildendenwohnheim rechnen?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Herr Wagner, Sie sitzen ja selbst in der Deputation, Sie wissen, da gehört immer noch einiges dazu. Ich kann Ihnen jetzt nicht ganz genau sagen, ob der Brandschutz oder was auch immer gerade noch geprüft werden muss, aber wir haben natürlich alle gemeinsam das Ziel, dass es zeitnah und so schnell wie möglich auf den Weg gebracht und realisiert wird.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

**Anfrage 5: Sportvereine und Ganztagschule:
Was plant der Senat?**

**Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann,
Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP
vom 15. Februar 2023**

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Plant der Senat, bei der Konzeptionierung des zukünftig verpflichtenden Ganztags die Sportvereine in den Quartieren einzubinden – wenn ja, in welcher Form, wenn nicht, warum nicht?

2. Welche konkreten Absprachen wurden bereits getroffen, welche ressortübergreifenden Gremien sind mit der Konzeptionierung beauftragt, und wie kann ein finanzieller Ausgleich zwischen Verein und Schule ausgestaltet werden?

3. Welche möglichen Synergieeffekte sieht der Senat für die Vielfalt des Lernalltags an den Ganztagschulen im Land einerseits und den Sportvereinen andererseits, und wie schlägt sich diese Auffassung in aktuellen Planungsschritten nieder?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Ja, das ist geplant und wird jetzt schon bei bestehenden Ganztagschulen realisiert. So bieten die Senatorin für Kinder und Bildung und die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport sowie der Kreissportbund Nord mit den angeschlossenen Vereinen in großem Umfang Sportarbeitsgruppen für insgesamt 23 Grundschulen an, davon ein Großteil rhythmisiert im Ganztage. Ziele sind sportmotorische Ausbildung, soziale Integration, Gesundheitsförderung und die Schaffung sportlicher Perspektiven in Vereinen. Ähnliches gilt für die Sportakademie des Vereins Sportgarten. Die Akademie fungiert als Bindeglied in der Kommunikation zwischen Schule, Jugendhilfe und Sportverein. Die Angebote sind eine Ergänzung zum regulären Sportangebot vor allem in Ganztagschulen. Derzeit profitieren 15 Grundschulen, elf allgemeinbildende weiterführende Schulen und 14 Vereine davon. Eine Ausweitung ist in Planung.

Der Verein Werder Bremen bietet zudem mit seinem Spielraum-Konzept eine sehr umfassende und vernetzte Form von Sport im Quartier. Gemeinsam mit Partnervereinen werden Kitas, Grundschulen und weiterführende allgemeinbildende Schulen eingebunden. So bekommen Kinder und Jugendliche aus 19 Kitas, 27 Grundschulen und 20 weiterführenden allgemeinbildenden Schulen in zwölf Stadtteilen Bewegungs-, Spiel- und Sportangebote, die Werder gemeinsam mit zehn anderen Vereinen konzipiert. Dies alles geschieht in enger Abstimmung mit der Senatorin für Kinder und Bildung, SKB, im Sinne des Ganztags und mit Perspektive für den Ausbau des Ganztags für alle Schulen. Konkrete Verabredungen werden insbesondere auch direkt zwischen Schulen und Vereinen getroffen.

Schulen mit Sportprofil und Ganztagschulen können dabei auf Finanzmittel der SKB zurückgreifen. Mit dem Programm „Souveräne Verstärkungsmittel“ wurde diese Unterstützung entscheidend gestärkt.

Zu Frage 2: Die Konzeptionierung wird aktuell auf unterschiedlichste Weise realisiert. Zu den Grundlagen der Zusammenarbeit der Senatorin für Kinder und Bildung und der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport, SJIS, gehören der Landesaktionsplan Sport und dessen Umsetzung. Hinzu kommen die intensive Netzwerkarbeit, Projektentwicklung und Steuerung der für Sport Verantwortlichen der SKB, der SJIS, dem Landessportbund, der Bremer Sportjugend, diversen Trägern und Vereinen, Akteuren in den Quartieren, Gesundheitsfachkräften der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz sowie die vielfältigen direkten Kooperationen und Kontakte der Schulen mit Vereinen.

Handlungsleitend werden für SKB zudem die „Gemeinsamen Handlungsempfehlungen der Kultusminister:innenkonferenz und des Deutschen Olympischen Sportbundes zur Weiterentwicklung des Schulsports 2023 bis 2028“ sein, die einen Fokus auf den Ganztage und Möglichkeiten der Synergien zwischen schulischen und außerschulischen Sport legen und derzeit von den Schulsportreferent:innen der Bundesländer erarbeitet werden. Auf den gesamten Sportbereich ausgerichtete Fortbildungen werden in das Gesamtpaket einbezogen und künftig regelmäßig durchgeführt. Der Auftakt findet am 12. Mai zum Thema „Kindersport“ für Lehrkräfte, Erziehende, Trainer:innen und Übungsleitende statt und wird von Werder Bremen, Alba Berlin, dem Bremer Fußballverband, dem LIS und der SKB getragen. Es geht in der inklusiv angelegten Fortbildung unter anderem darum, wie Kinder für Sport begeistert werden können, welche Spiele die Entwicklung fördern, wie Übergänge in bekannte Sportarten geschaffen werden können und wie man sich vernetzen kann, um vom Miteinander von Sport, Bildung und Jugendarbeit im Stadtteil profitieren zu können.

Zu Frage 3: Durch die längere Verweildauer in der Schule, vor allen Dingen im Primarbereich, werden Bewegungs-, Spiel- und Sportangebote in der Ganztagschule immer relevanter. Damit ist gleichzeitig auch die Chance für eine systematische und dauerhafte Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sportvereinen gegeben. Das Wissen um die Strukturen und Systeme des jeweiligen Partners wie auch die Verständigung über eine gemeinsame

Qualitätsentwicklung sind grundlegende Voraussetzungen für das Gelingen von Kooperationen und somit einer bewegungsfreundlichen Schule.

Schulen und Vereine arbeiten in der Ganztagsbetreuung und in außerunterrichtlichen Bewegungs-, Spiel- und Sportkonzepten zusammen, die der motorischen Entwicklungsförderung, der Persönlichkeitsentwicklung, der Förderung des Leistungsgedankens und dem lebenslangen Spaß an Sport und Bewegung dienen. Das bezieht auch Wettbewerbe wie „Jugend trainiert für Olympia“ mit ein. Auch hier arbeitet die Senatorin für Kinder und Bildung eng mit Schulen und Fachverbänden zusammen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Ich habe eine Nachfrage, ich versuche, sie auch pointiert zu fassen. Danke erst einmal für die ausführliche Antwort! Beim Thema finanzieller Ausgleich zwischen Verein und Schule sind Sie sehr unkonkret geblieben. Können Sie dazu noch einmal etwas sagen? Das ist ja doch auch ein hoher Aufwand, den die Vereine da teilweise haben, und irgendetwas muss ja auch zurückfließen.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Ja! Es gibt Angebote, die in Kooperation entstehen, und Angebote, die, wie ich ausgeführt habe, auch tatsächlich vom Senat gefördert werden, auch von der Senatorin für Kinder und Bildung, aber natürlich auch von der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport. Die Frage, welche Aufgaben Vereine an dieser Stelle konkret übernehmen: Wenn sich diese Konzepte weiterentwickeln, wird man natürlich auch immer im Blick behalten, was für eine Förderung ist da notwendig, und welche Förderung können wir da geben.

Aus den Gesprächen mit den Verbänden, aber auch mit den Vereinen ganz konkret vor Ort weiß ich, was Sie gerade so schön gesagt haben mit „da muss auch etwas zurückfließen oder zurückkommen“, dass natürlich die Vereine durch diesen engen Kontakt mit Schulen, mit Kindern und ihren Familien auch dadurch profitieren, dass die Vereine bekannter werden, dass da eine Bindung entsteht und das natürlich auch die Vereinslandschaft insgesamt unterstützt und stabilisiert. Von daher würde ich das jetzt ungern auf den monetären Aspekt reduzieren, wiewohl der natürlich – aber das habe ich ja auch gerade ausgeführt – ein wichtiger ist.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Wo ist denn dieses Vorgehen – man muss es nicht nur auf das Finanzielle beziehen, das ist okay, es kann unterschiedliche Win-wins gehen – transparent einsichtig, zum Beispiel für Vereine, die ein Interesse an Kooperationen haben und so weiter?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Alle Vereine, die Interesse an einer Kooperation haben, die sagen, wir würden gern bei uns im Stadtteil etwas anbieten und mit den Schulen zusammenarbeiten, nehmen in der Regel, so kenne ich das jedenfalls aus den Vereinen und den Schulen, Kontakt sowohl mit den Schulen als auch mit den senatorischen Behörden auf – das Sportamt spielt da durchaus auch eine wichtige Rolle – und sagen, wir könnten uns vorstellen, an einer bestehenden Kooperation, an einem bestehenden Projekt zu partizipieren.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Und dann wird gefeilscht!)

Dann werden in diesen Gesprächen natürlich auch Möglichkeiten der Kooperation besprochen, und auf diese Weise entstehen natürlich auch Projekte, die am Ende zu einer Förderung führen. Also mein Eindruck ist nicht, dass die Vereine dasitzen und nicht wissen, wie sie in Kontakt mit uns, mit der Senatorin für Sport oder mit den Schulen kommen sollen oder können, sondern das können sie, und sie machen es auch.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 6: Kommt es zu einer Preisspirale bei den Mieten durch Indexmietverträge?

Anfrage der Abgeordneten Falk-Constantin Wagner, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 15. Februar 2023

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Wir fragen den Senat:

1. Welche Erkenntnisse hat der Senat, inwieweit sich der Trend einer Zunahme von Indexmietverträgen aus anderen deutschen Großstädten auch in Bremen beobachten lässt, und wie bewertet er diesen gegebenenfalls?

2. Inwieweit setzt sich der Senat im Bund für den Schutz von Mieter:innen mit Indexmietverträgen vor Mieterhöhungen ein, die über die bei anderen Mietverträgen maßgebliche Kappungsgrenze hinausgehen?

3. Inwieweit beugt der Senat der Gefahr vor, dass sich eine überdurchschnittlich hohe Inflation mietsteigernd auf den in Bremen zu erstellenden qualifizierten Mietspiegel auswirkt?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Beantwortung der Fragen bezieht sich auf den Mietwohnungsmarkt. Für den Bereich des Mietwohnungsmarktes gibt es aktuell keine Anhaltspunkte dafür, dass in Bremen Neuverträge mit Indexklauseln in großem Umfang abgeschlossen werden oder einen relevanten Anteil der Mietverhältnisse insgesamt darstellen. Die vorliegenden Informationen und Rückmeldungen von Akteuren des Wohnungsmarktes weisen darauf hin, dass Indexmietverträge weiterhin eine untergeordnete Bedeutung haben werden und ein struktureller Umstieg nicht verfolgt wird.

Zu Frage 2: Für den Schutz von Mieter:innen mit Indexmietverträgen wurde sich über den Bundesrat eingesetzt. In der Sitzung am 16. Dezember 2022 wurde in diesem Zusammenhang die Entschließung „Für bezahlbare Mieten auch bei hoher Inflation: Ermöglichung von Mietspiegelanpassungen anhand des Mietpreisindex und Anpassung von Indexmieten“ unterstützt. Neben der Forderung nach Zulässigkeit eines Mietpreisindex anstelle des Verbraucherpreisindex bei der Fortschreibung von Mietspiegeln enthält diese Entschließung außerdem die Unterstützung des Beschlusses zur Anpassung der Rechtslage bei Indexmietverträgen der Justizministerinnen und -minister. Der ebenfalls unterstützte Gesetzesantrag aus Hamburg zur Begrenzung von indexbasierten Mieterhöhungen hatte keine Mehrheit gefunden.

Zu Frage 3: Unter Berücksichtigung der untergeordneten Rolle von Indexmietverträgen ist es nicht wahrscheinlich, dass indexbasierte Mieterhöhungen bei der erstmaligen Erstellung eines qualifi-

zierten Mietspiegels in Bremen statistisch signifikant sein werden. Aufgrund der methodischen Vorgaben zur Datenerhebung ist ein Gegensteuern zudem nicht möglich.

In Bezug auf die überdurchschnittlich hohe Inflation ist hier vielmehr die Fortschreibung des Mietspiegels entscheidend, da die Nutzung einer indexbasierten Methodik – als Basis ist der Verbraucherpreisindex zu nennen – einen unverhältnismäßigen Effekt auf die Mietspiegelmiete haben kann. Eine solche Fortschreibung steht in Bremen 2026 an. Um eine realitätsgetreue Abbildung der Mietspiegelmiete zu erreichen, wird auf die Zulässigkeit eines Mietpreisindex hingewirkt. Gegebenenfalls kann anstelle der Indexfortschreibung auf eine Neuerhebung zurückgegriffen werden, sodass hier Optionen zur Vorbeugung bestehen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Ja, bitte! Ich fange einmal mit der Antwort auf die erste Frage an! Sie haben ja gesagt, Sie haben keine Erkenntnisse, dass viel auf Indexmietverträge umgestellt wird, so sagen Akteure des Wohnungsmarktes. Mit wem haben Sie denn gesprochen?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Es ist einmal mit Haus & Grund und mit dem Mieterbund Kontakt aufgenommen worden, und die haben für den Bremer Mietwohnungsmarkt genau diese Informationen gegeben.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Vielen Dank für die Antwort! Zur dritten Frage, nämlich dass sich die Problematik der hohen Inflation bei Energie- und Nahrungsmitteln dann noch einmal auf die Miete beim Mietspiegel durchschlägt, haben Sie ja gesagt, es gibt zwei Varianten: Einmal, zur Not erstellen wir den Mietspiegel neu, oder es findet eine Neuerhebung statt. Ich nehme an, es ist ganz schön teuer, die Neuerhebung durchzuführen. Was kostet das denn ungefähr?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Wie teuer das ist, das muss ich Ihnen nachreichen, das kann ich Ihnen jetzt so aktuell nicht sagen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Dann würde ich gern wissen: Ich gehe jetzt einmal davon aus, dass das ein sechsstelliger Betrag sein wird, dass diese Datenerhebung eine ganze Menge Geld kostet. Dann wäre ja die andere Variante, nämlich der Bundesgesetzgeber lässt einen Mietpreisindex statt Verbraucherpreisindex, statt Inflation zu, zu bevorzugen. Dann wäre aus meiner Sicht die Frage: Wie nehmen Sie die Diskussion im Bund dazu wahr? Ist das in absehbarer Zeit realistisch, und welche Maßnahmen plant der Senat hierzu in nächster Zeit zu ergreifen?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ich hatte ja gesagt, dass sich der Bundesrat mit dem Thema im Dezember letzten Jahres beschäftigt hat. Es ist jetzt die Frage, ob wir wirklich ein Risiko sehen, dass sich im Wohnungsmarkt wirklich etablieren sollte, dass dort Indexmieten auf dem Vormarsch sind. Wie gesagt, in Bremen können wir das nicht erkennen. Es wird sicherlich ein Thema bei der nächsten Bauministerkonferenz werden, weil wir uns ja mit den Folgen der Ukraine-Krise, der Energiekrise, aber generell der Krise in der Bauwirtschaft beschäftigen werden, und sicherlich spielt da eine Rolle, wie wir weiter gewährleisten können, dass Menschen sich auch die Miete leisten können.

Wir haben ja gerade auch die Novelle der Wohngeldreform gehabt, damit wir auch Menschen ermöglichen können, die aufgrund der Inflation auch darunter leiden, dass ihr Geld weniger wert ist, dass wir ihnen trotzdem bei der Miete helfen. Insofern, das ist schon auch ein Thema auf Bundesebene.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 7: Teilzeitbeschäftigung bei der BSAG
Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Ralf Schumann, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 15. Februar 2023

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

1. Welche Teilzeitmodelle sind bei der BSAG vorgesehen?

2. Ist dem Senat bekannt, dass Beschäftigte der BSAG, die in Teilzeitmodellen mit 80-Stunden-Verträgen im Monat arbeiten, Probleme damit haben, Dienste zugewiesen zu bekommen?

3. Ist dem Senat bekannt, dass es bei der BSAG nicht möglich ist, Dienste nur in den Zeiten von 8:00 Uhr bis 15:00 Uhr abzudecken und daher insbesondere alleinerziehende Beschäftigte mit Kindern benachteiligt werden, und mit welchen Maßnahmen soll diese Problematik abgestellt werden?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Folgende Modelle sind bei der BSAG als Vertragsbestandteil wiederzufinden – Stundenangaben pro Monat –: Modell 150, 130, 105 und 80 Stunden pro Monat sowie 80 Stunden ohne Garantie, das heißt, ohne festen Plan und ohne garantierten Einsatz.

Zu Frage 2: Bei dem monatlichen 80-Stunden-Modell wird noch einmal unterschieden in 80 Stunden im festen Plan und 80 Stunden flexibel ohne festen Plan und ohne garantierten Einsatz. In dem zuletzt genannten Modell können die Beschäftigten ihre Arbeitstage nach Bedarf komplett flexibel anmelden. Derzeit ist nach Kenntnis des Senats dieses 80-Stunden-Teilzeitmodell für viele Beschäftigte eine gute Lösung und bietet unter anderem die Möglichkeit, Familie und Beruf bestmöglich zu vereinbaren. Größere Umsetzungsprobleme bei der Besetzung der Dienste im 80-Stunden-Modell sind nicht bekannt. Die BSAG ist laut eigener Aussage sehr bemüht, dem Anspruch eines effektiven und kundenorientierten Fahrplans auf der einen Seite und den Anforderungen der Beschäftigten nach einer möglichst flexiblen und individuellen Dienstplanung gerecht zu werden.

Zu Frage 3: Die BSAG hat die Zertifizierung „ausgezeichnet familienfreundlich“ und weist nachweislich familienfreundliche Angebote wie flexible Teilzeitmodelle, unterschiedliche Gleitzeitansätze, ein Langzeitstundenkonto sowie Umwandlung von Sonderzahlungen in Zeitkonten aus. Größere Umsetzungsprobleme bei der Besetzung der Teildienste sind nicht bekannt. Die BSAG ist laut eigener Aussage auch hier sehr bemüht, dem Anspruch

eines effektiven und kundenorientierten Fahrplans auf der einen Seite und den Anforderungen der Beschäftigten nach einer möglichst flexiblen und individuellen Dienstplanung gerecht zu werden. In auftretenden Problemfällen erfolgt darüber hinaus immer eine Einzelfallbetrachtung, in der versucht wird, individuelle Lösungen für die Beschäftigten zu finden. Dies geschieht in enger Abstimmung zwischen den Beschäftigten, den Vorgesetzten und der Disposition.

Folgende Maßnahmen werden durchgeführt: Einzelfallbetrachtung, Umsetzung Frauenförderplan der BSAG, unter anderem durch Optimierung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie von Mitarbeiterinnen im Schichtdienst, insbesondere in Kinderbetreuungs- und Pflegesituationen, durch Ferienbetreuung im Sommer, Informationsveranstaltungen zur Pflege und die betriebliche Pflegebeauftragte. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Ja, ich habe noch eine kurze Nachfrage: Wir haben ja massiven Personalbedarf. Wie sind denn die Erkenntnisse? Machen diese Teilzeitmodelle jetzt einen immer höheren Teil des Personalbestands aus, und muss da bei der Attraktivierung dieser Teilzeitmodelle im Grunde noch einmal nachgelegt werden, um den Personalbedarf auch abdecken zu können?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Wir haben ja ein Spannungsfeld zwischen „wir wollen den Fahrplan gewährleisten, wir haben gerade Personal-mangel“ – das haben wir ja auch oft genug in der Deputation erörtert, sind also am Rekrutieren gerade auch von Fahrpersonal –, und auf der anderen Seite wollen wir auch möglichst einen familienfreundlichen Betrieb ermöglichen. Gerade für junge Eltern, besonders auch für Frauen, ist es eigentlich sehr attraktiv, bei der BSAG als Fahrpersonal zu arbeiten, aber nur, wenn auch gewährleistet ist, dass die Kinderbetreuung funktioniert. Insofern achtet die BSAG schon darauf, das eben auch jungen Eltern und Frauen anzubieten, damit sich auch viele für diesen Job bei der BSAG interessieren und dann auch möglichst so einen Job annehmen oder auch nicht wieder weggehen. Wir wollen ja auch eine Fluktuation verhindern.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Mit Beantwortung dieser Anfrage sind wir am Ende der Fragestunde angekommen.(Die vom Senat schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang zum Plenarprotokoll ab Seite Fehler! Textmarke nicht definiert.)

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde liegen zwei Themen vor, und zwar erstens auf Antrag der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP das Thema „Märchenpreise und veraltete Konzepte zur Innenstadtbelebung?“ und zweitens auf Antrag der Abgeordneten Sandra Ahrens, Bettina Hornhues, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU das Thema „Tausende unbearbeitete Akten und ungelesene Schreiben in einem Bremer Sozialzentrum – Aufklärung, Ursachen, Verantwortung und Auswege aus der Misere aufzeigen“.

Dazu als Vertreter des Senats zum ersten Thema Herr Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte, ihm beigeordnet Frau Staatsrätin Carmen Emigholz, und zum zweiten Thema Frau Senatorin Anja Stahmann.

Hinsichtlich der Reihenfolge der Themen wird nach der Reihenfolge des Eingangs verfahren. – Ich stelle Einverständnis fest.

Ich rufe jetzt das erste Thema auf:

Märchenpreise und veraltete Konzepte zur Innenstadtbelebung?

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diese Aktuelle Stunde beantragt, weil es für uns schwer zu ertragen ist, wie in dieser Stadt mit Millionenbeträgen umgegangen wird. Gerade noch hat der Rechnungshof die Arbeit des Senats kritisiert und gerügt und hat gerügt, wie in den einzelnen Ressorts mit Geld umgegangen wird, und es ist deswegen gerade bedauerlich, weil sich die Regierungskoalition das Thema Nachhaltigkeit, das Thema Generationengerechtigkeit auf die Fahne geschrieben hat und zu einem Hauptthema ihrer Politik machen wollte. Das trifft vielleicht auf manche Bereiche zu, aber offensichtlich nicht auf die Haushalts- und Finanzpolitik. Es beginnt dort mit Monitoren, von denen niemand mehr weiß, wo sie stehen, und es endet mit geparkten Millionen, die offensichtlich über Jahre niemand vermisst hat.

(Vizepräsidentin Antje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Nun stehen wir 2023 vor der Wahl und müssen mit Blick auf die Innenstadt festhalten: So richtig etwas hat sich in der Bremer Innenstadt in den letzten vier Jahren seit 2019 nicht getan, es hat sich definitiv nichts zum Besseren gewendet.

(Beifall FDP)

Im Gegenteil: In der letzten Woche haben wir sogar erfahren, dass das Traditionskaufhaus Karstadt aller Voraussicht nach schließen soll. Da werden Sie sicherlich jetzt sagen, na ja, das sind ja private Akteure, und da gibt es einen Eigentümer und Vermieter, und das müssen die untereinander ausmachen. Das ist ja in erster Linie richtig, aber auch private Akteure bewegen sich in dem Umfeld, das die Politik hier schafft, und auch diese privaten Akteure bewegen sich in diesem Umfeld aus Parkplatzposse, in diesem Umfeld aus Wall-Wahnsinn und Martini-Murks, das Sie geschaffen haben.

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Das ist doch alles Quatsch! – Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Da bringen Sie etwas zusammen, was nicht zusammengehört!)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Sie haben die Innenstadt damals zur Chefsache erklärt, aber wir müssen festhalten, dass in den letzten vier Jahren in der Innenstadt nichts besser geworden ist. Sie haben in diesem Bereich komplett versagt.

(Beifall FDP)

Jetzt geht es um das Stadtmusikantenhaus, über das wir heute sprechen wollen. Herr Bürgermeister, Sie sind ja auch Kultursenator. Sie haben zu Recht übrigens gesagt – und da sind wir bei Ihnen –, die Stadtmusikanten und diese kleinen Bronzeskulpturen, die dort stehen, trotz der zunehmenden Trostlosigkeit der Innenstadt. Das ist auch richtig: Sie sind sehr beliebt bei Einheimischen, sie sind beliebt bei Gästen, und sie sind ein Magnet für viele Menschen in dieser Stadt. Sie gehören zu dieser Stadt genauso wie der Roland oder das Rathaus oder der Dom.

Wir sind total dabei, dass man diese Stadtmusikanten in einem ausgeklügelten Innenstadtkonzept in einer vernünftigen Strategie sinnvoll einbauen kann, dass sie dort eine tragende Rolle spielen können. Das funktioniert aber nur, wenn man es

schafft, die Stadt auch als Ganzes zu denken, beispielsweise mit Aufenthaltsflächen in der Innenstadt oder an der Weser. Dort könnten sich die Stadtmusikanten als Symbol wiederholen, dort könnten sie immer wieder auftreten. Was wir Freien Demokraten uns aber nicht vorstellen können, ist, und das sage ich auch ganz deutlich: Wir können es uns nicht vorstellen, dass schon wieder Millionen aus dem Fenster geworfen werden, um am Ende genauso dazustehen wie vorher. Das kann sich Bremen nicht leisten, und das darf sich Bremen auch nicht leisten.

(Beifall FDP)

Wenn wir uns jetzt einmal die Finanzen ansehen – und es geht ja hier um viel Geld –, dann sprechen wir über ein Haus, das vor fünf Jahren für damals rund 17 Millionen Euro verkauft worden ist. 17 Millionen Euro! Das waren nicht Sie, sondern noch Ihr Vorgänger, der ehemalige SPD-Bürgermeister Dr. Carsten Sieling. Damals wurde das für 17 Millionen Euro verkauft, vor fünf Jahren, und jetzt wollen Sie es für 23 Millionen Euro wieder zurückmieten über eine Laufzeit von 25 Jahren.

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Nicht das ganze Haus! Nur einen kleinen Teil!)

Nicht einmal das ganze Haus! Das heißt, Sie bezahlen jetzt dem Eigentümer das Haus bei der Bank ab und haben nach 25 Jahren nicht einmal mehr das Haus. Schon Ihr Koalitionspartner, DIE LINKE, hat letzte Woche – zu Recht übrigens – gefragt: Was passiert denn eigentlich mit diesem Mietvertrag über 25 Jahre, wenn dieses Konzept nicht trägt, wenn wir nach zwei oder drei Jahren feststellen, es wird nicht angenommen? Was passiert eigentlich mit diesem Mietvertrag?

Das sind ja noch nicht alle Kosten, die Kostenaufstellung ist da ja noch nicht abgeschlossen. In Ihrem ursprünglichen Konzept sollten zehn Millionen Euro helfen, die Stadtmusikanten wieder zum Leben zu erwecken. Die Rechnung ging so: Fünf Millionen Euro davon gibt der Bund, und fünf Millionen Euro muss Bremen selbst tragen. Diese Kosten sind aber zwischenzeitlich von zehn Millionen Euro auf 13,7 Millionen Euro angewachsen, das heißt, der Anteil, den Bremen selbst tragen müsste, beträgt dann auch nicht mehr fünf Millionen Euro, sondern fast neun Millionen Euro. Das ist bald eine Verdopplung.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, von den Grünen und von der LINKEN, machen Sie sich eigentlich manchmal ein Bild von der Menge des Geldes, das Sie hier gerade planen, auszugeben? Machen Sie sich ein Bild davon, wie viel unsere Bürgerinnen und Bürger in Bremen arbeiten müssen, bis diese Steuereinnahmen in Bremen generiert sind? Machen Sie sich ein Bild davon, wie die Wirtschaft eigentlich brummen muss, um dieses Geld wieder in die öffentlichen Kassen zurückzubekommen?

(Beifall FDP)

Machen Sie sich ein Bild davon, wie viele Kitaplätze man mit diesem Geld bauen könnte? Ich glaube, Sie tun es nicht, sonst würden Sie nicht so leichtfertig das Geld in dieser Stadt ausgeben!

(Beifall FDP)

Das ist der finanzielle Part, aber es gibt ja auch noch den inhaltlichen, den organisatorischen Part. Ich habe die Unterlagen für die Deputation gesehen, und ich habe auch gesehen, wie Sie da die Räume verplanen, aber ich muss Ihnen auch ganz ehrlich sagen, ich habe keinen konkreten inhaltlichen Plan gesehen, was dort eigentlich genau passieren soll. Wir lesen etwas von Stadtmusikanten ins Zentrum rücken. Okay, das klingt ja erst einmal gut. Wir lesen etwas davon, dass die deutsche Märchenwelt den weiteren Rahmen geben soll, das ist auch in Ordnung, und wir lesen etwas von den Gebrüdern Grimm, von Literaturproduzenten, von Literaturhaus. Das ist alles okay, aber wir stellen uns die Frage: Was passiert denn eigentlich dann? Was passiert auf diesen Etagen, und wer kümmert sich darum?

Sie haben in der vorletzten Woche die Volkshochschule ins Spiel gebracht. Als inhaltlich organisatorischen Partner haben Sie die Volkshochschule präsentiert, aber die Frage bleibt ja dieselbe: Wer in der Volkshochschule soll eigentlich das ganze Thema konzeptionell einrichten und bespielen? Das ist keine Kritik an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Volkshochschule, vor denen habe ich größten Respekt, aber mein Eindruck ist, dass sie alle schon einen Job haben und dass sie auch alle gut gefüllte Wochen haben. Dann stellt sich darüber hinaus ja noch die Frage: Wie soll das Ganze eigentlich wirtschaftlich betrieben werden? Wer übernimmt die wirtschaftliche Leitung der Geschichte? Soll das der Chef der Volkshochschule selbst machen? Auf diese Fragen haben Sie keine

Antworten, und das ist für so ein Millionenprojekt ehrlicherweise erschütternd.

(Beifall FDP)

Ich bin ehrlicherweise schon fast beruhigt, dass wir als FDP-Fraktion mit unseren Zweifeln da nicht ganz allein sind. Der Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses hat schon gesagt, dass er sich fragt, ob die finanziell angeschlagene Volkshochschule nach Corona der richtige Partner ist, um dieses Projekt jetzt zielstrebig und verantwortungsvoll auf die Spur zu bringen. Die LINKE – und das hatte ich eben schon gesagt – hat sich gefragt, was eigentlich mit dem Mietvertrag passiert, wenn das Konzept nicht aufgeht und wir dann noch über eineinhalb oder zwei Jahrzehnte in diesem Mietvertrag hängen, und selbst die Grünen haben sich in der Deputation enthalten,

(Abgeordneter Elombo Bolayela [SPD]: Eine Person! Eine Person hat sich enthalten!)

also überzeugend wirkt das nicht.

Wenn wir es uns einmal anschauen: Wann immer in der Vergangenheit versucht wurde, den Tourismus mit den Stadtmusikanten anzukurbeln, war das Ergebnis eher mangelhaft. Sie erinnern sich sicherlich noch alle an diese sehr teuer aufgesprühten roten Wegweiser auf den Gehwegen, die manch einer von uns unter dem Schuh mit nach Hause genommen hat und sie bei sich auf der Schmutzfangmatte wiedergefunden hat. Man könnte auch sagen, Sie haben in Ihrer alten Tradition vieles begonnen, aber wenig sinnvoll zu Ende gebracht.

Letztes Thema: Wie gehen wir damit jetzt eigentlich um? Unser Eindruck ist, dass Sie sich im wahrsten Sinne des Wortes in einer politischen Märchenwelt bewegen. Die Dinge sind eben nicht dann schon immer gut und erledigt, wenn man – und das ist ja so ein geflügeltes Wort hier im Raum – sich auf den Weg gemacht hat. Sie haben sich in der Vergangenheit bei sehr vielen Themen auf den Weg gemacht. Sie haben sich beim Thema Bildung auf den Weg gemacht, Sie haben sich beim Thema Kitaplätze auf den Weg gemacht, und bei vielen anderen Themen haben Sie sich auf den Weg gemacht, teilweise sogar schon vor Jahrzehnten. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass Sie in ganz vielen Bereichen nie wirklich angekommen sind.

Es ist mir ja auch ganz klar, warum Sie das Thema Stadtmusikanten so in den Mittelpunkt auch Ihrer

kulturellen Arbeit stellen: Es ist ein gesellschaftliches Lehrstück von Aufbruch, für Inklusion, für Flucht. Diese Interpretation aus der Kulturdeputation kenne ich. Das ist Ihre Sichtweise auf die Bremer Stadtmusikanten. Man könnte aber auch sagen, das Märchen der Bremer Stadtmusikanten ist die Geschichte über vier Tiere, die sich auf den Weg gemacht haben und nie irgendwo angekommen sind, und es ist die Geschichte von vier Tieren, die zwischenzeitlich noch illegal ein Haus von Menschen besetzt haben, die sie zu Räubern erklärt haben.

(Heiterkeit – Zurufe)

Meine Damen und Herren, Bremen braucht eine Politik für die Menschen, die sich auf das Wesentliche konzentriert, aber Bremen braucht definitiv keine Politik von schlecht geplanten Märchenprojekten. Deswegen sind wir da sehr klar: Dieses Thema muss ein Ende finden, und wir werden dieses Märchenhaus in keiner Deputation und nirgendwo unterstützen. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP – Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Das haben wir auch nicht erwartet! – Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Da klatscht noch nicht einmal die CDU mit!)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Klaus-Rainer Rupp.

Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE): Frau Präsidentin, verehrte Anwesende! Nur, weil man kritische Fragen stellt, ist man noch lange kein Gegner eines Projekts.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das Erste, worum es geht, ist: Im Kontorhaus soll ein Bremer Stadtmusikantenhaus entstehen, verbunden mit einem Literaturhaus, und dieses Haus/diese Kombination soll ein Magnet, ein Anlaufpunkt für Menschen aus Bremen werden und für Menschen, die Bremen besuchen.

Die erste Frage ist: Sind denn die Bremer Stadtmusikanten inhaltlich ein Gegenstand, mit dem man das versuchen kann? Wenn man die Geschichte der Bremer Stadtmusikanten ansieht, dann gibt es dieses Märchen schon seit mehr als 200 Jahren, die Gebrüder Grimm haben es aufgeschrieben, ein bisschen verändert. Wenn man die Gelegenheit nimmt, einmal schaut, was Wikipedia dazu weiß,

dann wird man erfahren, dass es auch eine Variante gab, in der die Bremer Stadtmusikanten Verbündete der Räuber geworden sind und für sie gespielt haben. Das finde ich alles sehr interessant, und diese Fragen sind auf der einen Seite sicherlich für Menschen, die sich wissenschaftlich damit beschäftigen, interessant, aber auf der anderen Seite gibt es deutliche Indizien dafür, dass diese Geschichte die Gemüter und die Gedanken von ganz vielen Menschen, nicht nur in Bremen und Deutschland, bewegt.

Ich bin ja manchmal in Japan, und meine Freundin hat mir zu meinem Erstaunen gesagt, es gab bis vor Kurzem ein Schulbuch, und Deutschland war da repräsentiert durch das Märchen der Bremer Stadtmusikanten, und in der Grundschule und in weiterführenden Schulen werden die Kinder angehalten, Schulaufführungen zu machen. Ich habe Bilder davon, wie sie da stehen, verkleidet als Esel oder als Hahn oder als Katze, und das aufführen. Es gibt Mangas, und es gibt Animes zu diesem Thema. Das heißt, dieses Märchen selbst und das Wesen dieser Geschichte sind sehr weit verbreitet, weit über die Grenzen Deutschlands hinaus, und sie sind natürlich auch Gegenstand ganz vieler verändernder Betrachtungen. Ein gewisser Iring Fetscher hat in seinem Märchen-Verwirrbuch tatsächlich die Bremer Stadtmusikanten als Hausbesetzung durch ein Rentnerkollektiv charakterisiert, und Sie können sich vorstellen, dass ich im Gegensatz zu dem Kollegen Schäck durch einen solchen Ansatz durchaus positive Gedanken empfinden kann.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Dieses Märchen thematisiert Flucht, dieses Märchen thematisiert die Frage, was wird eigentlich aus Menschen, wenn sie alt sind, und es thematisiert die Frage: Gibt es eigentlich noch Hoffnungen? Der Spruch „Etwas Besseres als den Tod finden wir überall“ ist ja ein weitverbreitetes Sprichwort. Das heißt, dieser Teil der Übung hat alles, was man braucht, um einen attraktiven Standort, einen attraktiven Besuchsort zu entwickeln, zu dem Menschen aus Bremen und aus anderen Ländern gehen.

Ich bin ziemlich sicher, dass genauso, wie jetzt kein japanischer Tourist, keine japanische Touristin, die nach Bremen kommt, da nicht vorbeigeht und wo auch Sie jetzt nicht an diesem Denkmal vorbeigehen, das, wie Wikipedia weiß, auch bei der Entstehung durchaus Gegenstand von Kritik war: zu klein, zu groß, zu teuer. Dass es jetzt da steht, hat

bewiesen, dass diese Idee, das zum Thema zu machen, durchaus richtig ist.

Zur Frage, ist das Literaturhaus eine sinnvolle Ergänzung: Soweit ich es verstanden habe – ich habe die Vorlagen und die Gedanken zu diesem Thema mit dem mir möglichen kulturellen Verstand gelesen –, habe ich festgestellt: Ja, das ist eine sehr sinnvolle Ergänzung, weil es eben das Bremer Literaturkontor gibt und das Literaturhaus Bremen. Das Erstere ist Untermieter in der Villa Ichon, die Räume sind zu klein, das Zweite besteht nur virtuell. Das heißt, auch das ruft geradezu nach einem Ort, den man besuchen kann, wo man Veranstaltungen machen kann, wo man Lesungen machen kann und so weiter. Das heißt, meiner Meinung nach ist die Idee, einerseits die Bremer Stadtmusikanten, andererseits Literatur in Form eines Literaturhauses zu kombinieren und einen Ort nahe der Innenstadt in Sichtweite der Bremer Stadtmusikanten zu finden, ein richtiger Ansatz, um die Attraktivität der Innenstadt zu verbessern.

Mir ist schon klar, dass die Situation der Innenstadt in Bremen alles andere als rosig ist. Das sind sicherlich Fehlentwicklungen der Vergangenheit, das sind aktuelle Entwicklungen, wie Menschen konsumieren und vieles mehr, aber den Ansatz, zu sagen, wir wollen ein solches Haus, ein Bremer Stadtmusikantenhaus, kombiniert mit einem Literaturhaus, finden wir im Kern richtig.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ein bisschen mehr als von Kultur zumindest verstehe ich von Zahlen. Wahr ist, dass die Bedingungen, unter denen wir diese Räume mieten können, alles andere als günstig sind für die öffentliche Hand. Es ist übrigens so: Wenn man jetzt die Miete plus Nebenkosten am Ende der 25 Jahre nimmt, dann entstehen da tatsächlich 22 Millionen Euro. Fairerweise muss man sagen, würden wir das –.

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Plus Index!)

Bitte?

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Plus Index!)

Ich weiß, Herr Eckhoff, es brennt Sie sozusagen, da jetzt einzugreifen, das ist mir schon klar. Glauben Sie nicht, dass ich diesen Index vergessen habe!

(Zuruf CDU)

Keine Angst! Ich versuche immer, ein hohes Maß an Sorgfalt in der Prognose an den Tag zu legen.

Zur Sorgfalt gehört auch: Würden wir es nicht machen, würden wir das an einem anderen Ort machen, würden wir es in einer eigenen Immobilie machen, würde sie uns noch gehören, ist die Frage, ob wir das so weit entwickelt hätten, dass es da ginge und so weiter. Glauben Sie mir, dass es mich ärgert, dass uns das Haus nicht mehr gehört! Es ist jetzt aber so, und wir haben die Möglichkeit, das zu mieten, und die Nebenkosten muss man meines Erachtens ein Stück weit herausrechnen, denn diese würden so oder so ähnlich auch an anderen Orten anfallen. Also bleiben am Ende 18 Millionen Euro.

Ja, das ist für 25 Jahre eine Menge Geld, und ja, es gibt ein Risiko. Wir hatten ja eben das Thema Indexmieten und wie sie die Mietpreise beeinflussen. Ja, das ist ein echtes Risiko. Wenn tatsächlich jedes Jahr drei Prozent Mietsteigerung dazukommen, dann haben wir inklusive Nebenkosten am Ende des Tages 32 Millionen Euro bezahlt. Das ist mir schon klar. Die Frage ist: Sollte es uns daran hindern, dieses Projekt anzugehen, dieses Projekt anzufangen, gekoppelt mit der Frage, wie viel Anfangsinvestitionen müssen wir dann noch haben? Da gibt es Preissteigerungen. Offen gesagt kann man jetzt sagen, okay, wenn die Bedingungen so sind, dass Preise, die man vor drei Jahren, vor vier Jahren einmal kalkuliert hat, heute nicht mehr gelten: Ist das die Schuld der Landesregierung? Ich befürchte, so einflussreich ist diese Landesregierung nicht, dass sie darauf solchen Einfluss hat, aber die Preissteigerungen in diesem Bereich induzieren natürlich allerorten Preissteigerungen bei der Erstellung von Räumen bei Investitionen und Ähnlichem mehr.

Die Frage ist also: Sollten uns diese Risiken davon abhalten, ein solches Projekt anzustreben, ein solches Projekt durchzuführen? Wir haben darüber lange diskutiert und das abgewogen, weil wir im Gegensatz zu der Behauptung des Kollegen Schäck, wir wüssten nicht, dass das viel Geld ist, wissen, dass das viel Geld ist, und dieses Geld fehlt möglicherweise an anderen Ecken und Enden. Die Frage ist: Erreichen wir damit einen ähnlichen Effekt? Deswegen haben wir uns entschlossen, trotz einer Kritik an der Frage der Mietverträge, für die Bremen auch nur begrenzt etwas kann – da sind wir ein Stück weit in der Haftung von Vermietern und von Investorinnen, Investoren –, diesem Projekt trotzdem zuzustimmen. Um das noch zu ergänzen: In Japan heißt übrigens Bremer Stadtmusikanten

„Buremen no ongakutai“, falls es hier irgendjemanden interessiert. Da kann man das googeln. Da kann man herausfinden, was es in Japan dazu alles gibt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Dr. Solveig Eschen.

Abgeordnete Dr. Solveig Eschen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleg:innen! Bei dieser Debatte ist zunächst einmal wieder festzustellen, es gibt eine einfache Formel für die Opposition, was die Innenstadt angeht: Alles, was in der Innenstadt gemacht wird, ist falsch, alles, was nicht gemacht wird, ist auch falsch.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Die Frage, wie die Belebung der Innenstadt mit dem Stadtmusikantenhaus über Jahrzehnte gelingen soll, so stand es ja in Ihrer Anmeldung für die Aktuelle Stunde, greift aus unserer Sicht zu kurz, denn natürlich gelingt es nicht, allein mit dem Stadtmusikantenhaus die Innenstadt für Jahrzehnte zu beleben. Das gilt aber für alle anderen Projekte auch: Alle diese Dinge, die in der Innenstadt passieren, sind Bausteine und müssen gemeinsam agieren.

In der letzten Sitzung habe ich Ihnen erzählt, dass die Uni in der Innenstadt so ein Baustein ist, heute erzählen wir Ihnen, dass das Stadtmusikantenhaus so ein Baustein ist, und so hat es auch schon vorher andere Bausteine gegeben, so wird es weitere Bausteine geben, und anders kann es auch gar nicht funktionieren, denn die Innenstadt ist aufgrund verschiedener Wandel in unserer Zeit ein Schauplatz stetiger Veränderung. Das ist manchmal im Kleinen so, das ist manchmal im Großen so, und manche haben dabei ein Stadtmusikantenhaus als ihren Lieblingsbaustein, andere haben andere Lieblingsbausteine. Das liegt in der Natur der Sache, und wissen Sie was? Das ist auch völlig in Ordnung so!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Womit Sie recht haben, ist natürlich, die Frage nach der Finanzierung zu stellen beziehungsweise nach den langfristigen Belastungen im Haushalt. Es ist definitiv ärgerlich, das ist auch schon vom Kollegen Rupp gesagt worden, dass das Kontorhaus verkauft wurde und jetzt für mehr Geld zurückgemietet

wird. Das zeigt, dass der eine Zeit lang betriebene Ausverkauf von städtischen Immobilien und Flächen aus heutiger Sicht ein Fehler war.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Ich gestehe auch frei heraus, dass wir Grüne uns ein Sonderkündigungsrecht gewünscht hätten. Aber wie das Stadtmusikantenhaus irgendwann im Rückblick bewertet wird, ob es gelungen sein wird oder nicht, das wissen wir heute noch nicht, das gehört auch zur Ehrlichkeit dazu, aber das gilt für alle neuen Projekte, die man anpackt: Alle diese Projekte müssen sich bewähren. Natürlich muss alles dafür getan werden, dass solch ein teures Projekt auch ein Erfolg wird, das ist ja ganz klar, und ob dies gelingt, hängt sicherlich mit der ganz konkreten Ausgestaltung zusammen.

Dabei ist es richtig – das hat ja auch Herr Schäck zuerkannt –, die Geschichte der Stadtmusikanten touristisch weiter aufzubereiten, und wir finden es auch richtig, den Stadtmusikanten einen zentralen Ort in der Innenstadt zusätzlich zu der Skulptur zu widmen. Die Stadtmusikanten sind tatsächlich fast in der ganzen Welt bekannt, und es wird Bremen nicht schaden, wenn wir ihnen dauerhaft eine größere Bühne geben. Man muss sich einfach überlegen, wenn wir es schaffen, auch nur einen Teil der Menschen, die im Jahr in Scharen an der Skulptur stehen – man kann es gerade im Sommer täglich beobachten –, dort abzuholen und auch in das Stadtmusikantenhaus zu holen, dann kann das zum Erfolg werden.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Zur ganz konkreten Ausgestaltung möchte ich zwei Dinge betonen: erstens, die Funktion des Stadtmusikantenhauses auch als Literaturhaus, und zwar nicht nur als Literaturhaus im Allgemeinen, sondern als Zentrum für Exilliteratur, und zweitens auch die Funktion eines Stadtmusikantenhauses als Anziehungspunkt für Familien in der Innenstadt, denn das können wir auf jeden Fall auch noch weiter gebrauchen.

Zunächst einmal zum Thema Zentrum für Exilliteratur! Dieses haben wir Grüne als festen Bestandteil des zukünftigen Literaturhauses gefordert, denn es ist aus unserer Sicht ein Gewinn für das Konzept.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben in unserer Stadt eine lebendige und diverse Literaturszene, und auch das Thema Exil und Exilliteratur ist für unsere Stadt, für viele Menschen in unserer Stadt zentral, die hier ein neues Zuhause im Exil gefunden haben. Hier ist tatsächlich ein Anknüpfungspunkt zu der Geschichte, wenn es vielleicht Herr Schäck auch nicht passt, aber das Märchen der Bremer Stadtmusikanten handelt von Flucht. Ich weiß nicht, ob Literaturinterpretation zu Ihren Lieblingsfächern gehört, Herr Schäck, das muss natürlich auch nicht sein, aber Ihre Interpretation des Märchens ist zumindest gewagt gewesen. Wir haben uns in der hinteren Reihe gefragt, ob es Ihnen vielleicht besser gefallen hätte, wenn ein Auto darin vorgekommen wäre.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist allerdings nicht der Fall, und deshalb bestehen wir weiterhin darauf: Das Thema Flucht ist zentral für dieses Märchen, und das kann man auch nicht wegdiskutieren. Das Thema Flucht ist auch ein großer Bestandteil der Autoren dieses Märchens beziehungsweise derjenigen, die es aufgeschrieben haben, das hat Herr Rupp ja noch einmal näher beschrieben, denn die Biografie der Gebrüder Grimm beinhaltet, dass sie 1837 ihre Professuren verloren und die Stadt verlassen mussten, als sie gegen die Aufhebung der 1833 eingeführten liberalen Verfassung im Königreich Hannover protestierten und wegen ihrer freiheitlichen Überzeugung dann die Stadt verlassen mussten. Vor dem Hintergrund dieser vielfältigen Bezüge ist es wichtig, dass wir dem Thema Exil und Exilliteratur auch einen Platz in unserer Innenstadt widmen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Ebenso wichtig ist, dass die Gestaltung des Stadtmusikantenhauses als attraktiver Anlaufpunkt für Kinder und Familien gelingt, ich habe es eben schon angedeutet. Als ich zum ersten Mal von dem Stadtmusikantenhaus gehört habe, habe ich mich erst einmal gefragt: Würde ich dort hingehen? Ja, ich würde wohl mit meinen Kindern hingehen, wenn es museumspädagogisch gut gemacht ist und interessant für verschiedene Altersstufen. Das ist natürlich die Voraussetzung.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Wir wünschen uns also, dass es dort Dinge gibt zum Anfassen, zum Ausprobieren, zum Mitmachen. Das kann dann sowohl für Kinder aus Bremen interessant sein, die mit ihren Eltern dort hingehen, aber auch mit ihrer Kita, mit ihrer Schulklasse, aber es

kann eben auch für Familien interessant sein, die unsere Stadt besuchen. Ich kann Ihnen sagen, es lohnt sich immer, wenn man Familien, die als Tourist:innen hier sind, auch einen Ort gibt, den sie bei Regen besuchen können.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Wenn es also gelingt, dieses Stadtmusikantenhaus entsprechend gut aufzustellen, dann hat es die Chance, zu einem Muss für alle Tourist:innen zu werden, und so funktioniert es übrigens auch in anderen Städten, die Geschichten oder Buchfiguren ihr Eigen nennen. Ich weiß nicht, ob ein paar von Ihnen zum Beispiel das Nijntje-Museum in Utrecht in den Niederlanden kennen; wenn nicht, ist das so eine Bildungslücke, würde ich einmal sagen. Nijntje ist ein kleiner Hase, der verschiedene Abenteuer erlebt. Also, auch die Stadtmusikanten haben die Gelegenheit, zu so einem Anziehungspunkt zu werden, und ich möchte noch einmal abschließend festhalten: Auf die Ausgestaltung kommt es an, denn es wird viel Geld in die Hand genommen. Dafür erwarten wir Grüne dann auch viel Inhalt und viel Attraktion. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Claas Rohmeyer.

(Zurufe)

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Kollege „Falk die Innenstadt brummt Wagner“ wollte ein bisschen zocken. Gut, ich komme wieder, von daher bin ich jetzt vor ihm dran. Ja, der Bürgermeister hat sich durchgesetzt. Er hat die Idee vorgetragen, in Bremen ein Stadtmusikantenhaus zu errichten, und gegen alle Widerstände in seiner Koalition hat er es durchgesetzt. Dazu Chapeau! Ich habe selten erlebt, wie aufrecht und erklärend die kulturpolitische Sprecherin der LINKEN in der Deputations-sitzung erklärt, was alles gegen das Stadtmusikantenhaus spricht, warum sie dagegen ist, aber dann aus Disziplin doch dafür spricht. Das ist die Schule der LINKEN.

(Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp [DIE LINKE]: Das hätten Sie als Koalition nicht gemacht!)

Die kulturpolitische Sprecherin der Grünen und Sprecherin der Deputation war noch ein Stück konsequenter, hat aufgeführt, warum sie dagegen ist, und sie hat am Ende nicht zugestimmt. Das muss

man erst einmal erlebt haben, meine Damen und Herren. Das war sozusagen märchenhaft.

(Zurufe)

Das Stadtmusikantenhaus als Idee, und ich zitiere mich jetzt einmal selbst,

(Zuruf Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen])

damit Sie aber dann auch eine gute Grundlage haben – –.

(Zurufe Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Stadtmusikantenhaus habe ich an der Stelle gesagt, die Grundidee des Stadtmusikantenhauses und die damit geplante Förderung und Sichtbarmachung der Bremer Literaturszene ist weiterhin sehr reizvoll und attraktiv.

(Beifall CDU)

Wie Sie aus einer wirklich guten Idee, das weltweit bekannteste Symbol Bremens, die vier bekanntesten Bremer weltweit – und es ist ja von Herrn Rupp richtig beschrieben worden, und es betrifft ja nicht nur Asien, es betrifft die ganze Welt – in Bremen sichtbar zu machen – –. Das ist eine gute Idee, und was Sie jetzt daraus gemacht haben, ist so abgründig schlecht, meine Damen und Herren,

(Beifall CDU)

als ob Sie im Rathaus im Keller hinter den Weinfässern einen Goldesel stehen hätten, Herr Bürgermeister. Der Schneidersohn in dem gleichnamigen Märchen geht dann immer hinunter, sagt „Bricklebrit“, und dann kommt – –. Sie wissen es, wo beim Goldesel die Goldstücke herkommen, und hinterher sind die Taschen voll. Sie haben nur keinen Goldesel, Herr Bürgermeister, Sie bezahlen Ihr teures Märchenschloss mit Steuergeldern,

(Beifall CDU)

koste es, was es wolle!

(Zuruf)

Oh, dazu kommen wir gleich noch!

(Zuruf CDU: Sein finanzpolitisches Kompetenzfeld! – Heiterkeit)

Wenn das alles so wertvoll ist, wie Sie sagen, und Ihr Hinweis auf ein Projekt, die GRIMMWELT in Kassel, auch richtig ist, dann schauen Sie sich doch einmal an, was in Kassel entstanden ist! Das alte marode Grimm-Museum gibt es nicht mehr. Die ganze Region hat sich zusammengetan und mit den Grimmwelten tatsächlich eine Erlebniswelt geschaffen, ich will das einmal mit dem Universum vergleichen, mit dem Deutschen Auswandererhaus, mit dem Klimahaus. Aber da spielt Tourismus eine Rolle, und auf der – –.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Bei uns ja gar nicht!)

Ja, genau!

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Das spielt ja bei uns keine Rolle!)

Wo ist denn die Wirtschaftssenatorin? Wo ist denn die Wirtschaftsförderung? Wo ist denn Bremen-Tourismus? Sie haben sich letztes Jahr vom Acker gemacht, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU und Abgeordnete Kai-Lena Wargalla [Bündnis 90/Die Grünen])

Oh, Frau Wargalla, danke für den Applaus! Anscheinend trägt Ihr Senat das nicht in Gänze mit!

Ja, Sie haben sich am Ende durchgesetzt. Ja, Sie haben als Bürgermeister alles auf eine Karte gesetzt, und Sie haben Ihren Senat freundlich, würde man sagen, mitgenommen. Sie haben sie kalt gegen die Wand gepresst und dieses Ergebnis durchgesetzt. Das ist alles in Ordnung, das kann man machen, nur dann seien Sie ehrlich, meine Damen und Herren! Dann seien Sie ehrlich und sagen, es ist Ihr Denkmal, das Sie hier errichten wollen,

(Zuruf Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte)

es geht Ihnen überhaupt nicht darum, was daraus in Zukunft wird. Sie wollten vor der Wahl irgendeinen Erfolg haben mit diesem Projekt,

(Zuruf Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte)

wo Ihnen Ihre Koalitionäre ja schon 2021 und 2022 Knüppel zwischen die Beine geworfen haben.

(Beifall CDU)

Es gibt die Fernsehinterviews bei „buten un binnen“ der Kollegin der LINKEN und vom Bündnis

90/Die Grünen, und auch die Verteidigungslinie der SPD ist ziemlich dünn.

Ich will mich ausdrücklich bei der Kulturstatsrätin bedanken. Sie hat im Vorfeld der Befassung in der Deputation auch uns als Oppositionsfraktion informiert. Ich habe ihr gesagt, wie sehr ich ihr dafür danke, dass wir trotzdem – –.

(Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte: Das haben Sie für Öffentlichkeitsarbeit genutzt!)

Lieber Herr Bürgermeister, danke für diesen Hinweis, dass Sie jetzt von der Senatsbank hier den Einwurf machen, wir hätten das für Öffentlichkeitsarbeit benutzt! Da will ich einmal deutlich sagen: Wir haben eine Vorabvorlage bekommen, die allerdings nicht bei „buten un binnen“ veröffentlicht wurde. Bei „buten un binnen“ wurde – das hat sich dann herausgestellt – eine Vorlage veröffentlicht, die im Senatsinformationssystem veröffentlicht wurde, die wir gar nicht kannten. Offensichtlich gibt es bei Ihnen Leute im Senat, die Sachen leaken, weil sie Ihre Sachen beschädigen wollen.

(Beifall CDU)

Sie haben eine tolle Trümmertruppe bei sich mit Ihren Koalitionspartnern! Aber danke für den Hinweis!

(Zuruf Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer)

Wir hatten diese Vorlage gar nicht! Die Vorlage, die wir hatten, ist in der Deputation verteilt worden.

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Kommt jetzt noch etwas zum Inhalt?)

Zum Inhalt, das will ich Ihnen deutlich sagen, gehört natürlich die Kritik, dass wir sehen, Sie machen das ohne Tourismus, Sie machen das ohne jetzt feststehenden externen Betreiber, Sie machen das mit dem vollen Risiko, hier 25 Jahre lang Steuergelder zu zahlen. Die Indexierung, die Herr Rupp später eingeräumt hat, die Sie bei drei Prozent bei 32 Millionen Euro, bei höherer Inflation können es auch 42 Millionen Euro werden – –. Wir wissen, glaube ich, nicht, wie die Entwicklung in den nächsten 25 Jahren ist.

Dann haben Sie noch die arme Volkshochschule schanghait. Meine Damen und Herren, die Volkshochschule hat die Pandemie halbwegs überstanden mit ganz viel Hilfe, wo sie auch die Solidarität der Opposition hatte.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Nur deshalb! Durch die Solidarität der Opposition!)

Meine Damen und Herren, die Volkshochschule jetzt zu einem solchen Betreiber zu machen, ist aus unserer Sicht Wahnsinn. Darum haben wir uns da auch in der Deputation entsprechend verhalten. Was Sie mit dem Kopf durch die Wand jetzt durchgesetzt haben, mit allen richtigen Hinweisen auf eine Immobilie, die wir für 17 Millionen Euro verkauft haben und für mindestens 23 Millionen Euro plus X für die nächsten 25 Jahre zurückmieten – ein Viertel der Immobilie –, ohne ein tragfähiges wirtschaftliches Konzept, das hat nur etwas damit zu tun, dass Sie vor der Wahl unbedingt das Prestigeobjekt des Bürgermeisters, sein teures Märchenschloss an dieser Stelle durchsetzen wollten. Ich weiß gar nicht, wie es bei Ihnen in der Koalitionsumrunde so ist, ob Sie da noch mit dem Knüppel aus dem Sack gedroht haben, wenn die anderen nicht zustimmen. Nur so kann man sich das erklären.

Wenn jetzt gleich „Falk die Innenstadt brummt Wagner“ erzählt, wie wichtig das ist: Das ist der junge Mann, der kürzlich noch die tolle Karstadt-Perspektive gesehen hat. Sie sehen nur das, was Sie sehen wollen, meine Damen und Herren. Beschäftigen Sie sich bitte einmal mit der traurigen Realität, wo Sie die Bremer Innenstadt heute hingebracht haben! – Herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Falk-Constantin Wagner.

(Zurufe)

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, wir können an dieser Stelle über jedes Gebäude in der Innenstadt reden, so viel wir möchten, aber wenn man dieser Tage eine Debatte zur Innenstadt beginnt, dann müssen die ersten Worte an die Beschäftigten von Karstadt gehen. So viel Zeit muss sein!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ihnen muss dieses Parlament sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir stehen an ihrer Seite. Die Schließungsliste hat die Kolleginnen und Kollegen bei Karstadt, sie hat uns aber alle als Schock getroffen. Niemand in der Bremer Politik, auch niemand

aus dem Einzelhandel oder der Immobilienwirtschaft hat damit gerechnet, dass Karstadt Bremen auf dieser schwarzen Liste stehen würde – niemand außer offensichtlich Herr Schäck und Herr Rohmeyer, denn Karstadt Bremen profitiert vom guten Standortumfeld an der Ecke Obernstraße/Sögestraße. Karstadt Bremen ist einer der wenigen Karstadt-Standorte, die schwarze Zahlen schreiben – etwas, was in dieser Debatte geflissentlich ignoriert wurde, um irgendwie zu versuchen, dem Standort Bremen eine Mitschuld an dieser Entwicklung zu geben. Das Gegenteil ist der Fall: Karstadt Bremen schreibt schwarze Zahlen.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das hat doch keiner gesagt!)

Das hat Herr Schäck gesagt! Herr Schäck hat ausgeführt, dass es an der angeblich schlechten Lage der Bremer Innenstadt und der angeblich schlechten Politik läge, dass Karstadt Bremen auf der Schließungsliste sei. Das ist offensichtlicher Quatsch,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

denn Karstadt Bremen schreibt schwarze Zahlen!

Es geht hier – und das ist überall nachzulesen – um eine Frage der Miethöhe und der Investitionen in das Bestandsgebäude. Deshalb haben wir hier eine Sondersituation, und es ist hervorzuheben, dass zum einen die Frequenzen am Standort Bremen besser sind als anderswo, und zum anderen ist vor allen Dingen hervorzuheben, dass die Beschäftigten bei Karstadt mit ihrer teils jahrzehntelangen Arbeit mit immer weniger Personal, mit immer weniger Kolleginnen und Kollegen pro Verkaufsfläche unter immer schwierigeren Bedingungen die Marke Karstadt im Bewusstsein vieler Menschen immer noch so eng mit Bremen verknüpft hat.

(Zurufe CDU)

Dass für Sie das Thema Karstadt vorbei ist, ist schön, aber ich bestimme, wann es für mich vorbei ist!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU]: Das haben wir doch gar nicht gesagt! Sie reden am Thema vorbei! – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Kollege, warten Sie bitte eine Sekunde! Wer das Thema verfehlt oder nicht, entscheidet das Präsidium. Das

Präsidium ruft auch zur Ordnung oder sagt, wenn die Kolleginnen und Kollegen nicht zur Sache reden. Hier lautet das Thema „Märchenpreise und veraltete Konzepte zur Innenstadtbelebung?“. Ich bitte, den Kollegen fortfahren zu lassen!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Ich habe tatsächlich auch vor, noch ein bisschen über Karstadt zu reden, denn den Beschäftigten von Karstadt gilt unsere Anerkennung und unsere Solidarität, und ich finde, es gehört einmal noch in diese Debatte, auch zu sagen, dass Herr Benko und Herr Zech auch Verantwortung haben; nicht nur unternehmerischer Natur, sondern natürlich auch für die Beschäftigten und für Deutschlands Innenstädte, gerade an Standorten, wo sie schwarze Zahlen schreiben, so wie hier in Bremen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Dann – da die CDU nichts von Karstadt hören möchte, habe ich die gute Nachricht, dass es die letzte Bemerkung dazu ist! – finde ich es richtig, dass der Bürgermeister und die Wirtschaftssenatorin sich so in diese Debatte eingeschaltet haben, wie sie es getan haben: Sie bieten sich als Mittler an. Sie weisen auf die Vorzüge des Standorts Bremen hin, im Gegensatz zu anderen, und sie stellen sich an die Seite der Beschäftigten. Der Senat kann diese Frage am Ende nicht entscheiden, aber sie tun, was sie tun können, und dafür gilt ihnen unser herzlicher Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt zu der Frage, wo steht die Innenstadt heute, und dann zur Frage, welche Rolle spielt das Stadtmusikantenhaus darin! So, wie sich Karstadt schon gewandelt hat und sich noch weiter wandeln muss, wenn es in Bremen eine Zukunft hat, was ich sehr hoffe, so wird sich auch die Innenstadt weiter wandeln. Das ist ein paralleler Prozess von einer Fokussierung auf Konsumzonen immer mehr hin zu einer Erlebniswelt, in der Besuchsansätze jenseits des Einkaufens die Menschen an den Ort ziehen und dann eben auch unter anderem zum Einkaufen locken, aber das eben längst nicht mehr das Einzige ist.

Bremen hat das Privileg, dafür eine im Städtevergleich überdurchschnittlich gute Ausgangslage zu haben. Ich nehme mir gern die Zeit dafür, das noch

einmal auszuführen, weil das hier in diesen Debatten immer unterschlagen wird, jedenfalls von einer Seite. Bremen hat eine Altstadt, die ein Touristenmagnet ist. Wir haben eine Schlachte, die eine pulsierende Gastronomiemeile ist, und wir haben Events, die viele Menschen anziehen. An diesem Platz hier vor unserer Tür, einem der schönsten Marktplätze Europas, findet der beliebteste Weihnachtsmarkt Europas statt, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

und das schlägt sich nieder. Das schlägt sich nieder, auch in der Entwicklung der City nach der Pandemie.

Ich würde gern einmal in die Runde fragen: Wer von uns hätte jemandem geglaubt, der vor zwei Jahren inmitten der Lockdowns hier gestanden und gesagt hätte, in zwei Jahren, im März 2023, habt ihr es bei den Passantenfrequenzen bis auf 80 Prozent des Vor-Corona-Niveaus in der Innenstadt wieder hinaufgeschafft? Bei 80 Prozent hätte ich gesagt, das ist ein optimistisches Szenario. Bei 90 Prozent: Hätte es jemand geglaubt? Ich nicht! Bei 100 Prozent hätten wir denjenigen für verrückt erklärt, wenn er gesagt hätte, im März 2023 sind wir wieder bei 100 Prozent des Vor-Corona-Niveaus. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind heute bei 110 Prozent des Vor-Corona-Niveaus!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das ist monatlich einmal etwas höher, es ist mal etwas niedriger, aber die Frequenzen sind immer höher, als sie vor Corona waren, und egal, wie sehr man das noch versuchen will, schlechztureden, egal, wie wenig die Fakten in die Wahlkampfstrategie der CDU oder in die Wahlkampfstrategie der FDP passen, das ist mir völlig egal: Das ist doch ein beeindruckendes Ergebnis, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein Ergebnis der Beliebtheit dieser Stadt. Es ist vor allen Dingen ein Ergebnis der Innenstadtakeure, aber ja, es ist auch ein Ergebnis der zupackenden Krisenpolitik dieses Senats und dieses Bürgermeisters.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Sie das von anderen hören wollen, können Sie übrigens auch gern einmal mit den Geschäftsleuten der City reden, die sagen das nämlich auch. Sie sagen auch, dass die Frequenzzahlen super sind. Sie sagen auch, dass man das in den Umsatzzahlen nicht eins zu eins merkt, weil die Inflation

zu spüren ist, das sagen sie auch, aber sie sagen auch, dass es eine positive Entwicklung gibt und dass dieser Senat seine Aufgaben gut gemacht hat.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Dann entschuldige ich mich! Wenn Sie das so sagen, dann haben wir uns – –!)

Ja, fragen Sie einmal nach! Ich dachte, früher waren Sie einmal die Partei der Selbstständigen, inzwischen können Sie ja scheinbar nicht einmal mehr das!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt zum Stadtmusikantenhaus!

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Die Kollegin Frau Dr. Eschen hat nämlich hervorragend das Wort Baustein benutzt. Genau darum geht es, denn auf dem, wohin wir bis jetzt gekommen sind, dürfen wir uns ja nicht ausruhen: Wir müssen weitere Besuchsansätze in der Innenstadt schaffen, denn wir schaffen es vielleicht nicht, dass es das ganze Jahr so brummt wie zum Weihnachtsmarkt, aber jedenfalls wollen wir, dass die Innenstadt das ganze Jahr brummt. Deswegen lassen Sie mich sagen, warum zu diesen Anlässen, die zusätzlich geschaffen werden sollen, ein Stadtmusikantenhaus gehört!

Ich würde gern einmal die Frage in die Runde stellen: Was ist die häufigste Frage, die Sie von touristischen Gästen in der Altstadt hier gestellt bekommen?

(Zurufe: Wo sind die Stadtmusikanten?)

Wo sind die Stadtmusikanten? Okay! Ich habe damit gerechnet, dass gesagt wird: Wo geht es zum Schnoor? Da habe ich mich zum ersten Mal als richtiger Bremer gefühlt, als ich das fehlerfrei erklären konnte! Wenn Menschen die Stadtmusikanten gefunden haben, dann haben sie die Schnute gerieben und die Knöchel und so weiter und haben ein Foto gemacht, und dann ist die häufigste Frage: War das schon alles? „Warum sind die so klein“ kommt meistens auch noch. Die künstlerische Debatte möchte ich nicht führen, aber das „war das schon alles“, das ist doch der Fingerzeig: Die Erwartungen sind wesentlich größer. Das ist auch kein Wunder, weil die Stadtmusikanten eine wunderbare Geschichte sind von Flucht, von Stärke

durch Solidarität, und das ist der Schatz für uns, das alles rankt um einen Sehnsuchtsort, und dieser Sehnsuchtsort ist Bremen. Bremen besitzt einen Schatz und macht daraus zu wenig, und deswegen schließt das Stadtmusikantenhaus eine Lücke, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Genau genommen sind es sogar zwei Lücken, denn das Stadtmusikantenhaus wird ja – und das finde ich sehr gut – auch ein Literaturhaus, eine neue Heimat für Bremens Literaturszene, und zwar da, wo sie hingehört, nämlich in das Herz der Stadt.

Diese Investition in die Zukunft der Innenstadt, und da kommt jetzt eine simple Wahrheit, diese Investition gibt es nicht zum Nulltarif. Das hat auch nie jemand behauptet, also ich habe das jedenfalls nie behauptet. Das ist, finde ich, sehr schnell einsehbar, und falls das jetzt das Problem ist, weil ja hier in den Reden der Opposition herausgekommen ist, dass vor allen Dingen die Frage der Kosten das Problem ist: Wenn Sie das gemeint haben in Ihren ganzen Reden der letzten Jahre, wo Sie sich hier an dieses Pult gestellt haben und lautstark gesprochen haben über die Lage der Innenstadt, über zupackende Maßnahmen, die ergriffen werden, darüber, dass nichts ungedacht bleiben darf, darüber, Herr Strohmann, dass man, glaube ich, nicht immer für jede Lösung ein Problem finden darf, sondern einfach einmal machen muss, wenn Sie das alles gemeint haben damit, wenn Sie damit gemeint haben, dass man aber am Ende keine nennenswerte Investitionssumme dafür in die Hand nehmen darf, um die Zukunft der Innenstadt voranzubringen, dann waren diese Reden doch alles unernste Wort-hülsen!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich möchte anerkennen, dass bei der FDP wenigstens der Spitzenkandidat zu dieser Debatte zur Zukunft Bremens spricht. Wo ist eigentlich der Abgeordnete Imhoff? Er ist nicht einmal im Raum, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zurufe CDU)

Nicht einmal er nimmt das ernst! Das würde ich auch nicht vortragen wollen an seiner Stelle.

(Zurufe)

Nicht einmal er nimmt diese Politik, die Sie bezogen auf die Innenstadt machen, ernst.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Schlusstrich aus unserer Sicht ist der: Ja, es geht hier um eine Investition in die Zukunft der Innenstadt, dazu stehen wir, wir machen das. Wir kümmern uns um die Zukunft der Innenstadt, und wir investieren in sie, und ich habe verstanden, dass für einige die Stadtmusikanten illegale Hausbesetzer sind. Aus der Logik heraus ist es natürlich auch nur logisch, dass man ihnen kein neues Haus gönnen möchte. Sie möchten sie im Regen stehen lassen, wir gönnen den Stadtmusikanten ein ganzes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Klaus-Rainer Rupp.

Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE): Frau Präsidentin, verehrte Anwesende! Es geht hier ja Schlag auf Schlag. Ich habe mich noch einmal mit der Frage beschäftigt: Besteht dieses Risiko von nicht indexiert 22 Millionen Euro eigentlich tatsächlich? Ich habe vorhin schon gesagt, wenn man die Nebenkosten von 3,5 Millionen Euro herausnimmt, die so oder so auch in anderen Konzepten fällig geworden wären, dann muss man in der Betrachtung noch etwas anderes mitrechnen. Das, was für das Stadtmusikantenhaus vorgesehen ist, da soll ein kommerzieller Betreiber hin, der Miete in der Größenordnung bezahlt, wie er Fläche mietet und wie wir für diese Fläche Miete bezahlen.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Wie soll das refinanziert werden?)

Bitte?

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Wie soll das refinanziert werden? – Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte: Aus den Einnahmen! – Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU]: Ach, aus den Einnahmen!)

Das Konzept ist tatsächlich, wir finden einen Betreiber für dieses Stadtmusikantenhaus, und es wird ein kommerzielles Unternehmen werden.

(Zurufe CDU – Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU]: Die Bank möchte ich einmal sehen, die das finanziert!)

Wenn ich vorhersagen könnte, ob das trägt oder nicht, würde ich damit Geld verdienen! Das kann ich nicht. Ich weiß nur, dass das Konzept besagt, dass diejenigen, die dort kommerziell dieses Stadtmusikantenhaus betreiben, dafür Miete in einer Größenordnung von 300 000 Euro bezahlen müssen, das sind in 25 Jahren ungefähr 7,7 Millionen Euro. Das muss man meines Erachtens auch noch von den prognostizierten Mietkosten abziehen, so dass dann eine deutlich geringere Summe herauskommt als die bisher genannten 22 Millionen Euro. Ich wollte das nur der Vollständigkeit halber erwähnen, damit man an der richtigen Stelle kritisiert.

Möglicherweise wird sich mit der Frage beschäftigt, wie Herr Strohmann sagt: Ist es realistisch, dass es einen Betreiber gibt, der das wirtschaftlich funktionierend betreiben kann? Mit dieser Frage muss man sich selbstverständlich genauso auseinandersetzen wie mit der Frage der Gesamthöhe der Investitionen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort Herr Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte.

Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mich auch ein bisschen gewundert über die Einlassung, dass die Stadtmusikanten eher mit illegalen Hausbesetzerinnen und Hausbesetzern zu vergleichen sind – überall auf der Welt ein Symbol für Aufbruch und Solidarität! –, und ich habe mich gefragt: Wie kann man überhaupt auf diesen Gedanken kommen? Möglicherweise, weil der Solidaritätsbegriff der FDP ein anderer ist! Mein Solidaritätsbegriff ist, man steht füreinander ein, der der FDP offensichtlich, wenn jeder an sich denkt, ist an alle gedacht.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist ein Unterschied. Deshalb sind die Stadtmusikanten ein Symbol des Bremens, für das dieser Senat und diese Koalition stehen, und möglicherweise nicht ein Symbol für die Politik, für die die FDP steht.

(Zuruf: Nein!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, warum ein Stadtmusikanten- und Literaturhaus? Wir brauchen eine Innenstadt mit einem zukunftsfähigen Nutzungsmix. Ja, der Einzelhandel wird noch eine Rolle spielen, die Gastronomie wird noch eine Rolle spielen. Alle Abgesänge, dass wir eine Innenstadt ohne Einzelhandel und ohne Gastronomie haben, sind falsch, aber alle sagen völlig zu Recht: Wir brauchen mehr Wohnen, wir brauchen mehr Jobs in der Innenstadt, wir brauchen mehr Freizeiteinrichtungen in der Innenstadt, wir brauchen mehr Kultureinrichtungen in der Innenstadt, weil wir einen zukunftsfähigen Nutzungsmix brauchen, und dafür brauchen wir einen übergreifenden Plan – Centrum Bremen 2030+ – von oben, und wir brauchen öffentliche und private Initiative von unten, denn eine kribbelige, eine brummende Innenstadt entsteht nicht am grünen Tisch, sondern nur aus der Vielzahl der Projekte, Baustein für Baustein, die sich gegenseitig befruchten und dann gemeinsam die kritische Masse erreichen, dass in der Innenstadt sozusagen grundsätzlich eine nach vorn gerichtete zukunftsorientierte Tendenz verstärkt wird oder entsteht.

Ich finde, die Kollegin Frau Eschen hat das sehr schön ausgeführt: Jedes einzelne Projekt ist natürlich immer nur ein Projekt. Das gilt für die Uni in die Innenstadt, das gilt für die Entwicklung des Parkhauses Mitte, das gilt für die Herrichtung des Domshofs, jetzt schon mit der Genussbox und den Sitzmöglichkeiten im Sommer, jetzt grundsätzlich auf den Weg gebracht. Das gilt für die Entwicklung des Balgequartiers, und natürlich gilt das auch für die Entwicklung des Stadtmusikanten- und Literaturhauses – ein Baustein! Es ist nicht der Hebel, aber das ist kein Projekt, mit dem man die Innenstadt ganz allein für die Zukunft fit machen kann, das ist doch klar. Damit würde sich jedes Projekt verheben, das liegt auf der Hand.

Warum Stadtmusikanten- und Literaturhaus? Dieses Projekt hat zwei Teile, das muss man ja einmal auch richtig zur Kenntnis nehmen: einen Stadtmusikantenteil mit einem Drittel der Fläche, das Literaturhaus mit zwei Dritteln der Fläche. Das Literaturhaus ist eine öffentliche kulturelle Einrichtung, wie es eine Stadtbibliothek ist, wie es ein Theater ist, wie es ein öffentliches Museum ist, und ja, das wird von der öffentlichen Hand finanziert, und das baut man auch nicht nach zwei Jahren oder drei oder fünf Jahren wieder ab, sondern wenn man sich dafür entscheidet, dann ist das eine ständige Institution, und das soll es auch sein. Warum? Nicht instrumentell in erster Linie, damit es einen Beitrag zur Entwicklung der Innenstadt leistet, sondern

weil es in einem zentralen Bereich, Bremen als Literaturstadt, ein ganz klares Zeichen setzt!

Bremen ist Literaturstadt, Bremen will sich als City of Literature bewerben. Warum? Weil wir neben Bremen als Musikstadt und Bremen als Stadt des Theaters und der bildenden Künste auch im Bereich Literatur noch einen Schwerpunkt haben wollen mit den unterschiedlichen Facetten, und die Exilliteratur gehört da auch dazu! Warum? Weil das Bremen attraktiver macht, weil so ein Literaturhaus zu unserem geistigen und sozialen und kulturellen Leben beiträgt, und wir haben das bisher nicht! Wir haben ein Literaturkontor, wir haben ein virtuelles Literaturhaus. Wir haben viele Initiativen, aber nichts gebündelt, nichts mit eigenen Veranstaltungsräumen, nichts mit eigenen Möglichkeiten, Workshops durchzuführen, nichts mit eigenen Möglichkeiten, von Slam-Poetry bis zu einer Lesung etwas zu machen, und das wollen wir. Das haben Städte vergleichbarer Größenordnung auch.

Insofern könnte man eher sagen: Lieber Senat, warum erst jetzt das Literaturhaus? Aber dass es kommt, das füllt eine Lücke, und das ist ein ganz zukunftsweisendes und wegweisendes Projekt; und natürlich wird das öffentlich finanziert, und darauf entfallen zwei Drittel der Kosten. Das ist doch logisch. Wer sagt, er will das nicht, der macht entweder Traumtänzerie, weil er glaubt, dass die Dinge umsonst zu haben sind, oder er soll offen sagen, ich will nicht, dass die Literatur in Bremen gestärkt wird.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Man muss das dann auch offen sagen.

Jetzt zum Stadtmusikantenteil! Der Stadtmusikantenteil hat eine touristische Funktion, und er hat natürlich auch eine Funktion für Menschen hier, zum Beispiel für Familien, die sagen – und so muss die Ausgestaltung natürlich sein –, da gehe ich hin, denn da gibt es die große Spielecke auch für die Kinder, da gibt es das zum Anfassen, zum Ausprobieren, denn das hat ja etwas mit Musik zu tun, das hat etwas mit der Geschichte der Stadtmusikanten zu tun, das hat etwas mit Literatur zu tun, und man muss sich doch nicht hier so hinstellen und sagen, dass man nicht weiß, wie heutzutage moderne, gut gemachte Edutainment-Ausstellungen und Museen und Häuser aussehen. Das sieht man doch am Klimahaus, das sieht man doch am Universum, und das sieht man doch am Auswandererhaus und an ganz vielen Punkten. Natürlich muss es gut gestaltet werden, damit steht und fällt die ganze Sache.

Wenn es schlecht gemacht wird, dann zieht es keinen toten Hering vom Teller. Deshalb muss es gut gemacht werden, das ist keine Frage.

Und ja, es soll privat betrieben werden. Die Idee ist, dass, wie es bei allen anderen dieser Einrichtungen ist, die Investitionen bereitgestellt werden, und da finde ich es gut, dass der Bund fünf Millionen Euro für Bremen gibt. Wenn es nach der Opposition ginge, hätten sie die fünf Millionen Euro ausgeschlagen und gesagt: Behaltet die, Bundesregierung, investiert sie nicht in die Stärkung der Innenstadt! Also, die Investitionen werden zur Verfügung gestellt, damit diese Einrichtung, diese Ausstattung, diese Sache möglich ist, und dann sucht man dafür einen privaten Betreiber, und natürlich entwickelt man im Idealfall auch schon diese Ausstellung und den Inhalt mit dem privaten Betreiber. Der muss also für die Investitionen nicht aufkommen oder nur zum kleinen Teil.

Natürlich macht es nur diese Rahmenbedingung möglich, einen privaten Betreiber – so ist unsere Hoffnung, und so ist unser Ziel – zu finden, der dann in der Lage ist, auch die Pacht für die entsprechende Mietfläche zu zahlen, weil er durch die Investitionen ja nicht belastet ist. Sonst wäre das natürlich nicht denkbar, denn wenn es anders wäre, dann könnte man ja auch jeden Privaten nehmen, der sich ein Haus nimmt, das macht und das gewinnbringend betreibt. So ist es aber nicht, und deshalb haben wir da ein klares Programm und eine klare Überzeugung, und auch da ist es so: Was stellen Sie sich denn vor? Für fünf Jahre oder für drei Jahre die Investition zu machen? Nein, wenn man so einen Weg geht, dann muss man natürlich sagen, wir sind davon überzeugt, dass wir das zum Erfolg bringen, nicht nur den Teil mit dem Literaturhaus, sondern auch den Teil mit den Stadtmusikanten.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist das Konzept. Ist darin ein gewisses Risiko? Ja, darin ist immer ein gewisses Risiko, wie es bei jedem Projekt der Fall ist. Wenn man kein Risiko eingeht, dann wird man nichts nach vorn bringen. Wenn man nicht einmal bereit ist, ein kleines Risiko einzugehen, dann wird man nichts nach vorn bringen. Dann findet man immer, das ist schon gesagt worden, zu jeder Lösung noch ein Problem und verzögert das und sagt: Jetzt dürfen wir die Uni nicht in die Innenstadt bringen, bis wir die Frage mit den Hörsälen geklärt haben, und dann kommt es noch zwei Jahre später, um sich dann von der Opposition anzuhören, es passiert nichts in der In-

nenstadt. Alles vorgeschobene Argumente! Wir gehen als Senat nach vorn. Wir bringen die Uni in die Innenstadt, wir machen ein Stadtmusikanten- und Literaturhaus, wir haben die Umgestaltung des Domshofs auf den Weg gebracht und viele andere Sachen mehr, und damit werden wir die Innenstadt nach vorn bringen und haben nichts mit Bedenken-trägerei zu tun.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Jetzt will ich einmal noch auf die Wirtschaftlichkeit eingehen, denn das ist ja irgendwie ärgerlich! Es ist ärgerlich, dass alle die realen Grundlagen kennen, die die Vorlage gelesen haben, aber hier dumm Tüch erzählen. Herr Kollege Rohmeyer, ich meine, Ihre Einschätzung zur Lage der Dinge kennen wir ja zur Genüge. Sie haben sich auch hierhingestellt und gesagt, das Zentrum für Kunst im Tabakquartier ist das schlechteste Beispiel für kulturelle Stadtentwicklung

(Zuruf Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU])

in der gesamten Geschichte, denn da würden wir nur den Investoren das Geld in den Rachen werfen. Das war die Einschätzung des Kollegen Rohmeyer. Ich habe daraus eine Erkenntnis gezogen: Man muss immer genau das Gegenteil von der Einschätzung des Kollegen Rohmeyer machen, dann liegt man richtig,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

denn das war – –. Da gibt es einen größeren, vernünftigen Erfolg im Kulturbereich als das Zentrum für Kunst. Ja, Sie sind dann auch zur Einweihung gekommen und haben gesagt, da sonne ich mich und schmücke mich auch so ein bisschen in dem Glanz.

(Zuruf Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU])

Ganz genau! Das wird dann gemacht! Ich hätte mich gefreut, wenn Sie sich hingestellt und gesagt hätten: Ich habe mich geirrt. Ich habe das völlig falsch eingeschätzt, jetzt finde ich es aber ganz toll.

Aber Schluss damit! Jetzt einfach noch einmal zu den Inhalten, zu den wirtschaftlichen Inhalten! Jetzt bitte: Wenn wir einen Standort suchen, jetzt, können wir nicht auf Häuser zurückgreifen, die wir vor fünf Jahren verkauft haben. Das ist einfach so. Die haben wir nicht mehr im Eigentum, also suchen wir einen Standort. Dann haben wir 21 Standorte geprüft – 21 Standorte! Dann wurde geschaut, was

ist die richtige Lage, denn das muss zentral liegen, sonst macht ein Stadtmusikanten- und Literaturhaus keinen Sinn. Es muss die richtige Größe haben, das muss vom Mietzins vertretbar sein, und es muss verfügbar sein. Dann haben wir nach 21 Prüfungen gesagt, das beste Preis-Leistungs-Verhältnis ist im Kontorhaus. Das ist ein Mietzins von 19,50 Euro pro Quadratmeter, das ist für diese Lage mit Sicherheit keine überzogene Sache. Das ist auch kein super günstiger Preis, aber das ist im Verhältnis von Anmutung des Hauses, von der Lage, von der Größe, der Verfügbarkeit das beste Preis-Leistungs-Verhältnis gewesen, und dann hören Sie mit den Unwahrheiten auf, dass das keine wirtschaftliche Betrachtung war!

Natürlich haben wir uns jeden Standort angesehen und haben geschaut: Wo kann es am wirtschaftlichsten betrieben werden? Alle anderen Vergleiche, die herangezogen werden mit einer Immobilie, die man einmal verkauft hat: Dann müsste man prüfen, wie teuer – wenn man die Immobilie hätte – wäre der heutige Preis, welche Unterhaltungskosten würden da über 25 Jahre anfallen und so weiter und so fort. Das ist aber alles müßig, denn sie wurde ja vor fünf Jahren verkauft und steht in unserem Eigentum gar nicht mehr zur Verfügung.

Deshalb abschließend: Ja, es fallen Kosten an, und ja, ein letztes Risiko lässt sich nicht ausschließen, das haben wir ganz transparent in der Vorlage dargestellt; aber es ist ein ganz wichtiges Projekt als ein Baustein, unser wichtigstes Markenzeichen für touristische Zwecke zu nutzen und das Literaturhaus für einen Meilenstein, für einen Leuchtturm des kulturellen und literarischen Lebens im Zuge der Bewerbung Bremens als Stadt der Literatur. Deshalb stehe ich mit voller Strategie und mit voller Haltung hinter diesem Projekt wie auch hinter unseren vielen anderen Innenstadtprojekten, die wir vernünftig auf die Reihe gebracht haben. – Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Jetzt muss ich doch noch einmal kurz in den Ring steigen und zwei, drei Dinge ansprechen! Zuerst einmal vorweg an die Kollegin Frau Eschen, Frau Dr. Eschen: Sie haben eben den Satz gesagt, dass wir

sinngemäß fremdeln mit dem Märchen der Stadtmusikanten, weil dort wohl kein Auto vorkommt. Das kann ich so natürlich nicht stehen lassen.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Eigentlich kommt ein Auto vor! – Zurufe)

Was Sie wahrscheinlich nicht wissen, ist, dass das Auto erst ungefähr 70 Jahre nach diesem Märchen erfunden wurde, also es konnte dort gar nicht vorkommen.

(Zuruf)

Aber das ist ja bei den Grünen bekannt: viel Meinung, wenig Ahnung!

(Beifall FDP)

Zweites Thema: Bausteine! Wir haben jetzt hier ganz viel von Bausteinen gehört, dass dieses Stadtmusikantenhaus ein Baustein für die Innenstadtentwicklung sein soll. Wenn wir aber über Bausteine sprechen, dann habe ich immer sofort das Bild im Kopf, dass da irgendetwas aufgebaut wird. Wenn man etwas aufbauen möchte, dann gehört dazu ein Plan, und genau an diesem Plan mangelt es doch hier. Wir haben wieder etwas, wo man etwas gesehen hat und sagt, das wollen wir jetzt machen, und leider haben wir das Gebäude vor fünf Jahren für 17 Millionen Euro verkauft, jetzt müssen wir es für im besten Fall 23 Millionen Euro zurückmieten. Wenn die Mieten steigen, dann werden wir wahrscheinlich über eine Situation sprechen, wo man dieses Haus in 25 Jahren dem Eigentümer zweimal abbezahlt hat. Das ist die Situation, und all das nur, weil es an einem vernünftigen Plan, an einem vernünftigen Konzept für die Bremer Innenstadt fehlt. Genau das ist doch das Problem.

Ich habe sehr auf die Rede des Bürgermeisters gehofft, dass wir dazu hier noch einmal etwas hören, auch daran hat es wieder gefehlt: Es gab kein Konzept, keinen Plan, keine konkrete Strategie. Das ist kein sinnvolles Vorgehen in der Bremer Innenstadt.

(Beifall FDP – Präsident Frank Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Wir reden natürlich darüber, dass jetzt in dieser Situation –. Wir hören ja regelmäßig, auch bei den Haushaltsdebatten, dass es heißt: Na ja, wir haben hier so generelle Geschichten, und jetzt brauchen wir da ganz schnell Geld, und es macht auch keinen Sinn, wieder eine generelle Debatte aufzumachen. Das haben wir auch – der Kollege Eckhoff

weiß das –: Wenn einem am Donnerstag oder am Freitag einfällt, dass am Montag wieder irgendwo junge Menschen untergebracht werden müssen, dann wird für fünf Jahre wieder ein Hotel angemietet, weil einem das ganz kurzfristig eingefallen ist. Der Hotelbetreiber denkt: Jackpot, ich kann jetzt erst einmal in den Urlaub fahren, der Deal meines Lebens! Das haben wir ja hier regelmäßig, dass irgendwelche Deals gemacht werden, weil einem irgendetwas einfällt. Man will etwas machen, es fehlt an einem vernünftigen Konzept, an einer vernünftigen Strategie, und dann wird da sehr viel Geld ausgegeben.

Das ist ja das Problem: In der einen Situation führt dann immer kein Weg daran vorbei, und die Argumentation ist ja nachvollziehbar, dass man in dieser Situation jetzt erst einmal Abhilfe schaffen muss, dass man in dieser Situation junge Menschen unterbringen muss, dass man in dieser Situation jetzt ganz gern das Stadtmusikantenhaus umsetzen möchte; völlig nachvollziehbar, aber das führt regelmäßig dazu, dass viel mehr Geld ausgegeben wird, als eigentlich ausgegeben werden müsste, wenn man einen vernünftigen Plan hat. Wenn wir hier Haushaltsdebatten darüber führen, dass kein Geld für vernünftige Bildung da ist, dass kein Geld für Kitaplätze da ist, dass kein Geld für den Ausbau des ÖPNV da ist,

(Zurufe Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD])

dann sage ich Ihnen: Das Geld wird genau in diesem Moment ausgegeben, was an anderen wichtigen Stellen fehlt. Das ist Ihre Politik, die im Bereich Haushalt komplett gescheitert ist. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Claas Rohmeyer.

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, Ihre Erinnerung hat Sie getrogen: Ich habe hier letztes Jahr nicht das Zentrum für Künste kritisiert als das mit dem schlechtesten Pachtvertrag, den Sie in dem Bereich abgeschlossen haben, es war der Pachtvertrag mit den Bremer Philharmonikern, den wir hier – und der Kollege Eckhoff hat es ja auch im Haushalts- und Finanzausschuss entsprechend deutlich kritisiert – als den zum damaligen Zeitpunkt schlechtesten Pachtvertrag bezeichnet haben. Aber, meine Damen und Herren im Senat, Sie haben die Reihenfolge, die Rangfolge geändert.

Mutmaßlich, wenn Sie keinen Betreiber finden, wenn Sie weiter kein Konzept haben, wo der Tourismus auch eingebunden wird, wird das Stadtmusikantenhaus dann nämlich auf diesen Rang eins Ihrer Worst-Case-Verträge klettern.

Meine Damen und Herren, ich habe ein Déjà-vu: Erinnern Sie sich noch an Bürgermeister Dr. Carsten Sieling? Der Mann war nicht nur Präsident des Senats, er war auch Kultursenator. Gut, in der Rolle war er vier Jahre im Prinzip unsichtbar, aber es war kurz vor der Bürgerschaftswahl 2019: Medienrummel, Gerüchte wabern in der Presseszene, dunkle Limousinen fahren vor dem Rathaus vor – ein Stararchitekt wird in die Stadt gebracht. Die Innenstadtbelebung ist auf einmal ganz heißes Thema, Chefsache. Kommt Ihnen das bekannt vor? Daniel Libeskind wird in der Stadt präsentiert, zusammen mit Investoren, und er soll

(Zurufe)

die ruhige, zur Stille gekommene Bremer Innenstadt mit Stararchitektur wiederbeleben.

(Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr umstritten!)

Na ja, liebe Frau Dr. Schaefer, wer damals Fraktionsvorsitzender einer Regierungsfraktion war, wird ja eingebunden gewesen sein – so vermute ich einmal, dass man in einer Koalition miteinander umgeht –, und jetzt vor der Wahl 2023 kommen ganz große Impulse, um die Innenstadt wiederzubeleben.

Meine Damen und Herren, haben Sie Verständnis dafür, dass man Ihren Plänen nicht mehr trauen kann, dass man, wenn Sie jetzt erst einmal etwas unterschreiben und Geld ausgeben, nicht weiß, was daraus wird, weil Sie ehrlicherweise keinen Plan haben, wie man einen Schritt nach dem anderen macht? Wie kann man denn Verträge abschließen, ohne einen Betreiber mitzubringen? Wie kann man denn die Innenstadt für Touristinnen und Touristen attraktiv machen, ohne die Tourismuszentrale einzubinden, meine Damen und Herren? Wo ist denn die Wirtschaftsministerin bei dieser Debatte?

(Beifall CDU)

Ich denke, die Innenstadt ist auch etwas, wo wir externe Leute herbekommen wollen und nicht nur die Leute aus Weyhe oder aus Osterholz-Scharmbeck.

(Beifall CDU)

Sie wissen doch gar nicht, was Sie tun! Sie wollen doch nur das Prestigeprojekt des Bürgermeisters vor der Wahl irgendwie noch retten. Was nach der Wahl ist, Stichwort Libeskind-Bau, das weiß man bei Bürgermeistern nie, wie man ja auch bei SPD-Bürgermeistern gar nicht mehr weiß, wo sie eigentlich nach der Wahl geblieben sind.

(Zuruf Abgeordneter Kevin Lenkeit [SPD])

Erinnern Sie sich noch an Herrn Böhrnsen? Er war 2015 plakatiert, danach hieß er Sieling. Erinnern Sie sich noch an Herrn Dr. Sieling 2019? Danach hieß er Dr. Bovenschulte.

(Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Parlamentarismus haben Sie nicht verstanden, oder?)

Wie gesagt, ich freue mich ja, dass Sie so viel Fröhlichkeit im Herzen haben. Ich wünsche mir ja auch – und das sage ich für die ganze CDU –, dass wir wieder mehr Menschen in die Innenstadt bekommen, dass wir mit den Stadtmusikanten einen – –.

(Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte: Das glaube ich nicht!)

Das glauben Sie nicht? Herr Dr. Bovenschulte, dass Sie das nicht glauben, zeigt eher, mit welcher Geisteshaltung Sie da herangehen, weil Sie uns unterstellen, dass wir Bremen etwas Schlechtes wollen, und das wiederum, Herr Bürgermeister, ist schäbig. Das sage ich ganz deutlich.

(Beifall CDU – Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Das, was Sie machen, ist schäbig!)

Wenn Sie uns in Abrede stellen, dass wir nicht wie Sie – vielleicht auf anderen Wegen – das Beste für Bremen wollen, dann zeigen Sie hier einen ganz miesen Charakter, Herr Bürgermeister.

(Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das muss ich einmal in aller Deutlichkeit hier sagen. Es ist unanständig! Es ist unanständig, mit solchen – –.

Präsident Frank Imhoff: Herr Kollege Rohmeyer, bitte keine Beleidigungen hier! Sie wollten das bestimmt anders ausdrücken. Ich gebe Ihnen die Gelegenheit, das jetzt zu tun!

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Wenn ich den Herrn Bürgermeister persönlich beleidigt haben sollte, tut mir das leid. Ich will nur sagen, uns hier zu unterstellen, dass wir etwas Schlechtes für Bremen wollen, weise ich mit aller Entschiedenheit zurück!

(Beifall CDU)

Darum will ich an dieser Stelle – –.

(Abgeordneter Ralf Saxe [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war keine Entschuldigung! – Zuruf CDU: Doch! – Abgeordneter Ralph Saxe [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! – Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Haben Sie es persönlich gemeint oder nicht?)

Ich habe es persönlich gemeint, dass ich den Bürgermeister – –.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Sagen Sie es doch einfach einmal: War das persönlich gemeint oder nicht?)

Nein, es war nicht persönlich gegen den Bürgermeister gemeint. Ich sage nur ganz deutlich, die Bemerkung des Herrn Bürgermeisters,

(Zurufe SPD)

und ich darf das auch noch einmal eben sagen: Von der Senatsbank Seitenbemerkungen in die Parlamentsdebatte zu machen, gehört sich übrigens auch nicht, meine Damen und Herren,

(Beifall CDU)

das steht dem Senat nicht zu, wenn ich die Regeln hier im Hause richtig kenne.

Präsident Frank Imhoff: Herr Kollege Rohmeyer, ich fände es gut, wenn Sie jetzt einmal wieder zur Debatte und zu dem Punkt zurückkommen!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Genau! Das wollte ich gerade tun! Herzlichen Dank! Herzlichen Dank, Herr Präsident, darum will ich auch positiv zum Abschluss kommen. Ich sage Ihnen, wir wollen das Beste für die Bremer Innenstadt. Wir wollen, dass Bremen weltweit glänzt. Wir haben Sorge, dass das mit Ihrer Politik gelingt, dass Sie –

–.

(Zuruf SPD)

Dass wir vielleicht einen anderen Weg haben als Sie, das liegt in der Natur der Sache, nur Sie sollten nicht anfangen, anderen zu unterstellen, dass sie etwas Schlechtes wollen.

(Zuruf Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD])

Das zeigt einen fragwürdigen politischen Charakter in Ihrer Koalition. – Herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Falk-Constantin Wagner.

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Rohmeyer, nach meiner Erinnerung haben Sie damals übrigens zu keiner der beiden spezifischen Kultureinrichtungen gesagt, das sei das schlechteste Beispiel, sondern nach meiner Erinnerung haben Sie über das Tabakquartier überhaupt gesagt, das sei das schlechteste Beispiel für Stadtentwicklung,

(Beifall SPD – Zuruf Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU])

und das zeigt, wie verloren Sie im Bereich der Stadtentwicklung sind.

(Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU]: Das habe ich bestimmt nicht gesagt!)

Okay! Das schauen wir gern einmal im Protokoll nach, ich erinnere mich da recht gut. Wenn es nicht so war, nehme ich es zurück, aber es hat eine Bedeutung, denn das Tabakquartier, das Wachküssen von Woltmershausen, ist ein hervorragendes Beispiel für Stadtentwicklung, für das Schaffen von Wohnungen, von Arbeiten und allem Drum und Dran.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn man Ihnen da nicht Schlechtreden unterstellen soll, dann ist es nur noch stadtentwicklungspolitischer Realitätsverlust, denn etwas anderes bleibt nicht mehr übrig.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Zurück zum Stadtmusikantenhaus! Ich glaube, am Ende kann man es darauf herunterkochen: Die Opposition stören ganz genau drei Dinge am Projekt Stadtmusikantenhaus. Das Erste ist, es war die persönliche Idee von Herrn Dr. Bovenschulte, das Zweite, es war die persönliche Idee von Herrn Dr. Bovenschulte, und das Dritte ist, Sie sind sauer, weil es Ihnen nicht selbst eingefallen ist.

(Beifall SPD)

Ich habe an der Stelle allerdings auch eine gute Nachricht für Sie: Der Innenstadt ist es am Ende des Tages völlig egal, wessen Idee es war. Für die Innenstadt ist am Ende des Tages entscheidend, ob neue Besuchsanlässe kommen und ob neue Besuchsanlässe wie das Stadtmusikantenhaus kommen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es ist völlig richtig, so ein Investment ist auch ein Stück weit ein Risiko, aber der Bremer Wahlspruch ist auch nicht „zögern und zaudern“, der Bremer Wahlspruch ist „wagen un gewinnen“.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Insofern müssen Sie sich die Frage stellen: Ist all das, was Sie in den letzten Jahren vorgetragen haben, von grundlegenden Maßnahmen, von einfach einmal machen, von alle Steine umdrehen, Alle-Mann-Manöver und so weiter auch etwas wert, wenn es konkret wird und wenn es dann auch einmal einen Investmentbetrag kostet, oder steigen Sie in dem Moment um auf eine Schlafwagenpolitik, mit der in Bremens Innenstadt dann gar nichts mehr geht? Unsere Variante jedenfalls ist klar: Wir nehmen uns gegenseitig auf die Schultern, der Größte unten, der Kleinste oben, und wir holen uns das Haus. – Schönen Dank!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen zum ersten Thema der Aktuellen Stunde nicht vor.

Damit ist das erste Thema der Aktuellen Stunde beendet.

Ich rufe jetzt das zweite Thema der Aktuellen Stunde auf:

Tausende unbearbeitete Akten und ungelesene Schreiben in einem Bremer Sozialzentrum – Aufklärung, Ursachen, Verantwortung und Auswege aus der Misere aufzeigen

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sandra Ahrens.

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Funktioniert unser Gemeinwesen noch so, wie Bürgerinnen und Bürger es erwarten können, oder schaffen unsere Behörden es nicht einmal mehr, ihr Brot- und Buttergeschäft, ihre staatlichen Pflichtaufgaben zu erfüllen? Die Berichte häufen sich: 22 000 unbearbeitete Anzeigen bei der Bremer Polizei, monatelange Wartezeiten auf das Wohngeld, Unterhaltsvorschuss, Pässe, lange Wartezeiten auf Behördentermine und nun 4 700 unbearbeitete und verschwundene Akten und mehrere Meter unbearbeitete Schreiben, zum Teil neun Jahre alt, in einem Sozialzentrum.

Was wissen wir bisher sicher? Der Leiter der Innenrevision erläuterte in der ersten Sitzung, dass er in seiner über 20-jährigen Dienstzeit so eine Dimension in der Menge noch nie erlebt hätte: vier verwaiste Büros, 1 300 Leistungsakten, bis zu vier Meter unbearbeiteter Posteingang, bis zu neun Jahre zurück, die Schäden sind bisher ungeprüft. 1 700 Leistungsakten für Unterhaltsvorschuss, die meisten überprüften ohne sogenannte Schlussverfügung, also nicht archivreif! Nicht gefunden: die dazugehörigen 1 700 Heranziehungsakten, ob überhaupt angelegt, ist unklar. Dabei leidet sich gerade hier der wirtschaftliche Schaden für Bremen und die 1 700 Familien ab. Selbst der Mindestsatz nach der Düsseldorfer Tabelle liegt pro Monat um fast 200 Euro höher als die Ersatzleistungen des Staates. Diese Akten werden aber bewusst von dem Untersuchungsauftrag ausgenommen, obwohl Bundes- und Landesrechnungshof seit 2006 rügen, dass hier Schäden für die Stadt Bremen entstehen; zuletzt übrigens im Jahr 2020, und der Rechnungsprüfungsausschuss hielt es im Jahr 2022 immer noch nicht für erledigt. Warum wird hier wohl nicht überprüft, was in dieser Behörde noch nie funktioniert hat?

Seit 2018 wird in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe Personal abgebaut, bei eher steigenden Fallzahlen. Hinzu kommt, dass ein Drittel der Stellen unbesetzt war, neben Dauererkrankungen und fehlenden Vorgesetzten. Es gab immer wieder Hinweise auf Probleme, aber keine Hilfe, sonst hätte man ja diese historische Dimension auch nicht aufgefunden. Immenser Schaden zulasten von Kindern und Familien ist demzufolge nicht auszuschließen und wird auch nicht überprüft, weil die Innenrevision mitteilte, ohne personelle Verstärkung nur stich-

probenhaft prüfen zu können. Zudem gebe es Hinweise darauf, dass zum Vor- oder Nachteil von Trägern der Jugendhilfe Spitzabrechnungen sowie Kostenrechnungen zum Teil seit Jahren nicht durchgeführt wurden. Das ist nur ein Zwischenstand, denn die Innenrevision arbeitet zwar so schnell wie möglich, aber angesichts ihrer personellen Unterbesetzung ist das Ergebnis weiterhin offen.

Hinter jeder einzelnen Akte stehen aber Menschen mit konkreten Anliegen an die Behörde. Beispielhaft zitiere ich einen Brief, der mich neben vielen anderen in den letzten Tagen erreicht hat. Eine alleinerziehende Mutter schrieb: „Ich habe Anfang Mai 2022 meinen Antrag auf Unterhaltsvorschuss gestellt. Ist angeblich erst im Juni im Sozialzentrum angekommen. Als ich dann noch einmal im Herbst nachfragte, sagten sie mir, sie müssen noch etwas beim Jobcenter erfragen. Darauf habe ich denen mitgeteilt, dass ich doch berufstätig bin. Ach, meinten die, und sie waren ganz verblüfft. Auch im Dezember, nach mehrmaligem Nachfragen, konnten sie mir nicht sagen, warum mein Antrag noch nicht bewilligt wurde. Erst Ende Januar 2023 erhielt ich die erste Zahlung. Also bei mir hat es auch acht Monate gedauert.“

(Beifall CDU)

Wollen wir wirklich so mit Alleinerziehenden umgehen? Soll es Monate dauern, bis diese die gesetzlich vorgeschriebene Unterstützung für ihre Kinder erhalten? Der staatliche Kindesunterhalt, dessen Bewilligung hier viele Monate dauert, wird selbst in Berlin innerhalb von sechs bis acht Wochen bewilligt. Davon sollten wir lernen, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Auch der Landesverband der Pflege- und Adoptivfamilien Niedersachsens hat mich angeschrieben, weil sich diverse Bremer Pflegefamilien mit Bremer Kindern hilfeschend an ihn gewandt haben. Das Amt sei nicht erreichbar, Kostenerstattungen erfolgten nicht oder viel zu spät, hieß es. Mir liegt ein Fall vor, in dem eine Pflegefamilie seit einem Jahr auf 2 000 Euro wartet, Geld, das ihr für Urlaub und andere Bedürfnisse fehlt, und das bei steigender Inflationsrate. Stattdessen fehlt es der Familie schmerzlich. Vor diesem Hintergrund ist Ihr seit Oktober eingeführtes Prioritätensystem – zuerst Bezahlung und Bearbeitung der stationären Hilfe bei Trägern, weil die sich ja beschweren, und

schließlich nachrangig erst bei den Pflegefamilien – ein Schlag ins Gesicht dieser Familien.

(Beifall CDU)

Diese nehmen rund um die Uhr für weniger als 30 Prozent der Kosten in der stationären Hilfe Kinder auf und unterstützen sie. Wir müssen jeder Familie für ihren Beitrag dankbar sein und sie nicht zwingen, Geld über Monate auszulegen oder ihnen gar bei Beschwerden drohen. Auch das steht in dem entsprechenden Schreiben. Das muss sich ändern, meine Damen und Herren!

Dass diese Fälle keine Einzelfälle sind, wissen wir alle, jeder von uns hat das schon einmal gehört. Vor allem aber wissen wir, dass die Bürgerinnen und Bürger das täglich leidvoll erfahren. Das Versagen ist systematisch, wie ein Pflegevater in einem öffentlichen Statement der Sozialdeputation richtig formulierte. Um 14:20 Uhr haben alle hier Anwesenden übrigens noch einmal eine E-Mail von ihm erhalten. Anstatt den Menschen in den Ämtern Wege zu ihren gesetzlichen Ansprüchen zu ebnen, werden ihnen Steine in den Weg gelegt. Es betrifft auch nicht nur ein Sozialzentrum. Wir haben auch viele Hinweise über andere Sozialzentren erhalten, die ebenfalls von Nichterreichbarkeit, Nichtauszahlung,

(Zuruf Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD])

Aktenbergen und Postrückstandsordnern berichten.

Meine Damen und Herren, worin liegen die Ursachen für diese Misere? In der Sitzung der Sozialdeputation wurde uns berichtet, vier von wahrscheinlich acht Büros in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe seien wer weiß wie lange nicht besetzt gewesen. Er habe das auch nicht durchgezählt, als er vor Ort im Sozialzentrum 5 war, erklärte uns der Leiter des Jugendamtes süffisant.

Die Chronologie der Misere beginnt laut Deputationsvorlage für ihn und sein Amt erst Ende September 2022, obwohl doch schon im Jahr 2020 alle im Dienst befindlichen Mitarbeiter dieses Teilbereichs Überlastanzeigen abgaben, und bereits im Oktober 2022 gab es laut Chronik den Eintrag zur Brisanz ausstehender Zahlung von Trägern. Zwei Dinge kann man erkennen: dauerhaft unbesetzte Stellen über einen langen Zeitraum, und die vorhandenen Mitarbeiter:innen konnten die anfallende Arbeit allein seit Jahren nicht komplett bewältigen. Dafür sprechen sowohl die gefundenen Akten als auch

die Hinweise auf die Überlastanzeigen. Was aber ist eine Überlastanzeige? Es ist doch nichts anderes als ein Hilferuf eines Mitarbeitenden. Ob und wie hier in jedem einzelnen Fall auf die Überlastanzeige reagiert wurde, können wir noch nicht abschließend sagen, aber hierzu haben wir Akteneinsicht beantragt. Es bleibt aber jetzt schon festzustellen, dass das betroffene Sozialzentrum offenbar über einen längeren Zeitraum personell unterbesetzt war und vermutlich noch immer ist.

Das führt uns direkt zu der Frage, wer für die Unterbesetzung und seine Handhabung die politische Verantwortung trägt. Wie man hier erkennen kann, gab es ja anscheinend keine funktionierende Struktur, keine Alarmleuchten, die rechtzeitig aufleuchteten und auf allen verantwortlichen Ebenen Handlungsbedarf auslösten. Überlastanzeigen dienen eben nicht dem Controlling an sich. Sie sprechen nur die unterste Arbeitsebene von der Verantwortung frei, weil sie aufgrund der vorgegebenen Struktur nicht dafür verantwortlich sind, ihre Arbeit nicht zu schaffen. Und wer gibt die Struktur vor? Nicht der Sachbearbeiter, sondern ganz andere, die hier an der rechten Seite sitzen!

(Beifall CDU)

Sie als Regierende und hier als Leitung des Hauses Frau Senatorin Stahmann stehen in der Verantwortung, mit den vorhandenen Fach- und Hilfskräften eine arbeitsfähige und funktionierende Verwaltung vorzuhalten. Das ist Ihre Pflicht und keine Kür. Das macht auch Ihr grüner Amtskollege Finanzsenator Strehl übrigens. Vielleicht kann man davon ja noch an der einen oder anderen Stelle lernen.

Wenn eine Organisationseinheit nicht funktioniert und das dort noch vorhandene Personal immer wieder schriftlich um Hilfe ruft, muss man die Organisation verändern, dann stimmt etwas nicht. Da muss man sozialzentrumsübergreifend vertreten, was Sie immer noch nicht tun. Da muss man vielleicht über Zentralisierung von Einheiten nachdenken, Arbeitsabläufe verschlanken, Mitarbeitende unterstützen, vielleicht ja auch generell einmal Arbeitsbedingungen und Bezahlung verbessern, um Leute zu finden. Ein alleiniger Hinweis auf den Fachkräftemangel reicht nicht.

Lassen Sie uns zum Schluss noch in aller Kürze einen Blick in die Zukunft werfen!

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Gern!)

Wir haben dazu auch einen Antrag eingereicht, über den nach dieser Aktuellen Stunde ohne Debatte abgestimmt wird. Es müssen alle Akten überprüft werden, auch die Heranziehungsakten der Väter. Wir wissen, dass das seit 2006 nicht funktioniert. Hier nicht hineinzuschauen bedeutet, Schäden für Bremen nicht anzusehen. Wir brauchen die Anzahl der Aufklärer erhöht, gern auch extern, damit nicht nur Stichproben gemacht werden, damit die Schäden für die Familien ermittelt und nachgezahlt werden können, damit die Schäden für die Stadt und die Träger festgestellt und ihnen abgeholfen werden kann. Wir brauchen ein Controlling, das in allen Sozialzentren verändert und so aufgestellt wird, dass Probleme nicht wieder über Jahre unerkannt bleiben und sich unerhört aufsummen können. Wir brauchen dafür ein funktionierendes Jugendamt. Die von Frau Senatorin Stahmann im Jahr 2015 durchgezogene Entkernung des Jugendamtes ohne jegliche direkte Durchgriffsrechte des Leiters des Jugendamtes müssen rückgängig gemacht werden.

(Beifall CDU)

Personalengpässen muss früher begegnet werden. Meldekettens, Hilfen, die funktionieren, müssen organisiert werden, eben echte arbeitgeberseitige Fürsorge, die die Mitarbeitenden in den Sozialzentren erreicht. Die Digitalisierung muss vorangetrieben werden, nicht Papier neben elektronischer Akte und E-Mails ausdrucken und in die Postordner legen, wie es derzeit gerade läuft – das geht gar nicht, meine Damen und Herren! –, und es braucht einen Bericht über strukturelle dauerhafte Verbesserungen noch in dieser Legislaturperiode. Wir können damit nicht warten, denn auch die anderen Wirtschaftlichen Jugendhilfen brauchen ja vielleicht Unterstützung.

Sie stehen als Regierende in der Verantwortung, mit den vorhandenen Fach- und Hilfskräften eine arbeitsfähige und funktionierende Verwaltung vorzuhalten. Dafür sind Sie bis zum letzten Tag dieser laufenden Legislaturperiode gewählt. Dazu braucht es Organisation, mehr Leitung, Führung und Management, mehr Engagement vielleicht auch an der einen oder anderen Stelle, und Kontrolle. Das ist Ihre Pflicht und keine Kür, und wenn Sie das nicht wahrnehmen möchten, treten Sie ab, legen Sie Verantwortung in andere Hände! Wir stehen dafür bereit,

(Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Ja, klar! – Zurufe SPD)

und wir sagen auch ganz deutlich, wir wollen und stehen für Kunden statt Bittsteller, Digitalisierung statt Papierkram, schnelle Termine statt lange Wartezeiten, Bearbeitung jetzt statt irgendwann, Respekt statt Missachtung von Überlastung von Mitarbeitenden

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Das müssen Sie gerade sagen, Frau Ahrens!)

und nicht zuletzt für ein freundliches Lächeln statt mürrische Blicke.

(Zuruf Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD])

Herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgitt Pfeiffer.

Abgeordnete Birgitt Pfeiffer (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Lassen Sie mich kurz zu Beginn die Ereignisse so zusammenfassen, wie sie sich mir dargestellt haben! Ausgelöst durch verschiedene Überlastanzeigen im Referat der Wirtschaftlichen Jugendhilfe im Sozialzentrum 5 waren unterschiedliche Maßnahmen getroffen worden, um bestehende Rückstände und auch aufgelaufene Beschwerden von Trägern beschleunigt abzuarbeiten. Als klar wurde, dass das mit Bordmitteln des Sozialzentrums 5 allein nicht mehr zu gewährleisten war, wurden Leitung des Jugendamtes, Amtsleitung und in der Folge auch der Staatsrat, also die Ressortspitze, informiert. Externe Mitarbeitende aus anderen Sozialzentren wurden hinzugeholt, und sie haben in der Tat Kartons mit Akten gefunden, die zunächst nicht zuzuordnen waren, sie haben auch Akten mit Posteingängen gefunden, deren Bearbeitungsstand nicht auf den ersten Blick erkennbar war, und in der Tat, es gab eine Reihe von Büros von langzeiterkrankten Mitarbeitenden, wo man nicht so genau wusste, wie aktuell der Bearbeitungsstand der Fälle dort war.

Seitdem – das war der 7./8. Februar, also dass der Staatsrat hinzugezogen wurde – hat die Innenrevision, und zwar in voller Stärke dort eingesetzt, Folgendes festgestellt: In den Kartons lagerten 1 700 Unterhaltsvorschussakten. Über die bisher durchgeschauten Akten, das sind zum aktuellen Zeitpunkt etwa mehr als ein Drittel, wissen wir nun, dass sie eigentlich ins Archiv gehören. Bei den

mittlerweile sortierten und gesicherten Schriftstücken aus den Postrückstandsordnern handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen von Jugendhilfetägern, die zum Teil schon beglichen, aber noch nicht in Akten abgeheftet waren. Nach bisherigen Erkenntnissen kann nahezu – wie gesagt, nach bisherigen Erkenntnissen! – ausgeschlossen werden, dass Kinder, Jugendliche oder deren Familien geschädigt worden waren. Auch die Schäden für die Stadt Bremen sind nach bisherigen Erkenntnissen überschaubar, und es ist derzeit noch nicht mit Verjährungen von Forderungen der Stadtgemeinde Bremen in großem Stil zu rechnen. Es gibt nach intensiver Prüfung bisher keinen Hinweis darauf, dass wir in anderen Sozialzentren mit vergleichbaren Situationen zu tun haben.

Selbstverständlich laufen Dinge nicht immer und überall rund, das ist, glaube ich, in jedem Amt in dieser Stadt und auch in anderen Städten und Bundesländern so. Zur Ursachenforschung lässt sich aktuell sagen, dass unbesetzte Stellen, Langzeiterkrankungen, häufige Einarbeitungsphasen neuer Mitarbeitender und auch die Belastung durch die Einführung einer neuen Software das Fass sozusagen sukzessive zum Überlaufen gebracht haben müssen. Ob Reportingstrukturen, Frühwarnsysteme oder Controlling nicht gut funktioniert haben, welche organisatorischen Bedingungen eingewirkt haben, das befindet sich derzeit noch in der Prüfung. So weit ist der Zwischenstand nach meiner Kenntnis und sechs Wochen Aufklärung.

Damit ist natürlich noch nicht alles gut, denn es ist noch nicht zu Ende aufgearbeitet, und so lange können wir alle gemeinsam auch noch nicht aufatmen. Deswegen sagen wir sehr deutlich: Selbstverständlich muss weiter, so schnell es geht, lückenlos und transparent aufgeklärt werden.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Selbstverständlich müssen alle Rückstände beschleunigt abgearbeitet werden, und es muss auch weiterhin sichergestellt werden, dass nicht wirklich Kinder und Jugendliche zu Schaden gekommen sind. Selbstverständlich müssen auch Maßnahmen getroffen werden, die eine Wiederholung solcher Vorkommnisse verunmöglichen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Dass dies alles geschieht, daran gibt es aus unserer Sicht bislang wenig Grund zu zweifeln, denn die Ressortspitze hat unverzüglich nach Bekanntwerden gehandelt und konsequent umfangreiche

Maßnahmen zur Aufklärung eingeleitet. Sie hat unverzüglich die Deputation, die zuständigen Sprecherinnen und auch den Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses über die Sachlage informiert und so Transparenz hergestellt. Sie hat gemeinsam mit dem Amtsleiter, dem Leiter des Jugendamtes alle Schritte eingeleitet, um schnellstmöglich alle nicht bearbeiteten Vorgänge zu bearbeiten, und sie hat auch mittlerweile zusätzliches Personal dafür eingesteuert.

Klar ist aber auch, das Ressort muss sich anlässlich der aktuellen Herausforderungen in allen Fachdiensten und einigen Referaten sehr ernsthaft mit dem Amt für Soziale Dienste insgesamt befassen. Die Situation nach der Pandemie, der Fachkräftemangel, auch die hohe Fluktuation von Personal werden strukturelle Antworten benötigen. Hier allein den aktuellen Fall aufzuklären, das wäre mir tatsächlich auch zu wenig, denn das, was hier passiert ist, darf natürlich nicht passieren, aber es kann passieren, hier bei uns in Bremen, aber auch in anderen Städten, Gemeinden und den Bundesländern.

Ich möchte an dieser Stelle gern an den sogenannten Brandbrief des CDU-Innenministers Reul aus Nordrhein-Westfalen von Anfang März erinnern, der seine Ministerkolleg:innen in ebendiesem Brief recht drastisch darauf hinweist, dass die Verwaltung in Nordrhein-Westfalen in vielen Bereichen an ihre Grenzen stößt und Anforderungen nicht mehr gerecht wird.

Zuletzt, sehr geehrte Frau Kollegin Ahrens, liebe CDU-Fraktion, die Sie sich in voller Verve hinter ihre Kollegin stellen, möchte ich einen Appell der Versachlichung an Sie richten: Die Art und Weise, in der Sie in diesem Fall agieren, schädigt vor allem die Menschen, die im Amt für Soziale Dienste

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

jeden Tag alles geben, um den Laden am Laufen zu halten,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Weil Sie sie im Stich lassen!)

und zwar von der Amtsleitung über den Leiter des Jugendamtes, über den Personalrat bis hin zu den Mitarbeitenden. Sie, Frau Ahrens, rufen über Social Media dazu auf, Verfehlungen des Jugendamtes zu melden. Sie sinnieren in der Deputation öffentlich über strafrechtliche Konsequenzen, für die es überhaupt keine Anlässe gibt. Sie setzen die

Kolleg:innen einem Generalverdacht aus, ihren Job nicht oder mangelhaft auszuüben. Das ist nichts anderes als wahlbedingte Eskalation!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Natürlich, und das haben Sie ja auch sehr deutlich gemacht, wollen Sie der Senatorin am Zeug flicken – verständlich im Wahlkampf, aber Sie treffen Kolleginnen und Kollegen der Wirtschaftlichen Jugendhilfe und des Amtes allgemein. Wenn das Ihr Umgang mit einer Verwaltung ist, die aktuell in Teilen herausgefordert ist, dann kann ich nur sagen: Mögen die Wählerinnen und Wähler am 14. Mai dafür sorgen, dass Sie in diesem Bundesland keine Verantwortung tragen!

(Anhaltender Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Björn Fecker.

Abgeordneter Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn, um das klarzustellen, bevor der Vorwurf nachher wieder kommt, klarstellen, was der Anspruch ist! Der Anspruch der Gesellschaft, des Parlaments, aber auch der Senatorin selbst ist es, dass es eben nicht zu diesen Zuständen kommt, wie wir sie im betreffenden Sozialzentrum haben. Ziel dieser Regierungskoalition, des Senats und aller Beteiligten ist und bleibt eine möglichst rasche und fehlerfreie Bearbeitung und eine lückenlose Aktenführung inklusive der Archivierung.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Lassen Sie mich sehr deutlich dazusagen, das ist auch die Haltung der Beschäftigten, die für ihre Arbeit unter erschwerten Bedingungen in hochkomplexen thematischen Fragestellungen Respekt verdient haben, und das ist alles andere als das, was Sie ihnen gerade entgegengebracht haben, werte Frau Ahrens! Ich glaube, wenn Sie sich hierhinstellen und davon reden, dass Menschen sich wie Bittsteller fühlen, wenn sie zum Amt gehen, dann müssen Sie ja einmal hinterfragen: Was heißt das denn für die Person, die diese Person empfängt, nämlich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes? Glauben Sie tatsächlich, dass Ihre Rede zur Motivation beigetragen hat und die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen wertschätzt? Aus meiner Sicht tut sie das nicht, meine Damen und Herren!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Diese Ansprüche und Grundsätze, über die ich gerade gesprochen habe, konnten im Bereich der Wirtschaftlichen Jugendhilfe im Sozialzentrum Vahr/Schwachhausen/Horn-Lehe nicht eingehalten werden, und liebe Frau Ahrens, wenn Sie weitere Fälle haben, über die Sie jetzt hier spekuliert haben, ich finde, dann ist es Ihre oberste Verantwortung, diese umgehend der Ressortspitze zuzuleiten, eben damit diesen Vorwürfen nachgegangen wird und Sie sich hier nicht weiter in irgendwelchen Spekulationen verkehren, meine liebe Frau Kollegin.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Trotz des Wahlkampfes und der damit verbundenen offensichtlichen emotionalen Aufregung an der einen oder anderen Stelle werde ich aber trotzdem wie die Kollegin Pfeiffer auch für eine sachliche Herangehensweise. Das geht schon los mit der Beschreibung der Situation der Funde mit „die wild durcheinanderliegenden Akten“. Wer die Berichte für die Sozialdeputation gelesen hat, der wird festgestellt haben, dass die Akten sortiert und gut strukturiert waren und eben nicht bunt durcheinanderlagen und das bloße Chaos, das vielleicht bei Hempels unterm Bett vermutet wird, in diesen Büros herrschte. Es gibt Postrückstandsordner. Viele der dort abgelegten Unterlagen sind bereits bearbeitet worden und gut sortiert, und auch das, meine sehr verehrten Damen und Herren, steht ja im Bericht für die Sozialdeputation, und auch das haben Sie ganz wissentlich hier eben nicht erwähnt, Frau Ahrens, weil es nämlich eben nicht in Ihr Weltbild passt. Sie blenden die Realität leider in Teilen aus.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Reden wir doch über die bisherigen Erkenntnisse! Es handelt sich bei den Akten hauptsächlich um Akten aus dem Bereich der Wirtschaftlichen Jugendhilfe und dem Unterhaltsvorschussgesetz. Ein Drittel der 1 700 Akten, das ist eben schon erwähnt worden, ist bereits ausgewertet worden, und bisher wurde nichts Auffälliges festgestellt, und es wurden keine Hinweise auf entstandene Schäden gefunden. Das sind die derzeit bekannten Fakten, Punkt! Alles andere, Frau Ahrens, bewegt sich einmal mindestens im Bereich der Spekulation, bis hin zur Böswilligkeit, Frau Kollegin!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Nun tönt ja die CDU von Verfehlungen, Katastrophe, System Stahmann, Versagen der Ressortspitze. Frau Kollegin, ich erlebe eine ganz andere Senatorin und einen ganz anderen Staatsrat. Frau Senatorin Stahmann und Herr Staatsrat Fries haben mit dem sofortigen Einschreiten der Innenrevision deutlich gemacht, dass die Vorgänge aufgeklärt werden und die Gründe dafür benannt werden sollen. Das ist verantwortungsvolles Handeln, das ist genau richtig, meine Damen und Herren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Mit der umgehenden Information der Mitglieder der Sozialdeputation wurde ebenfalls deutlich gemacht, dass hier nichts, aber auch wirklich nichts unter den Teppich gekehrt werden soll, sondern transparent mit dem Vorgang umgegangen wird und die parlamentarischen Gremien fortlaufend unterrichtet werden. Auch das ist konsequent, auch das ist ein richtiges Agieren der Ressortspitze.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Lassen Sie mich das so deutlich sagen: Dafür hätte es im Übrigen auch keiner Sondersitzung der Sozialdeputation bedurft, und es bedarf auch keines Antrags der CDU, dass Frau Senatorin Stahmann und ihr Staatsrat in diesem Ressort die Verantwortung übernehmen und konsequent an der Aufklärung arbeiten. Da braucht es keine Nachhilfe der CDU, und schon gar nicht von Ihnen, Frau Ahrens!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Im Übrigen gibt es ein Team, das die Akten so schnell wie möglich bearbeitet, insbesondere in Fällen, in denen eine Verjährung droht. Auch das habe ich gerade gar nicht so wahrgenommen. Insgesamt können wir doch feststellen, Vorverurteilungen – das gilt für alle politischen Bereiche – helfen an dieser Stelle niemandem weiter, und da wundert mich auch, ich sage Ihnen das so deutlich, die Haltung einer Partei, die ja für sich in Anspruch nimmt, den Rechtsstaat stärken zu wollen. Sie, meine Damen und Herren von der CDU, kommen schon während der laufenden Untersuchungen und Aufklärung zum Schuldspruch. Das ist weder seriös noch angemessen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Natürlich wird dieser Bericht auch Fragen der Innenrevision beantworten müssen, beispielsweise, wie sich die Personalsituation inklusive nicht besetzter Stellen auf die Arbeitsprozesse ausgewirkt

hat, beispielsweise, ob der Umgang mit Überlastanzeigen angemessen war oder ob da auch noch einmal Prozesse beziehungsweise Reaktionsmöglichkeiten für die Vorgesetzten verbessert werden müssen. Die Frage der Digitalisierung drängt sich ja förmlich auf. Auch das wäre, wenn man die Berichte gelesen hat, ja ein Thema, weil es natürlich bei der Digitalisierung, von der wir immer alle gern reden, für die Beschäftigten am Anfang ein viel höherer Aufwand ist. Auch das muss man bei Digitalisierungsprozessen mitberücksichtigen, und auch das finden Sie ja im entsprechenden Bericht.

In Bezug auf die Wirtschaftliche Jugendhilfe stellt sich aus grüner Sicht auch die Frage, ob es zukünftig einer Personalbemessung bedarf. Aktuell ist es in der Tat schwierig zu beurteilen, wie viel Personal für eine fachgerechte Bearbeitung aller anfallenden Aufgaben notwendig ist. Deswegen ist auch da der Vorgang, zu überlegen, eine Personalbemessung einzuführen, aus unserer Sicht richtig.

Insgesamt werbe ich dringend dafür, den Bericht der Innenrevision abzuwarten und aus den angezeigten Mängeln beziehungsweise Vorschlägen die richtigen Schlüsse zu ziehen und dies dann auch umzusetzen.

Ich will aber die verbleibende Zeit auch nutzen, um noch einmal auf einen anderen Aspekt einzugehen, der wahrscheinlich auch die Situation mitbeeinflusst hat! Die Berichte von nicht besetzten Stellen beschäftigen uns ja leider immer wieder, und zwar in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Nicht nur Corona hat aber auf der anderen Seite deutlich gemacht, dass wir einen starken und auch einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst brauchen, der uns gut durch die Pandemie gebracht hat. In diesem Konkurrenzkampf um die besten Köpfe müssen wir also auch schauen, dass wir uns weiterhin als guter Arbeitgeber präsentieren, und das beziehe ich ausdrücklich nicht nur auf die Frage des Gehalts. Zum Begriff der guten Arbeit gehört mehr, unter anderem auch die Wertschätzung aus der Gesellschaft und aus dem politischen Raum. Liebe Frau Ahrens, ich glaube, an der Stelle haben Sie noch Nachholbedarf.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Ich sage Ihnen das auch so deutlich: Wenn Sie hier vorn sagen, Sie sind bereit, Verantwortung zu übernehmen, dann hört sich das, glaube ich, in den Ohren vieler Menschen als ganz, ganz starke Bedrohung an.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE – Zurufe)

Zur guten Arbeit gehört auch eine vernünftige Homeoffice-Regelung, da ist der Senat gerade dabei, das ist selbstverständlich. Aber noch einmal sehr deutlich, auch, wenn am Ende stehen sollte, dass es keine Geschädigten oder finanzielle Verluste für die Stadt Bremen gibt, bleibt es dabei, was ich zu Beginn gesagt habe: Ziel ist und bleibt es, eine möglichst rasche und fehlerfreie Bearbeitung, eine lückenlose Aktenführung inklusive Archivierung in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes zu gewährleisten. Dazu gehört unsere Aufgabe als Arbeitgeber, dazu gehört die Begleitung durch die parlamentarischen Gremien, aber dazu gehören nicht Vorverurteilungen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert.

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was ist die Aufgabe des Senats? Schaden von Bremen abzuhalten?

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Das wäre einmal eine Maßnahme!)

Ja, aber auch, die inhaltlichen Aufgaben zu erfüllen, nämlich dass die Leistungen, und hier in diesem Fall die Sozialleistungen, die Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen erreichen, die sie erreichen sollen, weil sie diese auch verdient haben! Sie brauchen die Mittel. Wir haben nachgefragt. Wir haben gefragt: Sind denn Mittel nicht angekommen? Ich glaube, bisher keinen Fall zu kennen, wo Mittel nicht angekommen sind. Es gab Verspätungen an der einen oder anderen Stelle, das ist dem mangelnden Personal geschuldet. Es ist dem auch gleich nachgegangen worden, und genau in der für mich richtigen Prioritätensetzung, erst einmal zu schauen, ob Menschen, die dringend auf Mittel angewiesen sind, Mittel bekommen, Mittel noch nicht bekommen haben, Mittel bekommen müssen, und auf der anderen Seite zu schauen, was denn an Schäden entstanden ist.

Dass ist natürlich nicht in der Aufarbeitung bei der knappen Personalsituation möglich, die wir alle, glaube ich, beklagen – es ist ja nicht einmal ein Mangel an Stellen, sondern an Menschen, die dort diese Stellen besetzen wollen –, die wir aber alle

beklagen können, und nicht einfach, die Innenrevision jetzt intern so aufzustellen und aufzustocken, dass sie so einen Fall einmal eben schnell bearbeiten kann. Ich hatte die Sozialsenatorin direkt erlebt, als sie quasi diesen Fall gehört hat und bearbeiten konnte, weil wir uns gerade auf einer Zugfahrt aus Berlin getroffen hatten. Insofern muss ich sagen, es ist schnell reagiert worden. Was hätte denn sonst als Instrumentarium an Reaktionen zur Verfügung gestanden?

Klar, es ist notwendig, hier den Schaden von Bremen abzuwenden und zu schauen, was getan werden soll. Die Union hat ja auch gleich noch einen Zusatzantrag gestellt, auf den ich schon einmal eingehen will. Da geht es darum, dass Fakten geprüft werden sollen, und verwaltungsrechtlich, ob die Akten wirklich geschlossen sein müssen. Ehrlich gesagt, ich habe in meinem Verwaltungsleben viele nicht geschlossene Akten gefunden und auch erlebt, wie sie am Ende per Verfügung geschlossen wurden, an denen aber nicht mehr gearbeitet werden musste. Das ist misslich, aber ehrlich gesagt noch kein Schaden.

Die andere Sache ist: Was die Behörde macht, ist eigentlich das, was in den Ziffern 1 und 2 Ihres Antrags gefordert wird. Dann gibt es noch die Ziffern 3 und 4, an denen man auch herumdiskutieren könnte, wo denn Controlling und Verwaltungsabläufe verbessert werden könnten, aber das haben wir schon in der Deputation besprochen, und natürlich muss das geschehen, aber ich erwarte auch, dass das geschieht. Insofern frage sage ich: Ja, es ist richtig, aber es ist auch nicht so, dass sich dem irgendwer versperrern würde.

Dass wir insgesamt mehr Personal im Sozial- und Jugendbereich brauchen ist klar, aber ob das effektiv eingesetzt ist an der Stelle, und ob wir das effektiv generell einsetzen, da möchte ich noch einmal infrage stellen, und da würde ich auch erst den Abschluss des Verfahrens abwarten, und ob wir dann den Punkt 6 mit dem Bericht beschließen oder auch nicht, ich glaube, das wird die nächste Bürgerschaft dann auch unabhängig davon weiter beschäftigen.

Kurzum, ich will sagen, dieser Antrag ist nicht notwendig. Wir werden uns bei ihm enthalten, weil wir es natürlich als Recht der Opposition sehen, so etwas anzumahnen, aber es ehrlich gesagt auch für überflüssig an dieser Stelle halten, weil sie nämlich hier in der Behörde genau das tun, was schon zugesagt ist, was hier gefordert ist. Ich glaube, dafür ist dann doch unsere Hand nicht zu heben.

Insofern möchte ich noch einen anderen Gedanken in die Debatte einbringen, denn das ist eigentlich die Frage, die sich bei mir in so einem Fall stellt. Es ist nicht nur die Frage: Sind da genügend Menschen, die die Akten in der richtigen Reihenfolge und richtigen Weise bearbeitet haben? Die Frage kann man stellen. Es ist auch die Frage zu stellen, ob dann immer die Auskünfte gegeben wurden. Wir haben ja auch Fälle bekommen, in denen Leute gesagt haben, die Sozialbehörde konnte mir nicht antworten, und das war für die Rente dann schwierig. So etwas darf nicht passieren, aber die Frage ist doch: Sind wir eigentlich verwaltungstechnisch so aufgestellt, wie wir es sein müssen? Da sind wir lange nicht. Wir brauchen eine Digitalisierung, wo solche Fragen einfach beantwortet werden könnten. Wir brauchen auch nicht nur eine Transformation der bisherigen Prozesse in digitale Prozesse, sondern wir brauchen eine generelle Digitalisierung dieser ganzen Fallakten und so weiter.

(Zuruf Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

Wer über Homeoffice redet, muss doch wissen, dass all diese Dinge nur zu Hause bearbeitet werden können, wenn man nicht personenbezogene Daten in Koffern durch die Stadt tragen muss. Das ist doch völlig klar. Insofern muss man an der Stelle doch sagen, wir brauchen eine ganz andere Art von Digitalisierung, die es möglich macht, hier wirklich diese Fälle auch mit weniger Personal zu bearbeiten, denn ich befürchte ja, wir werden das Personal nicht finden. Fachkräftemangel ist doch das, was wir diskutieren.

Heute Morgen war ich bei einer Veranstaltung in meiner anderen Tätigkeit, da sagte der Landrat: Die Leute, die ich schon seit 20 Jahren einstellen will, sind noch gar nicht geboren worden. Das ist doch der Fachkräftemangel, den wir beschreiben können, und insofern müssen wir doch hier ganz anders herangehen, genauso wie wir bei all diesen Leistungen herangehen müssen mit der Fragestellung: Können wir die Sozialleistungen – ich meine jetzt nicht die Unterhaltszahlungen, die sind davon noch einmal gesondert zu betrachten, denn das sind immer direkte Ansprüche der Kinder und Jugendlichen gegen ihre Eltern –, können wir nicht die anderen Dinge so weit vereinfachen, zusammenfassen, wie wir das jetzt mit der Kindergrundsicherung auf Bundesebene diskutieren?

Da gibt es sicherlich die eine oder andere Frage über die Höhe, die man stellen kann, aber die Idee dahinter, Leistungen bei der Kindergrundsicherung

rung, beim Bürgergeld und an anderen Stellen zusammenzufassen und zu vereinfachen, das sind doch die Dinge, die wir machen wollen und machen müssen. Warum? Damit Menschen, die Soziale Arbeit studiert haben, soziale Arbeit machen können und nicht Akten verwalten müssen, die sie fachlich sicherlich beurteilen müssen, denn es geht nicht, das Fachliche von Menschen bearbeiten zu lassen, die da vielleicht keine Fachlichkeit über die Zahlen hinaus haben, sondern man braucht eben auch diese inhaltliche Fachlichkeit an vielen Stellen, die da notwendig ist. Wenn man die dann einbindet und das Ganze durch Digitalisierung verbessert, dann können Menschen sich um Menschen kümmern, und das ist doch meiner Meinung nach die Aufgabe von Jugendämtern und den Sozialzentren: dass sich Menschen um Menschen kümmern und nicht um Zahlen, um Geld.

Das sind alles Mittel zum Zweck, nämlich dass diese Menschen angemessen teilhaben und leben können, dass die Kinder und Jugendlichen teilhaben und leben können und die Unterstützung bekommen, die sie brauchen, die Hilfepläne bekommen, alles das, was nötig ist, aber eben Mittel zum Zweck, und das muss einfach digitalisiert und besser bearbeitet werden, als es heute mit den Papierakten der Fall ist. Da müssen wir doch hinkommen, und das ist, glaube ich, das Warnsignal, dass so ein Fall mit solchen Aktenbergen zeigt, die dann am Ende teilweise sogar Schimmel angesetzt haben sollen, wenn ich die Berichte richtig gelesen habe – wobei ich davon ausgehe, dass das die Altakten waren, die nur noch nicht richtig entsorgt waren –, aber wenn ich all das sehe, muss ich doch sagen, ist das der Weg, den wir gehen müssen.

Ja, es ist erschreckend, wenn ich sehe, dass Überlastanzeigen geschrieben werden, die man übrigens dann als Beamter oder als Angestellter schreiben sollte, wenn man sonst selbst Schaden verursachen könnte. Das ist nämlich auch eine Frage des Selbstschutzes. Deswegen kann ich auch jeden verstehen, der das an der Stelle macht. Wenn ich dann aber lese, dass E-Mails ausgedruckt werden, die nicht bearbeitet werden konnten, dann frage ich mich schon: Was ist das für ein Prozess? Wie wäre das mit einer Digitalisierung gegangen mit digitalen Postrückstandsordnern, die man dann übrigens auch anders priorisieren kann, und wie wäre das anders gegangen, wenn man gar nicht in diese Situation gekommen wäre?

Sicherlich hätte es da vorher die eine oder andere Steuerungsmöglichkeit gegeben, hätte man das se-

hen müssen. Auch da gibt es für mich noch systematische Aufklärungsarbeit, wie das Ganze strukturiert und besser strukturiert werden könnte, damit so ein Fall von Überlast eher auffällt. Ich glaube aber, das Ganze ist einer unaufgeregten parlamentarischen Kontrolle zugänglich in den dafür zuständigen Gremien. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sofia Leonidakis.

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befassen uns beim zweiten Thema der Aktuellen Stunde am heutigen Tage mit den Aktenfunden im Sozialzentrum 5 in der Vahr. Es geht um 1 700 Akten, die dort in einem Dienstzimmer gefunden wurden. Im Wesentlichen sprechen wir über Akten der Wirtschaftlichen Jugendhilfe, wir sprechen auch über Spitzabrechnungen mit Trägern, und wir sprechen über einen Posteingang.

(Zuruf Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte vorwegschicken, dass das Auffinden von 1 700 Akten, die möglicherweise unbearbeitet sind oder nicht archiviert wurden, natürlich unschön ist –

(Zuruf Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

ich habe Ihnen auch sehr geduldig zugehört, Kollegin Ahrens! –, dass das ein Missstand ist, der selbstverständlich lückenlos aufgeklärt werden soll und bei dem es einer fundierten Analyse von Ursachen und einer Beseitigung dieser Ursachen bedarf, liebe Kolleginnen und Kollegen, das passiert aber auch. Die Innenrevision der Behörde – nicht des Amtes für Soziale Dienste! –, die Innenrevision der übergeordneten Behörde ist im Sozialzentrum 5 aktiv, und sie hat bereits über ein Drittel der Akten ausgewertet. Stand jetzt – und das wurde uns auch schriftlich und auch mündlich so beantwortet – ist kein Schaden für Unterhaltsberechtigte oder Pflegefamilien entstanden.

Das Zweite ist: Stand jetzt sind noch keine Forderungen verjährt gegenüber Trägern oder auch andersherum. Das ist das, was wir bis jetzt wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, und die Innenrevision des Sozialressorts wird die verbleibenden, noch nicht geprüften Akten weiter untersuchen, und das ist auch gut so, und das soll sie auch gern in Ruhe tun.

Was wir nicht wissen, Stand heute, von den Akten und auch nicht von den Fakten her – das geben sie nämlich nicht her –, ist, dass wir 4 700 Akten gefunden hätten. Nein, es sind 1 700. Bei den restlichen 3 000 Akten handelt es sich um Heranziehungsakten, oder das sind quasi Doppelakten, die im Fachdienst Unterhalt und Forderung liegen. Da geht es um unterhaltsbezogene Akten, die in einem anderen Fachdienst liegen.

(Vizepräsidentin Antje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Das Zweite, was diese Akten nicht sind: Ich kann verstehen, dass man irgendwie ein öffentlichkeitswirksames Bild von vier Metern Aktenlänge erzeugen möchte. Da sind auch Ordner dabei, liebe Kollegin Ahrens, darin liegen zum Beispiel vier Blätter. Also dass man jetzt von vier Metern Akten spricht, ist vielleicht auch nicht ganz der Sachstand.

Was wir nicht haben jenseits von Spekulation, sind Hinweise auf systematische Überforderung in weiteren Sozialzentren. Wenn man so etwas sagt, liebe Kollegin, und nicht dem Vorwurf ausgesetzt werden möchte, dass man hier spekuliert, dann muss man Ross und Reiter nennen, und dann muss man sagen, was Sache ist, anstatt hier eine solche Spekulation zu betreiben.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Was wir auch noch nicht wissen, Kollegin Ahrens: Sie schreiben in Ihrem Antrag, der Schaden sei noch nicht bezifferbar. Mit einer solchen Aussage treffen Sie die Aussage, es gäbe einen Schaden. Stand jetzt wissen wir noch gar nicht, ob es einen Schaden gibt. Da müssen Sie doch erst einmal den Bericht der Innenrevision abwarten und ihre Untersuchung, anstatt jetzt zu sagen, es gäbe einen nicht bezifferbaren Schaden. Ja, er ist nicht bezifferbar, er könnte aber auch bei null liegen, liebe Kollegin Ahrens.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Also wir wissen, dass wir sehr vieles, Stand jetzt, noch nicht wissen. Sie als CDU, Sie als Abgeordnete Ahrens wissen aber anscheinend, es fände eine Verhinderung der sachgerechten Aufklärung statt – das steht so Wort für Wort in Ihrem Antrag –, es gäbe strafrechtlich relevantes Handeln, das haben Sie in der Deputation gesagt, und Sie sprechen von einem System Stahmann und einer persönlichen Verantwortung, so, als hätte die Sozialsenatorin Frau Stahmann quasi persönlich angewiesen,

diese 1 700 Akten nicht zu archivieren, sondern in einem Zimmer abzustellen. Ich finde das ehrlich gesagt abenteuerlich.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn ich mir jetzt anschau, Sie haben eine Sondersitzung beantragt, die wurde auch binnen Tagen realisiert, Sie haben einen Fragenkatalog von 73 Fragen an die Sozialdeputation eingereicht, an die Behörde eingereicht, die auch binnen weniger Tage schriftlich beantwortet wurden, und man hat sich dort dann weiteren mündlichen Nachfragen von Ihnen gern gestellt, denn Sie sind als Abgeordnete selbstverständlich berechtigt, Fragen zu stellen und diese auch beantwortet zu bekommen; aber wenn Sie innerhalb von so kurzer Zeit Fragenkataloge in einem dermaßen großen Umfang stellen, dann blockieren Sie die Verwaltung, und wenn Sie dann auch noch so detailliert fragen, dass Sie quasi von der Sozialsenatorin im gleichen Atemzug schriftlich verlangen, dass die Sozialsenatorin ihrer Fürsorgepflicht nicht nachkommt und den Datenschutz gegenüber Beschäftigten verletzt, dann finde ich das ehrlich gesagt wirklich extrem irritierend, denn wenn es nach Ihnen geht und Sie davon sprechen, dass es hier strafrechtlich relevantes Verhalten von Mitarbeitenden gebe, damit tun Sie ja so, als würden die Mitarbeitenden der Wirtschaftlichen Jugendhilfe quasi mit einem Bein im Knast stehen. Ich finde das unverantwortlich, und wenn Sie beklagen, dass es einen Fachkräftemangel gibt, den wir alle hier miteinander beklagen, dann findet man mit so einer Strategie garantiert keine Fachkräfte!

(Anhaltender Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

Liebe Kollegin Ahrens, Abgeordnete haben als Legislative eine Kontrollfunktion. Die Opposition hat diese Kontrollfunktion noch einmal mehr, aber Sie sind hier nicht die Chefanklägerin, die über Strafrecht urteilt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

Das ist einfach nur fatal, das ist unverantwortlich, und damit richten Sie Schaden an, liebe Kollegin Ahrens!

Sie fordern Aufklärung. Das machen wir alle. Das macht die Senatorin, das machen die Deputierten in der Sozialdeputation, auch der Koalition, das

macht die Innenrevision, das machen im Grunde alle Beteiligten. Sie fordern diese Aufklärung, aber Sie geben ja nicht die Zeit dafür, dass auch aufgeklärt wird. Sie beantragen Sondersitzungen zu einem Zeitpunkt, zu dem einfach noch gar nichts klar ist und zu dem es auch dementsprechend null Erkenntnisgewinn gibt, denn diese 1 700 Akten, von denen Sie ja zu Recht sagen, das ist zu viel, müssen doch erst einmal angeschaut werden! Das warten Sie aber nicht ab, sondern Sie beantragen die Sondersitzung, Sie stellen 73 Fragen an die Behörde.

Wenn Sie in dieser Sondersitzung Antworten verlangen, die wir alle haben wollen – die Frage ist: Wann bekommen wir fundierte Antworten, wann können wir überhaupt fundierte Antworten bekommen? Sie verlangen nach Antworten, ob Familien ein möglicher Schaden entstanden sei, und wenn dann Herr Staatsrat Fries in der Deputation antwortet, das sei unwahrscheinlich – ich wiederhole, unwahrscheinlich, das ist eine Wahrscheinlichkeitsaussage! –, dann interpretieren Sie das in Ihrer Pressemitteilung vom 7. März als Freispruch in eigener Sache. Ich finde ehrlich gesagt, da drehen Sie wirklich auch Aussagen der Innenrevisorin, der politisch Verantwortlichen, derjenigen, die da jetzt aufklären, die da hinterher sind, dass etwas passiert, das Wort im Mund um. Das ist einfach nur unlauter, liebe Kollegin Ahrens!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben Ihr Urteil schon, und das wurde hier zu Recht als Vorverurteilung bezeichnet, und Sie richten Schaden an, Sie handeln unverantwortlich, Sie agieren mit unbelegten Unterstellungen und mit indirekten Drohungen gegenüber Beschäftigten. Aus meiner Sicht ist das der eigentliche Skandal.

Liebe Kollegin Ahrens, ich bin nicht dafür bekannt, dass ich nicht auch kritisch nachfrage, auch gegenüber Behörden, das weiß die Senatorin

(Senatorin Anja Stahmann: Das stimmt!)

Ahrens – -. Frau Ahrens, Entschuldigung!

(Heiterkeit – Zurufe – Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Himmel bewahre! – Zurufe)

Das wollen wir nicht! Das weiß Frau Senatorin Stahmann aus eigener Erfahrung, dass ich durchaus kritisch nachfrage, dass ich für Aufklärung bin. Ich habe ganz persönlich auch schon Akteneinsichtsrechte wahrgenommen, das ist Ihnen völlig

unbenommen, das können Sie gern machen. Wir brauchen diese Aufklärung, und wir brauchen, wie ich bereits eingangs gesagt habe, die Erforschung und die Beseitigung der Ursachen, aber dann lassen Sie doch die Innenrevision in Himmels Namen in Ruhe arbeiten, und stellen Sie nicht solche Thesen wie eben gerade wieder in den Raum, irgendetwas würde nicht überprüft werden. Das ist doch Quatsch!

Die Innenrevision ist vor Ort, und zwar täglich. Die Kollegen sehen sich jede Akte an, sie nehmen jede Akte in die Hand und schauen: Gibt es unerfüllte Forderungen, gibt es unbearbeitete Vorgänge? Gibt es Akten, die archiviert werden müssen? Bei all diesen Vorgängen wird einzelne Akte einzeln angeschaut, und ja, wir müssen das alle miteinander auch kritisch begleiten. Die Sozialbehörde muss da einen kritischen Blick darauf haben, es braucht einen kritischen Blick auf die Strukturen, und dieser Missstand muss beseitigt werden, und es müssen Maßnahmen entwickelt werden, auch das wurde bereits gesagt. Dafür brauchen wir keinen Antrag der CDU-Fraktion, sondern es wurde von der Innenrevision und vom Bericht Amtes für Soziale Dienste bereits schriftlich in der regulären Sitzung der Sozialdeputation angekündigt, dass solche Maßnahmen selbstverständlich im Rahmen der Aufklärung, die jetzt die Innenrevision macht, auch entwickelt werden. Das ist das übliche Geschäft, und dafür braucht man keinen Antrag.

Zu möglichen Ursachen wurde ja bereits einiges gesagt. Mit Sicherheit wird der Fachkräftemangel ein Problem sein, ein Drittel der Stellen ist unbesetzt. Es kann auch sein, dass Langzeiterkrankungen eine Ursache sind, und selbstverständlich, wenn solche Umstände zu Überlastanzeigen und zur Überlastung eines gesamten Fachdienstes in einem Sozialzentrum führen, wenn Fluktuation dazu führt, dass das Personal fehlt, dann haben wir da tatsächlich ein Problem, das beseitigt werden muss. Wir, DIE LINKE, glauben, das geht über Aufwertung, das geht über genügend Personal, das geht über gute Arbeitsbedingungen, und das geht eben nicht über eine öffentliche Schmutzkampagne, wie Sie sie führen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das ist aber eine Umkehrung der Tatsachen!)

Es kann auch sein, dass eine der Ursachen die durchaus bearbeitungsintensive Datenmigration beim Systemwechsel von der Software OK.JUG auf die neue Software SoPart gewesen sein könnte. Es

kann sein, dass durch die Trennung der Heranziehung und der Leistungen von Unterhalt durch die UVG-Reform 2017 die Akten nicht richtig sortiert wurden, aber liebe Kollegin Ahrens: Lassen Sie doch auch einmal die Kirche im Dorf! Sie tun hier so, als wären Sie nicht nur die Chefanklägerin, sondern auch die Chefaufklärerin. Wer hat denn darüber informiert, dass die Akten gefunden wurden? Das war die Behörde! Also da muss man jetzt auch nicht so tun, als wäre es Ihren Sondersitzungen, die übers Knie gebrochen werden, zu verdanken, dass die Öffentlichkeit informiert wird! Nein, es ist die Behörde selbst, die darüber informiert hat und die wirklich alles tut, auf die besten und die schlechtesten Fragen zu antworten. Deswegen finde ich auch die Art und Weise, wie Sie sich hier gerieren, als wären Sie die Retterin der Öffentlichkeit und die Informantin für alle möglichen seriösen oder unseriösen Informationsquellen, völlig abwegig.

Wie gesagt, Ihre Fragen haben zum jetzigen Zeitpunkt, außer dass sie die Behörde befasst haben, und zwar, wie ich finde, übermäßig befasst haben, relativ wenig Erkenntnisgewinn gebracht. Ich begreife ehrlich gesagt nicht, was tatsächlich Ihre Mission ist. Ich finde sie einfach nur schadenfrei – –. Entschuldigung, ich finde sie faktenfrei, und ich finde sie schädlich.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Einige freudsche Versprecher!)

Es kann ja sein, dass Sie nicht die Antworten bekommen, die Sie wollen, dann geben Sie einfach selbst die Antworten. Sie stochern im Trüben, das hat auch Ihre Rede hier eben gezeigt: Sie kommen mit Einzelfällen, die wir hier weder fundiert diskutieren noch nachvollziehen können, noch ist es die Sache des Parlaments, solche Einzelfälle hier auszubreiten, noch haben Sie dargelegt, ob das mit dem Sozialzentrum 5 oder mit irgendeinem anderen Sozialzentrum zu tun hat. Das klingt für mich ziemlich verzweifelt, liebe Kollegin Ahrens, und Sie haben eben keine Fakten, die Sie liefern können, jenseits dieses Stocherns im Trüben. Ich empfinde das als eine Schmutzkampagne. Vielleicht ist es ja auch eine Wahlkampagne, aber, liebe Kollegin Ahrens, das ist eine der schlechtesten Bewerbungsreden als Senatorin, die ich bisher gehört habe,

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

und damit kann ich Schluss machen. – Herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten liegen mir nicht vor.

Frau Ahrens, Sie hatten noch einen zweiten Redebeitrag angekündigt. Wollen Sie jetzt reden, oder im Moment nicht?

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Ich habe keinen zweiten Redebeitrag angekündigt!)

Alles klar, vielen Dank! Es ist mir so gesagt worden, dass Sie schon einen zweiten angekündigt hatten. Ich wollte nur sicher sein, dass wir das nicht übersehen.

Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Anja Stahmann.

Senatorin Anja Stahmann: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mir selbst auferlegt, dass ich versuche, mit einem Redebeitrag auszukommen, der vielleicht etwas umfassender ist. Ich bedanke mich erst einmal für die lebhaftige Debatte, die ja zweierlei gezeigt hat und deutlich gemacht hat, es gibt Belastendes, und es gibt Entlastendes zu sagen.

Lassen Sie mich aus meiner Sicht zunächst auch noch einmal sagen, ich war alles andere als glücklich, als mir von den Aktenfunden im Sozialzentrum 5 berichtet worden ist. Das ist einer der Momente, in denen ich froh bin, dass es noch keine Verkehrswende in Bremen gegeben hat: Der Moment, in dem ich das Fenster im 15. Stock des Tivolihochhauses öffne und hinausrufe „so'n Schiet“, das ist der Moment, wo ich dann tief durchatme und mich dann mit meinem Staatsrat berate, der mit dieser Meldung zu mir gekommen war.

Sie können sich vorstellen, dass wir beide keinen Augenblick gezögert haben zu sagen, das ist ein Fall für die Innenrevision, ein Vorgang, der aufgeklärt werden muss, der schonungslos aufgeklärt werden muss, lückenlos. Das ist für mich persönlich unabdingbar, weil wir auch in den letzten Jahren, in denen wir – Herr Fries und ich –im Sozialressort zusammenarbeiten, auch mit der Personalvertretung, mit den Beschäftigten, immer gut damit gefahren sind, wenn Fehler passiert sind oder Dinge passieren, die nicht dem normalen Geschäftsgang entsprechen, aufzuklären und aus diesen Fehlern auch zu lernen und auch deutlich zu machen, dass

wir eine andere Auffassung haben, was da passieren darf, und dass Akten sich irgendwo anhäufen können, das darf und soll nicht sein. Wir wollen Vorkehrungen treffen, dass sich das nicht wiederholt, das sage ich ganz deutlich.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Es geht mir auch darum, dass es keinen Schaden gibt, weder für einzelne Menschen, wir müssen sehen, dass wir auch Schäden für Träger vermeiden, für die öffentliche Hand – wir sind für das Steuergeld auch verantwortlich –, aber wir müssen auch darauf achten, dass wir auch den Schutz der Beschäftigten im Auge haben, die mit großem Einsatz, das ist in der Debatte ja ein paarmal gesagt worden, ihre Aufgaben erfüllen und trotzdem manchmal an die Grenzen des Machbaren stoßen. Das ist mir auch wichtig.

Die öffentliche Aufarbeitung fängt ja nicht erst heute an, und sie hört auch nicht heute auf, das ist eben gesagt worden. Wir haben an dem einen Tag – es war ein Dienstag – davon erfahren, an dem Mittwoch haben wir die Innenrevision beauftragt, am Donnerstag haben wir dann die Sozialdeputation informiert. Die Innenrevision hat ihre Arbeit aufgenommen, der Leiter des Jugendamtes hat meinen Staatsrat unmittelbar informiert, der hat unverzüglich die Innenrevision mit der Prüfung beauftragt, und schon Anfang Februar haben wir in der Deputation darüber gesprochen. Da konnten Herr Fries und ich auch noch nicht viel sagen. Wir haben gesagt, wir haben die Innenrevision eingesetzt, und wir berichten zur nächsten Deputations-sitzung regulär. Wir haben dann drei Werk-tage vor der nächsten regulären Deputations-sitzung auch noch eine Sondersitzung gemacht und da umfänglich über den Sachstand, den wir da hatten, die Abgeordneten informiert, drei Tage später, dann wieder an einem Donnerstag, die Sitzung der Sozialdeputation durchgeführt und dann nochmals informiert über den neuen Stand, den wir hatten, und – das ist auch gesagt worden – wir haben viele Fragen bekommen, auch die hatten wir beantwortet.

Ich will noch einmal sagen: Gnade! Die Innenrevision kann nur eins: entweder ermitteln oder eben ganz viele Fragen beantworten und für die Senatorin aufschreiben. Da bedanke ich mich ausdrücklich bei denen, die das erkannt haben, dass man da – –. Wir wollen ja aufklären, wir wollen auch schnell aufklären, wir wollen auch zur nächsten Deputations-sitzung weiter aufklären. Das können wir nicht alles parallel machen, und das waren auch schon für uns dann schwierige Bedingungen.

Die Beschäftigten schauen einen dann auch wirklich an und sagen: Ja, wir verstehen das, die Abgeordneten haben ja das Recht, zu fragen, das wollen wir auch alles beantworten. Aber so ganz klug wirkt so manche Forderung nicht auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Das glaube ich!)

Ich fand auch, dass der Leiter des Jugendamtes die Fragen sehr gut beantwortet hat, einerseits die, die wir ihm gestellt haben, die aber auch die Abgeordneten gestellt haben, und wir haben es ausführlich dargelegt, uns auch noch einmal die personelle Situation in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe im Sozialzentrum 5 schildern lassen, die sehr angespannt war, weil Stellen nicht nahtlos wiederbesetzt werden konnten. Es gab Langzeiterkrankungen, das hat Ende vergangenen Jahres zu einer Risikomeldung durch die zuständige Leitung des Sozialzentrums geführt, weil die Stabilisierung mit Bordmitteln nicht mehr zu erreichen war. Daraufhin hat das Amt eine übergreifende Unterstützung durch Kolleginnen und Kollegen aus der Wirtschaftlichen Jugendhilfe anderer Sozialzentren organisiert, und die haben schnell gemerkt, dass sich hier eine große Zahl nicht abschließend bearbeiteter Akten angesammelt hat und etliche Postrückstandsordner, in denen sich Hinweise gefunden haben, dass Spitzabrechnungen mit Jugendhilfeträgern über einen längeren Zeitraum nicht erfolgt waren.

Jetzt hat sich bei uns aber niemand – und das sage ich auch in Richtung CDU, Frau Ahrens – hinge-setzt, die Hände in den Schoß gelegt und den Mantel des Schweigens über die Sache gedeckt. Ich habe niemanden angewiesen, da keinen Hand-schlag zu rühren, das hat auch der Staatsrat nicht getan, im Gegenteil: Auf allen Ebenen im Amt und bei uns im Ressort sind alle Hebel in Bewegung ge-setzt worden, die Sache schnell und umfassend öf-fentlich aufzuklären, und wer jetzt wie die CDU laut „Aufklärung“ ruft, wirft sich hinter einen Zug, der längst in Fahrt gekommen ist.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Die Aktenfunde stammen, das ist in der Debatte deutlich geworden, aus der Wirtschaftlichen Ju-gendhilfe. Das ist der Bereich innerhalb des Ju-gendamtes, der für die rechtliche und finanzielle Umsetzung der Hilfen zuständig ist, nicht für das

Fallmanagement und die Sicherung des Kindeswohls. Die Wirtschaftliche Jugendhilfe prüft unter anderem die örtliche Zuständigkeit für eine Leistung. Sie macht die Kostenzusagen an die Träger, sie stellt die Bescheide für die Eltern zusammen oder für die Vertretungen, und auch die Abrechnung mit den Leistungserbringern wird hier erledigt. Die Wirtschaftliche Jugendhilfe prüft, ob Eltern zu den Kosten der Jugendhilfe heranzuziehen sind, und sie setzt finanzielle Ansprüche der Stadt gegenüber anderen Jugendämtern durch.

Bis 2017 war in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe des Sozialzentrums 5 auch die Leistungsgewährung im Bereich Unterhaltsvorschuss und Ausfallgeld für Alleinerziehende angesiedelt, aber jetzt nicht mehr; nur die Leistungsgewährung, nicht die Heranziehung, die lag in einer anderen Einheit. Ich betone das ausdrücklich, weil in der Debatte wider besseren Wissens, Frau Ahrens, auch der Eindruck erweckt worden ist, wir hätten massenhaft Alleinerziehende im Stich gelassen und ihnen den Unterhaltsvorschuss nicht ausgezahlt, und das will ich nicht stehen lassen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Darauf gibt es keine Hinweise, und das widerspricht auch der Systematik der Aktenfunde.

Die Innenrevision prüft zurzeit sämtliche vorgefundenen Unterhaltsvorschussakten – sämtliche! – und die Aktenordner mit den Postrückständen. Sie wird darüber hinaus den kompletten Aktenbestand in den unbesetzten Büros untersuchen. Es wird geprüft, ob es dort zu Bearbeitungsrückständen gekommen ist, und wenn ja, ob das mit finanziellen Nachteilen für Eltern oder Pflegeeltern einhergegangen ist. Sie wird im laufenden Prüfungsprozess der Frage nachgehen, ob und inwieweit neben anderen Faktoren auch organisatorische Strukturen zu einer Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit der Wirtschaftlichen Jugendhilfe beigetragen haben und welche Folgerungen daraus gezogen werden müssen. Die Innenrevision wird entsprechende Empfehlungen aussprechen, um zukünftig eine ordnungsgemäße Aktenführung sicherzustellen.

Die Prüfung der Akten, das wissen Sie, läuft zurzeit noch. Abschließende Ergebnisse können wir noch nicht vorlegen. Das macht das Thema für Teile der Opposition vermutlich besonders attraktiv, aber besonders seriös ist das auch nicht.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Was wir bisher sagen können, ist: Mehr als ein Drittel der 1 700 Unterhaltsvorschussakten ist geprüft, und es hat keine Hinweise darauf gegeben, dass Zahlungen bewilligt, aber nicht ausgezahlt worden wären. Vielmehr handelt es sich durchweg um eingestellte Leistungsfälle, die archiviert gehören, aber noch nicht archiviert worden sind. Geprüft hat die Innenrevision auch erste Unterlagen aus den Rückstandsordnern. Dabei hat sie vor allem Spitzabrechnungen von Jugendhilfetägern gefunden, die noch nicht bearbeitet worden sind, und um es mit den Worten der Innenrevision zu sagen – ich zitiere nicht mich selbst, sondern die Innenrevision –: „Verjährungstatbestände sind dabei bisher nicht zutage getreten.“

Aus dem, was mir bis zum heutigen Tage bekannt ist, kann ich zusammenfassend also folgende erste Einschätzung vornehmen: Erstens, ja, es gibt Rückstände in der Aktenbearbeitung, deren Ursachen noch genauer zu klären sein werden. Dass die prekäre personelle Situation mit zu dieser Situation beigetragen hat, ist nicht von der Hand zu weisen. Die daraus folgende Frage, ob und in welcher Form Frühwarnsysteme einzurichten und organisatorische Veränderungen vorzunehmen sind, auch, um die Beschäftigten zu schützen, wird am Ende des Prüfprozesses zu beantworten sein. Zweitens, in den Rückstandsordnern finden sich Spitzabrechnungen von Jugendhilfetägern mit noch nicht ausgeglichenen Forderungen gegenüber dem Amt für Soziale Dienste. Diese werden derzeit im laufenden Dienstbetrieb abgearbeitet. Drittens, wir werden das weiter tun, was wir von Anfang an angekündigt und umgesetzt haben: Wir werden weiter schonungslos, rückhaltlos und öffentlich aufklären, um für die Zukunft sicherzustellen, dass Risiken frühzeitig erkannt und abgewendet werden.

Lassen Sie mich abschließend noch sagen, dass parallel zu der laufenden Innenrevision natürlich auch weitgehende Maßnahmen ergriffen worden sind, um die Rückstände umgehend zu bearbeiten. Zum einen hat in dieser Woche ein Leitungsteam seine Arbeit aufgenommen, das sind zwei Referatsleitungen aus der Wirtschaftlichen Jugendhilfe anderer Sozialzentren. Sie werden die Wirtschaftliche Jugendhilfe vor Ort in den kommenden Monaten in enger Absprache mit der Innenrevision führen und begleiten. Dabei werden sie auch die Aufgabenerledigung vor Ort neu strukturieren und systematisieren. Zum anderen sind mehrere Verfahren gestartet, um die Wirtschaftliche Jugendhilfe im Sozialzentrum 5 kurzfristig personell zu unterstützen. Offene Forderungen sollen jetzt zügig bearbeitet und die mögliche Verjährung verhindert werden.

Am 13. April, der letzten regulären Deputationssitzung in dieser Legislaturperiode, werden wir natürlich über den Stand der Aufarbeitung nochmals ausführlich – das hatten wir ja beim letzten Mal auch mehrere Stunden gemacht – und in aller Offenheit informieren und natürlich auch darüber hinaus. Das ist der Stand, den ich heute hier dem Parlament geben kann. Das ist nicht schön für Herrn Fries und mich, das ist nicht schön für die Beschäftigten, dass wir uns in so einer Situation befinden.

Ich fand es eben gut, dass auch noch einmal über die Leistungsfähigkeit im öffentlichen Dienst gesprochen wurde. Das ist eine wichtige Debatte, die man auch führen muss. Wir sehen ja ganz hohe Krankenstände nach der Coronazeit, nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Bereichen – bei Inneres, in den Krankenhäusern, in Pflegeeinrichtungen –, und das ist natürlich auch vor dem Hintergrund, dass wir Stellen haben, die wir nicht besetzen können, eine Riesenherausforderung, und daran gibt es auch nichts schönzureden. Wir haben Kolleginnen und Kollegen, die schaffen im Augenblick für zwei oder zweieinhalb oder auch drei, und dem müssen wir uns stellen, und darauf müssen wir Antworten finden, denn wir wollen – Frau Leonidakis hat es ja gesagt – die Leute ja gewinnen für den öffentlichen Dienst, wir wollen die Stellen besetzen, wir wollen gute Leute finden, und damit werden wir uns auseinandersetzen müssen.

Frau Ahrens, ich habe verstanden – Sie haben ja gesagt, bei Herrn Strehl ist es schön –, dass Sie sich im Finanzressort wohlfühlen. Ich würde auch gern an meiner Stelle bleiben. Ich finde, wir haben das in den letzten Jahren nicht so schlecht gemacht, und der alte Senat bleibt im Amt, bis ein neuer gewählt wird, und so lange würden wir beide auch noch gern sehr intensiv und auch so genau, wie wir das bisher gemacht haben, unseren Job mindestens fortführen. – Danke schön!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sandra Ahrens.

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Frau Präsidentin, meinen sehr geehrten Damen und Herren! Was ist denn nun eigentlich Ihre Verantwortung an dieser historischen Dimension, die der Leiter der Innenrevision in seiner mehr als 20-jährigen Tätigkeit noch kein einziges Mal vorgefunden hat und

die – das hat er ja selbst gesagt – über Jahre aufgebaut worden sein muss? Ich habe immer nur gehört, dass die CDU an allem schuld ist, aber wo die Verantwortung in der Spitze des Hauses liegt, ein aufbauendes Controlling darzustellen, das auch funktioniert, das ja definitiv nicht da war, sonst hätte es diese Dimension nicht gegeben, darauf warte ich ehrlicherweise immer noch.

(Beifall CDU)

§ 34 Landeshaushaltsordnung sieht ausdrücklich vor, Einnahmen rechtzeitig und vollständig zu erheben. Zudem sind die Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns zu garantieren. Wenn ich dann feststelle, dass die Innenrevision nur die Unterhaltsvorschussakten geführt hat, die Frau Pfeiffer und Herr Dr. Buhlert als „das sind doch eigentlich nur Archivakten“ bezeichnet haben und Sie gleichzeitig den Auftrag erteilt haben, die Heranziehungsakten auf gar keinen Fall mehr zu überprüfen,

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo steht das mit den Heranziehungsakten?)

wo wir wissen, dass seit dem Jahr 2006 der Rechnungshof im Land und im Bund immer und immer wieder gesagt hat, das muss überprüft werden –

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Wo steht denn das?)

hier sind Schäden in der Vergangenheit für Bremen entstanden, und hier entstehen sie auch zukünftig,

(Zurufe Bündnis 90/Die Grünen)

denn der Rechnungsprüfungsausschuss hat im März 2022 noch gesagt, ihr habt da noch Hausaufgaben zu machen, das Ressort schafft es immer noch nicht –, wie man dann am 9. März durch Herrn Staatsrat Fries mitteilen lassen kann, dass man die bewusst nicht überprüft, kann ich nicht nachvollziehen, denn da werden Schäden für Bremen sein.

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich bin nicht sicher, dass er das so gesagt hat!)

Wenn ich dann sehe, dass die 1 300 Leistungsakten in den vier verwaisten Büros ebenfalls noch nicht angeschaut wurden, da wurden übrigens auch die 40 Leitz-Ordner gefunden – –.

(Glocke)

Ich lasse keine Frage zu!

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir bleiben bei der Märchenstunde!)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Ich darf Sie erst einmal fragen, ob Sie eine Zwischenfrage zulassen, Frau Abgeordnete!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu.

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann müsste sich ja jemand mit der Realität auseinandersetzen! Ganz schwach, Frau Ahrens! Ganz schwach!)

Wenn man dann 1 300 Leistungsakten in vier verwaisten Büros findet, wo übrigens auch 40 Leitz-Postrückstandsordner mit unbearbeitetem Posteingang gefunden wurden,

(Zurufe Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD], Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen])

die übrigens dann auch noch zusätzlich seit dem 1. November von einer 30-Stunden-Kraft von chronologisch nach Zeitablauf abgeheftet in alphabetisch umsortiert werden mussten, damit man mit der Bearbeitung dieser Postrückstände beginnen kann, die zum Teil bis zu neun Jahre zurückreichen, dann sage ich an der Stelle: Vielleicht ist das nicht die beste Lösung gewesen, wenn man Ergebnisse, was tatsächliche Schäden für Familien und für den Staat angeht, bis zum Ende der Legislaturperiode herausfinden will. Ein Schelm, der Böses dabei denkt!

(Beifall CDU – Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Sie sind der Schelm!)

Wenn ich dann feststelle, wie hier das Controlling nicht stattgefunden hat und gleichzeitig Überlastanzeigen vorgesehen sind – wir haben steigende Fallzahlen gehabt, das ist selbst zugegeben worden, wir haben immer weiter abgeschmolzenes Personal, die Stellen sind von 7,83 auf 6,45 verringert worden, Sie haben zugelassen, dass die Mitarbeiter über lange Zeit alleingelassen worden sind, sie haben Überlastanzeigen gestellt, und es gab keine Reaktion auf diese Überlastanzeigen im Jahr 2020 –,

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Das stimmt nicht! – Zurufe Bündnis 90/Die Grünen)

dann zeigt das, dass hier Hilferufe nicht gehört wurden, sonst hätte es sich ja nicht über Jahre aufgesummt,

(Unruhe – Glocke)

und wäre die historische Dimension nicht gefunden worden.

(Senatorin Anja Stahmann: Das stimmt doch überhaupt nicht! – Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Das stimmt doch nicht! – Senatorin Anja Stahmann: Das ist wirklich üble Nachrede! Entschuldigen Sie, dass ich von der Senatsbank dazwischenrufe! – Zurufe Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD])

Letzter Satz: Wir haben die ersten Informationen, die wir erhalten haben zum Sozialzentrum 2, an die Senatorin weitergegeben.

(Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben jetzt die Freigabe für weitere Punkte, die wir hier zum Teil auch vorgetragen haben, die wir jetzt, nachdem wir die Datenfreigabe haben, ebenfalls weiterleiten können an die Senatorin, und das werden wir auch tun. – Danke schön!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Björn Fecker.

Abgeordneter Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gehört ja einiges dazu, mich hier aus der Ruhe zu bringen, aber sich hier vorn hinzustellen und wider besseren Wissens Sachen zu behaupten, um eine Person zu schädigen, halte ich für absolut infam und unwürdig, meine liebe Frau Ahrens!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Wenn Sie sich hierhinstellen und sagen, es gab keine Reaktion auf die Überlastanzeigen: Ich bin noch nicht einmal Mitglied der Deputation, aber ich bin des Lesens mächtig und habe die Berichte der Sozialdeputation gelesen, da ist genau aufgeführt, welche einzelnen Maßnahmen es auf welche Reaktionen gab.

(Zuruf Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

Da können Sie genau sehen: Überlastanzeige 1, Überlastanzeige 2, Rücksprache mit Referatsleitung und Co. Meine Damen und Herren, seien Sie doch bitte so ehrlich: Sie haben vorhin über das Märchenschloss geredet, hier reden Sie jetzt aber wirklich wie in einer Märchenstunde, Frau Ahrens!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Das geht die ganze Zeit so weiter: „Der Schaden ist nicht bezifferbar.“ Es steht aktuell noch gar nicht fest, ob es einen Schaden gibt. Ich sage noch einmal sehr deutlich: Es ist auch unser Anspruch, dass es nicht zu so einer Situation kommen darf, aber Sie arbeiten hier nur mit Unterstellungen.

(Glocke)

Sie werfen eine Nebelkerze nach der anderen, und Sie hoffen, dass irgendetwas im Netz hängen bleibt. Wer mit Dreck wirft, das weiß ich, da bleibt immer irgendetwas hängen. Wenn das die politische Zielsetzung und das politische Agieren der CDU ist, dann mal gute Nacht für den demokratischen Umgang in diesem Haus!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Fecker, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder eine Zwischenbemerkung der Abgeordneten Frau Ahrens?

Abgeordneter Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, auch ich verzichte wie Frau Ahrens jetzt auf das Zulassen von Zwischenfragen,

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

und zwar auch aus dem einfachen Grund, weil ich möchte, dass bestimmte Sachen hier auch nicht einfach ständig wiederholt werden, wenn sie an den Fakten vorbeigegangen sind.

Frau Ahrens, Sie können das auch gern Herrn Eckhoff erklären, er wird das mit uns im Haushalts- und Finanzausschuss bestimmt auch noch einmal diskutieren, aber ein Letztes: Sie haben jetzt mehrfach den Hinweis gehört, dass Ihr Agieren einen massiven Schaden auch für die Beschäftigten bedeutet, denn durch die Frage, wie identifiziere ich mich mit meinem Job, wie wohl fühle ich mich, wird das als Katastrophe bezeichnet. Werfe ich so gar mit solchen Sachen wie Strafrecht um mich für Leute, die engagiert unter schwierigen Bedingungen arbeiten, da können wir doch gern auch in den

politischen Diskurs gehen, dass wir sagen, da fehlen X Stellen, das ist doch vollkommen in Ordnung. Das nennt man Politik, das ist nicht das Werfen mit Dreck, sehr geehrte Frau Ahrens. Diesen Diskurs können wir doch gern führen, aber wir müssen doch anerkennen, dass das, was Sie hier betreiben, nicht dazu führen wird, dass wir offene Stellen besetzen und dass diejenigen, die da motiviert an die Sache gehen, das auch zukünftig noch tun werden. Haben Sie sich einmal Gedanken gemacht über Ihr Agieren? Ich glaube, nicht! Ich finde, das schadet dem politischen Diskurs. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sandra Ahrens zu einer Kurzintervention.

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich entschuldige mich beim Parlament!)

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Fecker, ich weise ausdrücklich zurück, was Sie eben gerade erzählt haben! Ich habe die Vorlage dabei. Die Chronologie, auf die Sie sich beziehen, beginnt 2022. Meine Informationen, die ich genannt habe, beziehen sich auf das Jahr 2020, in dem 100 Prozent aller Mitarbeiter eine Überlastanzeige abgegeben haben.

(Beifall CDU – Zurufe SPD – Zurufe Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen])

Zwei Jahre vorher, und es kam nichts dabei heraus,

(Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

denn ansonsten hätten wir ja nicht diese historische Dimension vorgefunden,

(Zurufe Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen])

und es wäre super, wenn Sie auch zuhören würden, Herr Kollege!

Ganz deutlich: Der Schaden ist doch längst entstanden. Der Schaden ist der Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in das, was hier stattfindet, meine Damen und Herren!

(Zuruf: Den Schaden richten Sie an, Frau Ahrens! – Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Durch Sie, genau!)

Das hat nichts mit unserer Kampagne zu tun, sondern es hat etwas damit zu tun, dass Sie die Mitarbeitenden im Amt für Soziale Dienste alleingelassen und nur auf Überlastanzeigen gesetzt haben. Das geht nicht!

(Unruhe - Glocke)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Meine Damen und Herren, ein Zwischenruf ist parlamentarisch, allgemeines Geschreie ist es nicht! Bitte!

(Abgeordneter Volker Stahmann [SPD]: Sind die 90 Sekunden um?)

Nein, sie sind nicht um. Frau Ahrens, fahren Sie bitte fort!

(Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Sie haben jetzt 30 Sekunden davon geschrien! – Heiterkeit)

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Ich kann ja verstehen, dass wir Wahlkampf haben, ich kann auch verstehen,

(Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

dass Ihnen das Thema wehtut, aber ein bisschen Sachlichkeit auch von Ihrer Seite wäre hilfreich.

(Heiterkeit – Zurufe)

Wenn Frau Pfeiffer erzählt, am 9. Februar wäre der Staatsrat als Erstes informiert worden – Entschuldigung, am 9. März Bericht der Innenrevision, am 9. Januar ist der Staatsrat informiert worden! –, und so geht es hier die ganze Zeit. Es werden von Ihrer Seite – –.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Frau Ahrens, Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Anja Stahmann.

Senatorin Anja Stahmann: Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Am 9. Januar ist der Staatsrat über einen anderen Sachverhalt informiert worden. Ich habe ja hier auch eben noch einmal vorgetragen, dass es schon Verstärkungsmaßnahmen aus Bordmitteln gegeben hat. Als man gemerkt hat, das ist etwas, was man nicht in den Griff bekommt, hat man sich in einer Dienstbesprechung

besprochen. Da haben die Kolleginnen und Kollegen, die auch erfahren sind in dem Bereich, gemeinsam in gemeinschaftlicher Expertise dann auch noch einmal verschiedene Maßnahmen besprochen.

Im Jahr 2020, liebe Kolleginnen und Kollegen, war Corona, und im öffentlichen Dienst haben sehr viele Mitarbeitende Überlastanzeigen gestellt, weil es eine ziemlich brenzlige Situation war im Kundenkontakt mit anderen Menschen. Zu einem Zeitpunkt, zu dem es keine Impfungen gab, keine Masken, und zu dem wir den Anspruch hatten, dass wir keinen Menschen im Stich lassen, alleinlassen, dass wir die Leistungen gewähren wollen, haben unsere Mitarbeitenden unter ganz schwierigen Bedingungen ihren Job geleistet,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

und da lasse ich weder unsere Beschäftigten noch andere hier als die Deppen vom Dorf dastehen, Frau Ahrens!

Bei Überlastanzeigen hat auch der Leiter des Jugendamtes, hat der Staatsrat noch einmal geschildert, dass es da einen geordneten Umgang gibt, dass man mit dem Vorgesetzten spricht und der Vorgesetzte überlegt, ob Abhilfe geschaffen werden kann. Kann der jeweilige direkte Vorgesetzte keine Abhilfe anbieten, wird mit der Referatsleitung gesprochen. Kann die Referatsleitung keine Abhilfe schaffen, wird mit der Leitung des Sozialzentrums gesprochen. Dann wird der Leitung des Jugendamtes gesprochen. Dann wird mit dem Amtsleiter gesprochen, dann wird mit dem Staatsrat gesprochen, und dann stehe ich in einer Personalversammlung, und Herr Birnstiel sagt, da muss mehr Personal her, wir haben zu viele Überlastanzeigen, und da gibt es auch Situationen, da ging Willi Lemke zu einer Personalversammlung der Lehrer – da waren Herr Güngör und ich noch Abgeordnete –,

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Ich bin es übrigens immer noch!)

da wurden 5 000 Überlastanzeigen hochgehalten, und es gibt eben auch eine Form von politischen Überlastanzeigen, und es gibt die Kolleginnen und Kollegen, die tatsächlich überlastet sind, weil sie zu viel auf ihrem Schreibtisch haben, weil zu viele Mails auf dem Rechner ankommen, weil Büros von anderen nicht besetzt sind, und dann überlegen wir und lassen auch die Leute nicht im Stich. Das ist jedenfalls unser Anspruch.

Uns aber zu unterstellen, wir würden da wegsehen, wir würden da total versagen – wir sind ja auch ein Tandem mit der Personalvertretung in der Führung einer Behörde –, das kann und das will und das werde ich auch nicht so stehen lassen, Frau Ahrens, und da stehe ich jetzt hier auch für meinen Staatsrat, der sich wirklich viele Gedanken macht, immer mit den zuständigen Vorgesetzten, wie wir unter schwierigen Bedingungen – –. Ich kann mich wirklich an keinen Haushaltsantrag der CDU erinnern, oder können Sie das? Ich kann mich an keinen Haushaltsantrag der CDU für den öffentlichen Dienst hier erinnern, wo einmal gesagt worden ist, für Soziales sollen da noch einmal 200 Stellen her. Daran kann ich mich nicht erinnern, es tut mir leid!

Mir ist noch im Ohr, das ist auch noch – –.

(Zurufe Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

Das war auch zu der Zeit, Frau Ahrens, als ich Abgeordnete war.

(Zurufe Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU] – Zurufe CDU)

Als ich Abgeordnete war, da hat die CDU-Fraktion gesagt, im Jugendamt kann man 40 Millionen Euro sparen.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Ja! – Zuruf Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU])

Das ist noch nicht so lange her.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das stimmt gar nicht!)

Doch, das stimmt! Das können wir auch noch einmal nachschauen bei Haushaltsberatungen, da haben Sie mitregiert, Herr Strohmann!

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Das war noch zu D-Mark-Zeiten! – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Nein, und das war auch nicht – –! Aber ist egal!)

Na ja, Sie sind ja – –. Ich sage noch einmal, das ist hier nicht in Ordnung, dass die Abgeordnete Frau Ahrens hier steht und sagt, wir hätten keinen geordneten Umgang mit Überlastanzeigen. Das kann ich nicht so stehen lassen. – Danke schön!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist damit geschlossen.

Tausende unbearbeitete Akten im Bremer Sozialzentrum – Forderung nach umfassender Aufklärung, Verantwortungsübernahme und Herstellung funktionierender Verwaltungsstrukturen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 21. März 2023
(Drucksache [20/867 S](#))

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchten, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

(FDP, L.F.M.)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Versprochene Gebührenstabilität bei der Abfallgebühr kassiert: Wie wird sich die Abfallgebühr zukünftig entwickeln?

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 6. Juli 2022
(Drucksache [20/731 S](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 20. September 2022
(Drucksache [20/764 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Ich gehe davon aus, dass der Senat die Antwort auf die Große Anfrage nicht mündlich wiederholen

möchte, sodass wir direkt in die Aussprache eintreten können.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Martin Michalik.

Abgeordneter Martin Michalik (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste! Ich hoffe, alle haben einmal tief durchgeatmet. Sie erinnern sich bestimmt an die Debatte aus dem Jahr 2021, als es um die Müllgebühren ging. Es ging nämlich um das Ortsgesetz zur Änderung ortsrechtlicher Regelungen im Bereich der kommunalen Abfallentsorgung, welches wir in der Form, wie es damals präsentiert wurde, als CDU-Fraktion abgelehnt haben.

Der Zweck und das Ziel des Gesetzes war und ist die Höhe der Abfallgebühren. Wir haben uns im Jahr 2021 schon vor allem an der Höhe der Gebühren gestört, und das haben wir auch zum Anlass genommen, diese Große Anfrage zu stellen. Ich bedanke mich auf jeden Fall schon einmal für die Beantwortung. Ich finde es schade, dass wir so spät darüber reden. Tun wir einmal so, als wären wir jetzt noch im Herbst 2022,

(Zuruf Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP])

aber der Sachverhalt ist immer noch aktuell, spätestens in dem Moment, wenn die Menschen in diesem Jahr die Rechnung für 2022 bekommen haben.

Ja, die Antwort auf diese Große Anfrage liegt jetzt vor, mit teils erstaunlichen Ergebnissen. Bis zu Frage 4 beziehungsweise die Antworten darauf komme ich noch gut mit, kann ich es nachvollziehen, aber ab Frage 5 wundert es mich schon, wie solche Fehler unterlaufen können. Wir haben dort zum Beispiel nach dem Personal ab 2015 gefragt, und dem Senat ist die Zahl der Beschäftigten dort nicht bekannt. Wir haben nach der Zahl der Beschäftigten in den Recyclingstationen bis zum 1. Juni 2018 gefragt. Die Zahl ist dem Senat nicht bekannt. Das Gleiche gilt auch für die Anzahl der Mitarbeitenden im Callcenter bis zum Jahr 2018: nicht bekannt!

Dieses „nicht bekannt“ zieht sich wie ein roter Faden durch die Beantwortung dieser Frage. Diese Frage wurde teils tabellarisch beantwortet. Es war eine Tabelle mit 20 Feldern, bei der acht Felder mit „nicht bekannt“ markiert wurden. Das ist doch schon erstaunlich, dass Sie gerade diese Frage

nach der Anzahl der Mitarbeiter bei der Frage nach einer Rekommunalisierung gar nicht erst interessiert hat.

(Abgeordneter Arno Gottschalk [SPD]: Das waren Mitarbeiter von Vertragsfirmen!)

Mein persönliches Highlight ist auch ein Satz aus der Antwort zu Frage 7. Sie beantworten die Frage dort – und ich zitiere jetzt einmal aus Ihrer Antwort -: „Dem Senat war vor der Gründung der Stadtreinigung der Zeitpunkt einer erforderlichen Gebührenerhöhung nicht bekannt.“ Das muss man sich auch einmal auf der Zunge zergehen lassen! Damals war ich noch nicht Mitglied des Hauses, aber Herr Strohmann stand für die CDU-Fraktion hier an meiner Stelle und hat schon darauf hingewiesen, dass eine Rekommunalisierung zu höheren Gebühren führen würde, und er hat auch recht behalten, denn das Dokument zeigt, wie lückenhaft Sie das alles analysiert haben und trotzdem von der Idee nicht abweichen wollten.

(Beifall CDU)

Der damalige Bürgermeister Dr. Carsten Sieling – er sitzt heute auch noch da! – hat damals im „Weser-Report“ vom 12. Juli 2016 gesagt, ich zitiere: „Es ist wichtig, dass Bremen sich wieder selbst in diesem Bereich engagiert. Dies sollte für Gebührenstabilität sorgen.“ Dann haben wir auch noch unsere heutige Umweltsenatorin und Bürgermeisterin Frau Dr. Schaefer. Sie äußerte sich im „Weser-Kurier“ vom 13. November 2018 wie folgt – dort ging es um die Tarifautonomie -: „Aber trotz allem müssen wir die Gebührenzahler, also die Bürgerinnen und Bürger, im Blick behalten“, sagte Frau Dr. Schaefer. „Auch die Erhöhung um im Durchschnitt sechs Euro im Jahr könnte dem einen oder anderen Haushalt wehtun. Die Grünen haben mehrfach darauf hingewiesen, dass die Rekommunalisierung der Bremer Müllabfuhr den Bürger nichts kosten darf.“

Davon haben Sie sich spätestens in Frage 10 verabschiedet. Wir wussten schon von Beginn an, dass das nicht klappen wird, dass Sie an dieser Stelle nicht Wort halten können, und aus Ihrer Antwort ergibt sich auch, dass Sie nicht sorgfältig ins Detail gingen, und das zulasten der Bürger. Das ist verantwortungslos, und das hilft der Glaubwürdigkeit von Politik nicht, und die große Frage, die ich mir jetzt perspektivisch stelle, ist: Wie geht es denn dann weiter mit der hanseWasser? Was erwartet die Bürger dort, was die Gebühren angeht? Ich bin gespannt! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Arno Gottschalk.

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU möchte einmal mehr den Eindruck erwecken, dass die Rekommunalisierung zu signifikant höheren Kosten und zu mehr Instabilität bei den Müllgebühren geführt habe. Wir haben fünf Minuten Redezeit, ich will rasch darauf antworten! Erstens, Herr Michalik, wir haben die Rekommunalisierung vor allen Dingen auch deshalb durchgeführt, weil die ENO, die alte, keine Chance bei einer freien Ausschreibung gehabt hätte. Sie wäre in den öffentlichen Dienst zurückgekommen, ohne dass Plätze dagewesen wären. Das hätte uns 80 bis 100 Millionen Euro im Jahr gekostet, und die haben wir als Erstes für den Steuerzahler gerettet und als Risiko abgewandt.

(Heiterkeit CDU)

Zweitens, wir haben mit der Rekommunalisierung bestimmte Verbesserungen angestrebt, nämlich Tariflöhne für alle, neue abgasarme Fahrzeuge und eine Verbesserung der Recyclingstationen. Dass das mit Kosten verbunden sein würde, das haben wir immer gesagt, aber wir stehen auch dazu, und Sie müssen sagen, dass Sie dagegen waren.

Der dritte Punkt: Den Gebühren liegen Leistungsverträge zugrunde. Diese Leistungsverträge sind nicht im öffentlichen Raum irgendwo ausgehandelt worden, sondern sie waren das Ergebnis einer öffentlichen Ausschreibung und eines Wettbewerbsverfahrens, und sie war damit ein marktliches Verfahren, was Sie eigentlich haben wollten. Das ist der dritte Punkt. Wenn Sie sich anschauen, was den Leistungsverträgen vor allen Dingen zugrunde liegt, den Kosten in diesem Bereich, dann werden Sie feststellen, es sind Personalkosten, und es sind Treibstoff-, also Energiekosten. Das sind Kosten, von denen man vornherein weiß, dass sie sich im Zeitablauf verändern. Irgendwo zu unterstellen, dass es da eine absolute Preisstabilität geben würde, so dumm kann man sich doch eigentlich gar nicht stellen!

(Beifall SPD)

Vierter Punkt: Wir haben in dem Bereich nach acht Jahren moderate Anpassungen gehabt. Sie lagen im Korridor von allgemeinen Preissteigerungen und den spezifischen Preissteigerungen im Bereich

der Abfallpolitik. Das waren die Gründe. Wir haben unterschiedliche – –.

(Abgeordneter Martin Michalik [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

Nein, ich möchte es jetzt im Stakkato durchgehen, weil wir nur fünf Minuten Redezeit haben!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Michalik zu?

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Nein, wir haben nur fünf Minuten Redezeit! Er hätte alles sagen können.

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Dafür reichen die fünf Minuten nicht!)

Ja, ich habe auch nur fünf Minuten, mein lieber Kollege Eckhoff!

Wir haben eine Anpassung gehabt, die war moderat in diesem Bereich, und wenn wir jetzt nach vorn schauen – das war ja eigentlich der Sinn und Zweck dieser Angelegenheiten, das, was Sie einbringen wollen –: Ja, wir werden auch in Zukunft Preissteigerungen haben, wir werden damit auch Gebührenerhöhungen haben, weil nämlich die Löhne steigen werden, weil wir es im Moment mit Energiepreissteigerungen zu tun haben, und – Herr Michalik, es kommt noch etwas hinzu – nämlich künftig auch noch die CO₂-Belastungen in dem Bereich, die Abgaben, die in dem Bereich dazukommen. Deshalb wird es auch weiterhin zu Gebühren kommen wie bei allen anderen Müllgebühren in ganz Deutschland, in ganz Europa und wahrscheinlich sogar in der ganzen Welt.

Letzter Punkt: Wenn Sie etwas kritisieren würden, dass die Kosten zu hoch sind, dann würde es im Kern darum gehen, dass Sie sagen, dass die Vertragspartner der DBS, nämlich die Abfalllogistik Bremen, die nach wie vor zu 51 Prozent Nehlsen gehört, zu hohe Preise ausgehandelt haben, dass sie zu viel Geld verdienen. Wenn das der Kern Ihrer Aussage sein soll – das sind nämlich die Leistungsverträge, die gelten –, dann sollten Sie das auch substantzieren, und dazu gebe ich Ihnen eine Empfehlung: Sie und Herr Strohmeyer – –.

(Heiterkeit – Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Strohmann!)

Strohmann! Herr Strohmann, Entschuldigung! Sie sind Mitglied des Verwaltungsrats der DBS. Sie haben dort die Chance, sich genau die Sachen anzuschauen, zu schauen, wo möglicherweise zu viel finanziert wird. Nutzen Sie den Weg, dort heranzugehen, ich habe bislang nichts gehört, dass Sie sich irgendwann einmal in diesem Gremium darum gekümmert hätten!

Am Ende: Wir haben dieses Thema Rekommunalisierung steigert die Kosten x-mal von Ihnen gehört. Es ist eine tote Sau, die immer wieder durch das Land, durch die Stadt getrieben wird, ohne jegliche Substanz. Machen Sie es doch einmal so: eine seriöse Debatte darüber, was an den Verträgen, die wir haben, wirklich falsch ist! – Danke schön!

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Martin Michalik zu einer Kurzintervention.

Abgeordneter Martin Michalik (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir hatten ja nur einmal fünf Minuten Redezeit, Herr Gottschalk, aber wenn Sie hier von moderaten Erhöhungen sprechen, dann kann ich Ihnen einmal ein Beispiel nennen: Die 60-Liter-Tonne kostet im Schnitt über 30 Prozent mehr

(Zuruf Abgeordneter Arno Gottschalk [SPD])

für einen Zweipersonenhaushalt. Das können nicht moderate Erhöhungen sein!

(Zuruf Abgeordneter Arno Gottschalk [SPD])

Nein, Sie haben –. Das ist ja alles die halbe Wahrheit, die Sie hier präsentiert haben, denn das Problem ist jetzt, dass wir erhebliche Steigerungen haben und auch eine unsoziale Komponente, zum Beispiel bei Großwohnanlagen, wo es gar nicht möglich ist, den Müll vernünftig zu sortieren. Die Leute müssen ihren Biomüll in die Restmülltonnen werfen, sind dadurch benachteiligt, und da wurde auch die Gebühr erhöht.

Es gibt gar keine Transparenz bei diesen ganzen Chipsystemen und so weiter. All das fällt hier zusammen, und das führt dazu, dass die Leute einfach kein Vertrauen dazu haben, wenn es um das Thema Rekommunalisierung geht, weil genau das passiert. Das ist genau das, wovor Herr Strohmann Sie vor Jahren gewarnt hat. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Arno Gottschalk zu einer Erwiderung.

(Zuruf Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU])

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Schauen Sie es nach! Der Angesprochene hat das Recht, zu erwidern.

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu den Gebührenstrukturen ist es folgendermaßen: Im Rahmen des Wettbewerbsverfahrens, einem marktlichen Verfahren, sind Leistungsverträge ausgehandelt worden, die strukturelle Veränderungen mit sich gebracht haben. Sie haben dazu geführt, dass einzelne Tonnen, die kleineren, teurer geworden sind,

(Abgeordneter Martin Michalik [CDU]: Aber über 30 Prozent!)

über 30 Prozent, während die größeren billiger geworden sind. Für die kleineren haben wir zusätzlich den Punkt, wenn die Zahl der Leerungen verringert wird, dann sind diese Preissteigerungen kaum spürbar. In der Summe haben wir nur eine Preissteigerung

(Abgeordneter Martin Michalik [CDU]: Aber das habe ich doch gesagt! Großwohnanlage!)

in dem Bereich der ganz normalen Preisentwicklung.

In den Großwohnanlagen ist es so, wo dort die neuen Verfahren mit den Chips in diesem Bereich durchgesetzt worden sind, haben wir sogar die Möglichkeit, die Kosten bis zu 18 Prozent zu senken. Das sind die Sachen. – Danke!

(Beifall SPD – Abgeordneter Martin Michalik [CDU]: Nein, man kann nicht richtig trennen! Das stimmt nicht!)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In meinem Sprachgebrauch ist Wahlkampf ja nichts Unanständiges, sondern das gehört zur Demokratie mit dazu, und deswegen ist genau so eine

Debatte, wie wir sie vor dieser Debatte gehabt haben, vollkommen normal, das gehört dazu, ist nicht unanständig, und eben auch so eine Debatte, wo es hier, glaube ich, auch um programmatische Unterschiede geht, die bestimmte Parteien hier einfach miteinander haben. Die sind ziemlich groß dabei, das muss ich auch feststellen, weil wir sagen, dass es verantwortlich ist, wenn der Staat bei wachsenden Aufgaben aufgrund der Umwelt- und Klimakrise mehr Verantwortung übernimmt.

Sie sagen im Prinzip, wenn die Privaten das machen, dann können die das viel besser. Darin liegt ein gewichtiger programmatischer Unterschied, und es ist eben auch der gewichtige programmatische Unterschied: Ist denn das wirklich so bedeutsam, was wir hier miteinander haben? Ist es Daseinsvorsorge, dass es gerechtfertigt ist, dass der Staat hier eine verstärkte Aufgabe übernimmt? Da waren wir als Koalition der Meinung, als wir das gemacht haben: Ja, es ist gerechtfertigt, dass wir das tun. Da können Sie anderer Meinung sein, oder Sie können vielleicht auch sagen, es ist Daseinsvorsorge, aber wir hätten es besser gemacht. Das sei Ihnen auch unbenommen. Wir sind der Auffassung, es war richtig, dass wir als Staat dabei eine Verantwortung übernommen haben.

Jetzt postulieren Sie so leicht skandalisierend und mutmaßend, wenn das nicht rekommunalisiert worden wäre, dass das so nicht passiert wäre. Ehrlich gesagt, ich habe einen Weinhandel, ich weiß ganz genau, was ich im Augenblick an Kostendruck in meiner Firma habe. Ich habe 20, 30 Prozent mehr an Kosten, und Sie wissen selbst auch, dass in bestimmten Bereichen die Preise – Papier und Glas nenne ich einmal als Beispiel, aber auch Metalle –, dass einfach die Kostensituation sehr viel schlechter geworden ist.

Zur Wahrheit gehört auch dazu, ich nenne einmal das Thema Recyclingstationen, da hätten wir sagen können, diese 30 Prozent, die die Recyclingstationen jetzt mehr kosten, das ist zu viel. Natürlich hätte man das machen können, aber auch Sie und wir und die SPD haben diesem Druck politisch nicht standhalten können, und ich finde das auch in Ordnung. Wir leisten uns in Bremen ein System an Recyclingstationen, das es, glaube ich, in keiner anderen deutschen Großstadt gibt, und das führt dazu, dass wir hier sehr effektiv im Stoffkreislauf tätig werden können. Umweltpolitisch ist das, was wir uns dort leisten – auch die Senatorin hat sich sehr dafür eingesetzt –, ein dezentrales Angebot, wo die Leute ihre Sachen abgeben können, und wir haben ja diese modernen Stationen jetzt aufgebaut.

Da können Sie inzwischen auch sehr viel mehr Stoffe abgeben. Klar, das ist ein Luxus, den wir uns da geleistet haben, der für mich aber umweltpolitisch Sinn macht und – Stichwort Daseinsvorsorge – auch im Sinne der Daseinsvorsorge verantwortlich ist.

Ich kann nicht wahrnehmen, wo Sie jetzt erklärt haben – das konnten Sie vielleicht auch nicht –, dass in einer privaten Organisation Geld eingespart worden wäre, denn die Preiserhöhungen, die es da gegeben hat, im Personalbereich, bei den Energiekosten, hat es ja eben nun einmal gegeben. Es muss ja auch eine Preisprüfung dabei geben, das wissen Sie doch auch. Wir sind doch beide im Verwaltungsrat, und das wird da seriös miteinander gemacht.

Aber klar, man kann bei diesem grundsätzlichen Thema, und darum geht es für mich, und ich komme dabei gleich noch mit zu hanseWasser –. Da geht es nämlich auch um dieses grundsätzliche Thema, was ist Daseinsvorsorge, und was darf der Staat. Ich glaube, wir Grüne stehen bestimmt nicht im Verdacht, dass wir nun die Treiberinnen von Rekommunalisierungen und Privatisierung sind.

(Zuruf: Schade eigentlich!)

Bitte?

(Zuruf: Schade eigentlich!)

Ja, schade eigentlich! Da in dem Bereich war es aber verantwortlich, dass wir es gemacht haben. Die DBS ist ein moderner Betrieb. Die Digitalisierung ist vorangetrieben worden, die Arbeitsbedingungen sind sehr gut, und wir machen sehr viel in dem Bereich, dass wir wirklich auch in diesem Bereich Abfallentsorgung verantwortliche umweltpolitische Ziele transportieren.

Ich komme einmal zu dem anderen Thema, das gehört –. Vielleicht werden Sie jetzt sagen, Thema verfehlt, aber Herr Michalik hat ja das Thema hanseWasser auch angesprochen, und deswegen, glaube ich, kann ich darauf antworten. Sie haben in der Deputation zusammen mit der FDP im Prinzip gesagt: Nein, also das wollen wir jetzt nicht! Beim Thema Abwasser, und auch Trinkwasser übrigens, da wollen wir keine Verantwortung übernehmen. Da erkenne ich erst einmal – diese Position kann man beziehen –, dass diese Hälfte des Hauses und diese Hälfte des Hauses da komplett andere Meinungen haben. Ich finde es richtig, dass

wir im Bereich Abwasser zukünftig größere Verantwortung übernehmen. Ich finde es richtig, dass wir aufgrund dieser Trockenheit, die wir verstärkt erleben werden und dieses wenigen Trinkwassers, das wir tatsächlich in Bremen direkt produzieren können, da Verantwortung übernehmen. Das müssen wir, das ist Daseinsvorsorge.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Ich glaube, da ist tatsächlich programmatisch – und darum geht es mir jetzt dabei – ein Riesenschnitt hier in der Mitte des Hauses. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Klaus-Rainer Rupp.

Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE): Frau Präsidentin, verehrte Anwesende! Es gibt eine Anfrage hinsichtlich Gebührenstabilität bei der Abfallgebühr. Diese Anfrage ist sehr weitläufig, sehr genau beantwortet worden, und meines Erachtens beweist sie, dass es keinen Zusammenhang gibt zwischen der Form, wie Abfallentsorgung betrieben wird, sei es privat oder kommunal, und den Gebührenerhöhungen.

Ich mache darauf aufmerksam, dass Gebühren erhoben werden können in Höhe der Kosten, die entstehen für die Dinge, für die wir die Menschen in dieser Stadt mit Gebühren belasten. Der Nachweis, dass die Kosten, die jetzt aufgeführt sind und die zu dieser Form von Gebührenerhöhungen geführt haben, ist erbracht. In sehr intensiven Sitzungen des Verwaltungsausschusses haben wir uns sehr genau mit den unterschiedlichen Kostenarten auseinandergesetzt, und tatsächlich ist es so, dass für einige Mülltonnen die Preise steigen, für andere sinken sie. Ob man im Detail, wie Herr Michalik gesagt hat, bei Großwohnanlagen und Großbehältern noch einmal hinschauen muss, ob da noch Optimierungsbedarf besteht, dazu bin ich gern bereit. Wenn es konkrete Vorschläge gibt, können wir das im Verwaltungsausschuss mit Sicherheit inhaltlich diskutieren.

Was meines Erachtens nicht geht, ist, die Gegenthese aufzustellen, hätten wir diesen Schritt, die Abfallentsorgung zumindest teilweise zu rekommunalisieren, nicht gemacht, hätte es keine Gebührenerhöhung gegeben. Ich sage einmal, die Gebührenerhöhungen speisen sich im Wesentlichen tatsächlich aus den Leistungsverträgen, die

wir mit den privaten Firmen auch machen – oder zu großen Teilen, zu über der Hälfte mit privaten Firmen, die die Abfälle entsorgen –, sie die speisen sich aus der Tatsache, dass wir unhaltbare Arbeitsbedingungen bei Recyclinghöfen abgeschafft haben und sie auch entsprechend rekommunalisiert haben. Sie speisen sich aber auch aus der Tatsache, dass die Reserven aufgebraucht waren.

Wenn ich mir die aktuellen Wirtschaftspläne beziehungsweise die vom letzten Jahr noch einmal in Erinnerung rufe, dann gibt es da immer so einen Posten von zwei Millionen Euro – 2,5 Millionen Euro beim letzten Mal – „Aufzehrung von Reserven“. Das heißt, in der Vergangenheit, auch vor der sogenannten Rekommunalisierung, haben die Menschen in Bremen zu viel Gebühren bezahlt. Das ist über die Zeit dann abgetragen worden, und diese Reserven waren im letzten Jahr aufgebraucht. Deswegen muss man die Gebühren im Rahmen der nachgewiesenen Kostenerhöhungen – die Beispiele sind in der Antwort genannt, bei Energie, bei Recyclinghöfen, bei Dieselmotoren und Ähnlichem sind sie erbracht – . Deswegen ist es gerechtfertigt und notwendig, um den Betrieb weiter aufrechtzuerhalten, die Gebühren in der Weise zu erhöhen.

Die Frage, müssen oder dürfen Gebühren auch die Gewinne von privaten Unternehmen finanzieren, ist eine interessante Frage. Das ist ja ein Stück weit über diese Konstruktion, die wir haben, dann auch noch da, weil Nehlsen die 51 Prozent der Abfalllogistik noch hat und auch ein Interesse daran hat, Gewinne zu machen. Wie hoch die gerade sind, kann ich jetzt gar nicht so aus dem Stegreif sagen, aber die Frage zu stellen, kann man das vermeiden, ist völlig berechtigt. Dazu müsste man die Eigentumsverhältnisse dieser GmbHs ändern.

(Präsident Frank Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Die nächste Frage ist der Schluss: Keine Rekommunalisierung, dann hätte es keine Gebührenerhöhung gegeben. Dann lohnt sich tatsächlich ein Blick auf die Abwasserentsorgung, auf hanseWasser, denn dort wurde jetzt eine Gebührenerhöhung angekündigt. Wir haben sie, glaube ich, auch schon beschließen müssen. Diese Gebührenerhöhung resultiert nicht aus nachgewiesenen Mehrkosten des Unternehmens, sondern sie resultiert aufgrund der Verträge, die Vorgängerregierungen beschlossen haben, durch eine preis- oder indexbasierte Preiserhöhung. Das heißt, der Verbraucherindex – nein, das ist ein anderer! – erhöht sich,

und automatisch erhöhen sich auch die Preise, die wir dafür bezahlen müssen. Überdies finanzieren wir mit diesen Gebühren für Abwasserentsorgung eine Umsatzrendite von irgendetwas bei 20 Prozent, also wir bezahlen an hanseWasser irgendwie 20 Millionen Euro zu viel jedes Jahr, da steht keine Leistung dahinter.

(Glocke)

Wenn man also schaut: Es gibt keinen Zusammenhang zwischen Rekommunalisierung und Gebührenerhöhung, es gibt keinen Nachweis, dass eine Privatisierung die Gebührenerhöhung nicht notwendig gemacht hätte, und es gibt drei Leitsätze, die wir haben: Faire Gebühren, anständige Löhne und möglichst mit Gebühren keine Gewinne zu machen, dafür steht meine Partei. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert.

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir reden über die Abfallgebühren, nicht, weil sie jetzt angepasst werden müssen, sondern weil sie angepasst wurden, und die Frage, die wir diskutieren müssen, ist: War die Erhöhung angemessen, und können wir an der Stelle etwas lernen? Das eine ist: Es ist vielleicht falsch, über die Gebührenerhöhung zu reden und da über Prozente zu reden. Wir müssen einfach sehen, wie haben sich die Kosten entwickelt, und die werden dann strukturell umgelegt, und da kann man über strukturelle Veränderungen, was zahlt welcher Haushalt, viel reden.

Wir haben festzustellen, von 2019 bis jetzt sind ungefähr jedes Jahr drei Millionen Euro Mehraufwendungen durch Gebühren zu decken. Da muss man dann natürlich die Frage stellen: Sind diese drei Millionen Euro gottgegeben durch Inflation, durch anderes, oder kann man daran etwas machen? Sind da Aufgaben übernommen worden, die man vielleicht nicht hätte übernehmen müssen, die man nicht hätte übernehmen wollen? Diese Fragen muss man stellen, aber dann stellt sich die Frage, wie verteilen wir das. Insofern ist nicht nur der Vergleich nur des Einpersonenhaushalts – das ist die Strukturdebatte – entscheidend, das hätte man ja auch machen können, wenn der gleiche Betrag zur Finanzierung angestanden hätte, sondern die Frage: Was muss man an der Stelle tun?

Es sind aber eben Dinge mit hineingegangen, die man vorher nicht darin hatte. Wir als FDP sind auch für angemessene Arbeitsbedingungen, aber die Frage, ob man die Recyclinghöfe voll finanziert und so weiter, ist dann eine politische, die man beantworten muss, und auch wir tun uns schwer mit der einen oder anderen Einschränkung von Öffnungszeiten, sage ich an der Stelle. Das muss man diskutieren, damit muss man umgehen, und dann muss man die Frage beantworten. Man muss dann aber auch die Strukturen vergleichen, wenn man dieser These nachgehen will.

Ehrlich gesagt bin ich aus dieser Antwort nicht klug geworden, vielleicht habe ich da auch ein anderes Verständnis als Herr Rupp an der Stelle, aber der Senat weist in der Antwort auf Frage 10 die These zurück, dass die Kosten ohne Teilkommunalisierung nicht gestiegen wären – ich habe ja darauf hingewiesen, dass sie gestiegen sind –, spricht davon, dass Gebührenerhöhungen verschiedene Ursachen haben können, ohne diese aufzulisten. Ich hätte mir da schon, auch für zukünftige Debatten, ein ordentliches Controlling gewünscht, das Zahlen geliefert hätte, mit dem man das auflisten könnte, die Ursachen auseinanderfieseln könnte, mit dem man dann auch diese Thesen härter hätte begleiten können.

Außerdem frage ich mich: Wie will der Senat denn die Effizienz dieses Unternehmens darstellen, wenn er kein Controlling hat, das solche Antworten liefert? Da bin ich dann bei der Frage: Ist dann kommunal besser als privat? Ich weiß, private Unternehmen kommen meistens nicht ohne Controlling aus und sind an vielen Stellen effizienter, weil sie sich anders organisieren und der Staat aufgrund anderer Dinge, anderer Tarife, aber auch anderer Handhabung im Umgang mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern beispielsweise ineffizienter ist. Das muss man sagen, das muss man auch sagen, dass man das dem Gebührenzahler und der Gebührenzahlerin zumuten will, wenn man für ein solch anderes System ist. Dann kann man natürlich die Frage nach dem Gewinn stellen, ja, aber der ist vielleicht der Preis, den wir zahlen für eine andere Effizienz, wenn wir nicht kommunale Unternehmen haben.

Dass ein staatliches Unternehmen immer besser wirtschaftet, ist in Bremen nicht bewiesen. Wir haben das in vielen Sektoren, wo wir staatlich eben nicht gezeigt haben, dass wir als Staat die besseren Unternehmerinnen und Unternehmer sind, und das müssen wir haben, und wenn da der Staat nicht der

bessere Unternehmer ist oder die bessere Unternehmerin, dann muss man sich fragen, ob eine Rekommunalisierung wirklich immer der beste Weg ist.

(Beifall FDP – Glocke)

Präsident Frank Imhoff: Herr Dr. Buhlert, würden Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Rupp zulassen?

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Ja!

Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE): Herr Abgeordneter Dr. Buhlert, Sie haben über Effizienz von privaten Unternehmen gesprochen. Wir haben konkrete Erfahrungen mit den Unternehmen, die vorher Abfallentsorgung gemacht haben, und meiner Meinung nach haben sie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht armutsfeste Löhne gezahlt. Finden Sie, dass nicht armutsfeste Löhne Teil einer Effizienz bei privaten Unternehmen sind?

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Klare Antwort: nein! Ich bin auch für angemessene Tarife, aber ich weiß auch, dass in dieser Branche andere Tarife gezahlt werden und andere Tarifverträge ausgehandelt wurden als im öffentlichen Dienst. Darüber kann man streiten, ob man das will oder nicht, aber das ist dann am Ende auch eine Frage der Sache, die man dann ehrlich mit dem Gebührenzahler aushandeln muss. Ehrlicherweise könnte man auch bei einem privaten Unternehmen den Tarif des öffentlichen Dienstes anwenden, und auch dann könnte das private Unternehmen – so meine These – noch effizienter sein, aber die Antworten, die wir dafür bräuchten, stehen nicht in dieser Antwort des Senats, und sie sind an der Stelle auch nicht ganz erfragt worden.

Zur Frage der Zukunft, die für die Rekommunalisierungsbemühungen interessant wäre, wäre eben die Frage: Ein zweiter Geschäftsführer wäre da notwendig.

(Glocke)

Welche Gebühren erwarten uns noch in Zukunft, und was passiert angesichts der Erhöhungen im öffentlichen Dienst? Da hier nicht beantwortet worden ist, ob die Rekommunalisierung zu uns höhere Kosten verursacht hat oder nicht, können wir diese Frage mit dieser Antwort des Senats nicht beantworten, und wir brauchen eigentlich Daten, um sie

beantworten zu können, sonst bleibe ich bei dieser kognitiven Dissonanz,

(Glocke)

die diese Antwort hier bei mir hervorruft. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich erst einmal einen Blick zurückwerfen, Herr Michalik, weil Sie ja gesagt haben, bei der Beantwortung der Frage hatten wir ja gar keine Ahnung, wie viel Personal bis zum 1. Juli 2018 zur Verfügung stand! Warum war das so? Es gab schon den Zwischenruf von Herrn Gottschalk, der es erklärt hat. Einsammlung: Fremdvergabe! Entsorgung: Fremdleistungen! Recyclingstationen: Fremdleistung! Kundenmanagement: Fremdleistung! Es war alles an Fremdfirmen vergeben, und natürlich wussten wir nicht, wie viele Menschen dann da beschäftigt sind und mit welchen Konditionen und unter welchen Lohnverhältnissen. Was wir damals wussten, war: Beim Gebührenmanagement – das war beim UBB, das haben wir Ihnen hier auch hineingeschrieben – waren es 29 Stellen, und bei der allgemeinen Verwaltung waren es 16,8 Stellen beim UBB und bei uns.

Wenn man sich das mit den Fremdleistungen anschaut, dann komme ich einmal zurück auf: warum Teilrekommunalisierung? Herr Saxe hat es schon gesagt: Wir wollten mehr Verantwortung, wir wollten wieder mehr Einflussmöglichkeiten, zum Beispiel auch in Sachen Klimaschutz, welche Mobilitätsflotte haben wir – wir haben jetzt ein Wasserstofffahrzeug und vieles mehr –, wir wollten aber natürlich auch einen Einfluss auf viele andere Aspekte, die man hat.

Ich komme zu den Recyclingstationen: Was haben wir da vorgefunden? Wir hatten Recyclingstationen, die vom Ordnungsamt geschlossen werden mussten, weil die Arbeitsbedingungen überhaupt nicht erträglich waren. Es waren zum Teil unsäglich Zustände: Es wurde noch nicht einmal der Mindestlohn bezahlt, die Mitarbeitenden hatten an einer Station keine Toiletten, keinen Pausenraum, und dem wollten wir ein Ende setzen, weil wir finden, dass Abfallwirtschaft auch ein ganz wichtiger Umweltaspekt ist und den Mitarbeitenden eben

auch ein fairer Lohn gezahlt werden muss und auch gute Arbeitsbedingungen gegeben sein müssen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Jetzt komme ich einmal zu den Gebühren! Was bezahlen wir denn aus den Gebühren? Natürlich zahlen wir die vielen Recyclingstationen in vielen Stadtteilen, weil wir von dezentral überzeugt sind, die Menschen müssen möglichst in ihrem Stadtteil auch ihren Abfall loswerden. Wir bauen gerade moderne Recyclingstationen, Herr Michalik, wo man im Übrigen auch mit dem Auto rückenfremdlich vorfahren kann und demnächst seinen Abfall in die entsprechenden Container hineingeben kann. Warum ist das wichtig? Weil wir nicht wollen, dass der Müll in der Umwelt landet, sondern in den Recyclingstationen ordnungsgemäß getrennt wird,

(Zuruf Abgeordneter Dr. Magnus Buhler [FDP])

und die müssen gut erreichbar sein, und das kostet Geld!

Trotzdem, Herr Michalik, es gehört auch zur Wahrheit dazu – und das müssen Sie da auch einmal zugestehen –: Es trifft zu, ja, dass die Abfallgebühren jetzt nach acht Jahren Gebührenstabilität angepasst werden müssen, und Gebührenstabilität bedeutet nicht, dass es für die nächsten 200 Jahre nicht um einen Cent erhöht werden darf, Gebührenstabilität, das kann es im Rahmen der allgemeinen spezifischen Preisentwicklung geben, und da reden wir insbesondere über Personalkosten, auch über Energiekosten, auch über die Entwicklung des Dieseltreibstoffs, aber eben auch darüber, dass wir in Bremen überhaupt keinen Einfluss auf die Preisschwankungen im Papiersektor oder im Textilmarkt haben.

Wir haben außerdem eine wesentlich größere Palette an Angeboten, auch die kosten Geld. Wir haben die Anzahl der Papierkörbe deutlich erhöht. Wir haben die Anzahl der Leerungen deutlich erhöht. Auch im Rahmen der Stadtsauberkeit haben wir die Reinigungsintervalle deutlich erhöht, auch gerade am Bahnhof, aber auch in den anderen Stadtteilen.

Jetzt stimmt es auch nicht, dass es für alle teurer wird, das will ich auch noch einmal sagen. Die Gebühren für die Benutzung von 120-Liter- und 240-Liter-Gefäßen sind sogar leicht gesenkt worden. Kommt ein Haushalt bei einem 90-Liter-Gefäß mit 18 Leerungen aus, gibt es zusätzlich auch keine

Gebührenbelastung, also insofern muss man sich das ganz genau anschauen, Herr Michalik,

(Abgeordneter Martin Michalik [CDU]: Aber weniger Leerungen!)

Sie tun so, als ob alles teurer geworden ist.

(Abgeordneter Martin Michalik [CDU]: Weil es so ist!)

Insofern möchte ich das einfach noch einmal sagen: Natürlich muss es auch möglich sein, dass die DBS die Gebühren – und zwar in einem angemessenen und gemäßigten Rahmen – einmal erhöhen kann, wenn alle anderen Kosten, Herr Michalik, auch angestiegen sind.

(Zuruf Abgeordneter Martin Michalik [CDU])

Jetzt will ich noch etwas zur hanseWasser sagen! Wir hätten heute eigentlich die Anfrage 8 in der Fragestunde gehabt. Leider konnte ich nichts mehr dazu sagen, weil die Stunde zu Ende war. Das mache ich aber jetzt: Es ist nicht so, dass die Freie Hansestadt Bremen keine Anteile bei hanseWasser hätte, sie trägt ja 25,1 Prozent Anteil zusammen mit der swb. Es gibt aber neben der hanseWasser Bremen auch die hVE. Darin hat zum Beispiel Bremen überhaupt keine Aktien. Das sind nämlich die swb und Gelsenwasser, darin liegt zum Beispiel die Klärschlamm Entsorgung.

Worauf ich keine Lust habe, Herr Strohmann, weil das so klingt wie „alles, was Privates ist, ist super-tutti, und alles, was irgendwie kommunal ist, das kostet und macht Gebühren“,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Es gibt ja auch noch etwas dazwischen!)

da will ich einfach nur einmal sagen: Eine Verlagerung des Drittgeschäfts oder eine Verlagerung des Personals von der hanseWasser Bremen, woran die Freie Hansestadt Bremen beteiligt ist, in eine hVE, woran wir nicht mehr beteiligt sind, das mache ich nicht mit.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Warum? Weil in der hVE dann die Gewinne gemacht werden und die Freie Hansestadt Bremen dann in der hanseWasser Bremen nur noch das Kerngeschäft macht, was dann nämlich entsprechend kostet, und es kann nicht sein, dass die Gewinne an die Dritten gehen!

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ich habe doch gar keine Frage gestellt!)

Nein, aber Herr Michalik hat die Frage nach hanseWasser gestellt, und deswegen nutze ich jetzt auch die Gelegenheit, darauf zu antworten! Deswegen sage ich Ihnen, es kann nicht sein, dass die Freie Hansestadt Bremen am Ende nur noch das teure Kerngeschäft hat, das wäre nämlich ein schlechtes Geschäft für Bremen!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Insofern, als Letztes – und das möchte ich dann einfach noch einmal betonen –: Wir wollen eine moderne Abfallwirtschaft, wir wollen eine umweltfreundliche Abfallwirtschaft, wir wollen aber auch den Gebührenzahlenden, den Menschen in den Stadtteilen entgegenkommen, damit sie eben überall, und zwar ordnungsgemäß, ihren Müll entsorgen können: zu Hause, mit dem Anreiz, auch den Müll zu trennen, aber eben auch in den Recyclingstationen, und das kostet Geld. Deswegen erheben wir Gebühren, aber wir erhöhen sie nicht so, wie Sie es gerade dargestellt haben, sondern nach acht Jahren

(Abgeordneter Martin Michalik [CDU]: 30 Prozent!)

in einem wirklich überschaubaren Bereich, und zwar nicht für alle, Herr Strohmann, nicht für alle! – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache [20/764 S](#), auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

**Sanierungsstau an Bremer Schulen und Kitas
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 18. Juli 2022
(Drucksache [20/734 S](#))**

Dazu

**Mitteilung des Senats vom 8. November 2022
(Drucksache [20/787 S](#))**

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Dr. Martin Hagen.

Ich gehe davon aus, dass Sie die Antwort auf die Große Anfrage nicht mündlich wiederholen wollen, sodass wir direkt in die Aussprache eintreten können.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Da wir jetzt nur einmal fünf Minuten Redezeit haben, wollen wir im Schnellverfahren die Antworten auf unsere Große Anfrage zum Sanierungsstau an Bremer Schulen und Kitas debattieren. Wir haben diese Anfrage im Juli letzten Jahres eingereicht. Die Antworten kamen im November, also einige Monate später, und ich möchte mich zuallererst einmal ganz herzlich für die Beantwortung dieser Fragen bedanken.

Um es ehrlich zu sagen, fällt es mir nicht ganz leicht, jetzt über diese Antworten zu debattieren – nicht, weil ich sie nicht verstehe, sondern weil die Antworten inhaltlich ein verheerendes Bild zeichnen. Im Kern lässt sich festhalten: Der Sanierungsstau an den Bremer Schulen und Kitas ist enorm. Zählt man die einzelnen Werte in den ersten Antworten zusammen, ergeben sich Stau und Neubaubedürfnisse von bald einer Milliarde Euro, die in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten nicht angegangen worden sind.

Jetzt ist natürlich die Frage: Stimmen diese Zahlen? Wie umfassend sind diese Zahlen? Gibt es darüber hinaus vielleicht noch Dinge, die nicht erfasst worden sind? Ich sehe natürlich das Verfahren zur Bewertung, das wir auch immer wieder einmal im Haushalts- und Finanzausschuss besprochen haben, aber wir dürfen natürlich auch nicht vergessen, dass beispielsweise die diagnostizierte Einsturzgefahr der Grundschule am Alten Postweg für Immobilien Bremen relativ überraschend kam und diese Immobilie kurze Zeit vorher noch als einigermaßen solide bewertet wurde. Das heißt, dieser Sanierungsstau von knapp einer Milliarde Euro ist natürlich mit Vorsicht zu genießen, und da traut man sich kaum, den Eltern da draußen zu sagen: Ihre Kinder gehen in Schulen, in denen teilweise ein gefährlicher Sanierungsstau von fast einer Milliarde Euro herrscht. Das sind unhaltbare Zustände an Bremer Schulen.

(Beifall FDP)

Das Gute ist – und ich weiß gar nicht, ob man da von „gut“ sprechen kann, aber immerhin, und das erkennen wir an –: Sie drücken ja auch Ihre eigene Nachlässigkeit in der Antwort aus. In der Antwort auf Frage 4 schreiben Sie, ich zitiere: „Generell gibt es bei den öffentlichen Gebäuden einen deutlichen Sanierungsstau.“ Jetzt kommt es: „Die verfügbaren Haushaltsmittel für Bauunterhaltung und Sanierung lagen seit Jahrzehnten unter dem laufenden Instandsetzungs- und Modernisierungsbedarf.“ Das bedeutet ja nichts anderes, als dass in dieser Zeit immer weniger investiert worden ist, als eigentlich hätte investiert werden müssen, nur so kann ja dieser Sanierungsstau überhaupt entstanden sein.

Wahrscheinlich wird uns gleich vorgerechnet, dass Bremen kein Einzelfall ist und dass das Problem auch in anderen Fällen auftritt. Wir reden über einen Investitionsrückstand und von ungefähr 46 Milliarden Euro in Deutschland, das ist uns bekannt, aber dennoch müssen wir uns ja auf Bremen konzentrieren, wir müssen auf Bremen schauen. Wir tragen hier die Verantwortung für Bremen. Wir tragen nicht die Verantwortung für Bayern oder für Hessen oder für Hamburg, sondern für Bremen.

(Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Wirklich?)

Jetzt kommt es: Obwohl wir danach gefragt haben, wie eigentlich Ihr Plan aussieht, um diesem Sanierungsstau zu begegnen, steht dazu in Ihren Antworten nichts. Sie haben keine Antwort darauf, wie Sie diesem Sanierungsstau von einer Milliarde Euro, der ja auch immer weiter ansteigt, in irgendeiner Form begegnen wollen. Sie haben keine Idee, und das ist eine Bankrotterklärung Ihrer Bildungspolitik hier in Bremen.

(Beifall FDP)

Das Absurde ist, Sie haben sich ja vor kurzer Zeit noch mit einer kleinen bunten Broschüre für Ihre Bildungspolitik gefeiert. Wir können natürlich weiterhin viel Geld in Hochglanzprospekte des Senats stecken, das Problem ist nur, dass in dieser Zeit der Sanierungsstau ja weiter anwachsen wird, und die Schülerinnen und Schüler in Bremen müssen in Räumen lernen, die ein Arbeitnehmer niemals betreten würde und wahrscheinlich gar nicht mehr betreten dürfte.

(Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Was erzählen Sie da für einen Schwachsinn, Entschuldigung!

– Abgeordnete Lencke Wischhusen [FDP]: Das ist aber auch keine Parlamentssprache!

Das ist das Problem, fünf Minuten Redezeit sind zu kurz! Ja, ich bitte doch um eine Wahrung des Umgangs hier miteinander, Frau Kollegin!

Präsident Frank Imhoff: Sie hat aber schon „Entschuldigung“ gesagt!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Gut, dann nehme ich das sehr gern an! Fünf Minuten sind zu kurz, um alle Aspekte zu vertiefen, ich möchte aber noch einmal eines betonen: Solange wir hier in Bremen nicht in einen Modus des vorausschauenden Sanierens und Erhaltens kommen, werden wir immer dem Sanierungsstau hinterherarbeiten, und so wird das Vertrauen in Politik definitiv nicht gesteigert. Wir reden über einen Sanierungsstau, und wie er entstanden ist, darüber können wir wahrscheinlich tagelang diskutieren, aber wir reden – Stand heute – über einen Sanierungsstau von rund einer Milliarde Euro, und Sie haben, Stand heute, keine Idee, wie Sie diesem Sanierungsstau begegnen wollen. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Arno Gottschalk.

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich habe das Fünf-Minuten-Problem, deshalb im Wesentlichen drei Punkte! Ja, Herr Schäck, wir haben einen hohen Sanierungs- und vor allen Dingen Modernisierungsstau. Das ist eigentlich keine Neuigkeit, sondern für uns Thema seit Langem, was wir ja gerade auch mit Blick darauf haben: Was muss denn in den nächsten Jahren gemacht werden, damit wir auch gerade in diesem Bereich dann Klimaneutralität erreichen werden, dass wir die technische Modernisierung hinbekommen? Das ist eine große Aufgabe, die wir ja gerade auch adressieren im Bereich der Umsetzung der Klimastrategie, wo wir die Sanierungsbedürfnisse und Modernisierungsbedürfnisse schon mit eingeschätzt haben und die wir ja jetzt auch mit einem großen Programm bereits adressieren. Das ist mit im Bereich der energetischen Modernisierung öffentlicher Gebäude – und dazu gehören vor allen Dingen auch diese 530 Schulen und die Kitas – natürlich die große Herausforderung.

(Zuruf Abgeordnete Yvonne Awerwaser [CDU])

Das ist der erste Punkt, den wir angehen werden, und der bleibt in der Tat eine große Herausforderung.

Der zweite Punkt, den ich hier vielleicht gern noch einmal herausgreifen würde, ist: Wir haben ja gestern/vorgestern auch noch einmal die Debatten über die Solaranlagen auf den Dächern gehabt, nach denen Sie gefragt haben. Wir kommen zu dem Ergebnis, 25 haben wir, das sind fremde, 25 weitere sind in der konkreten Planung, und 25 sind noch vorgesehen. Darüber hinaus haben wir aber rund 450 Gebäude, auf denen wir sie nicht haben, und die Antwort, warum wir sie nicht haben, steht natürlich auch in dieser Anlage: weil es nämlich zunächst in allen anderen Fällen einer gründlichen baulichen Sanierung bedarf, weil nämlich nach den Erhebungen beim jetzigen Stand fast die Hälfte dieser Gebäude von ihren Dächern her nicht die statischen Voraussetzungen mitbringt.

Insofern wäre es übrigens – Herr Michalik ist jetzt gerade nicht da, er hat sich gestern noch einmal sehr stark dafür gemacht – völlig abwegig zu glauben, wir könnten jetzt bis 2030 alle diese Dächer erst einmal mit einer Solaranlage belegen und dann erst hinterher anfangen, die Gebäude zu sanieren. Das wäre ja wirklich ein absoluter wirtschaftlicher Unsinn, den wir machen würden, und insofern bitte ich doch auch einmal darum, wenn man über solche Themen redet, dass man nicht nur den Wahlkampf vor Augen hat,

(Beifall SPD)

sondern sich auch daran erinnert, wie man eigentlich ein Gebäude angeht.

Ich möchte aber – und Herr Schäck, darauf sind Sie nicht eingegangen – über diese Herausforderungen hinaus noch einmal auf eine richtig große Herausforderung aufmerksam machen, die auch von den Zahlen her in den Antworten steht: Wenn Sie sich das anschauen, was wir an Herausforderungen beim Neubau von Kitas und beim Neubau von Schulen haben, und wenn Sie die dortigen Zahlen zusammenrechnen, dann kommen Sie auf Schätzungen für die nächsten zehn bis 15 Jahre mit dem heutigen Preisstand auf ungefähr 1,7 Milliarden Euro. Es muss für jeden, der sich irgendwie auch einmal unseren Haushalt angesehen hat, klar sein, dass wir dies aus dem ordentlichen Haushalt so nicht bezahlen können. Das heißt, wir müssen uns Gedanken machen, in welchen Konstellationen wir das eigentlich finanzieren wollen.

Wir haben seitens der SPD den Vorschlag in die Diskussion gebracht, die Lösung über ein öffentliches Mieter-Vermieter-Modell zu finden. Wir glauben, dass wir so etwas darstellen können, wir glauben, dass wir damit auch die Kontrolle über die Gebäude, über deren Gestaltung, über deren Verwaltung behalten werden. Wir werden anstreben, dass dies jetzt gründlich untersucht wird, weil es für uns die Perspektive bietet.

Ich möchte dafür werben, dass auch von allen hier mit einer gewissen Offenheit an diesen Vorschlag herangegangen wird, denn es ist unser gemeinsames Anliegen, dass wir in diesem Bereich diesen Neubau auch hinbekommen, denn wir alle wissen, der Bedarf ist da. Insofern wünsche ich mir auch aus Richtung des Finanzressorts, dass dieser Vorschlag nicht von vornherein beiseitegelegt wird. Ich weiß, dass er nicht einfach ist, ich weiß, dass er kompliziert ist, ich glaube aber, dass wir die Chancen haben, in dem Bereich etwas zu machen. Wir müssen es jedenfalls, und dafür bitte ich nochmals darum: Gehen Sie dort mit offenen Augen heran! Wir müssen eine Lösung finden, ein öffentliches Mieter-Vermieter-Modell kann diese Lösung sein. – Danke schön!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Yvonne Averwerser.

Abgeordnete Yvonne Averwerser (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe Ihre Strategie jetzt verstanden, Herr Gottschalk: erst alles Schrott werden lassen, um dann zu sagen, weil wir es klimatechnisch sanieren müssen, können wir es dann erst machen! Das ist natürlich echt clever und vorausschauend gewesen in den letzten Jahrzehnten. Von daher: Respekt für diese Weitsicht!

(Zuruf Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD])

Ganz ehrlich gesagt ist aber doch diese Antwort auf die Große Anfrage, wie der Kollege Schäck schon gesagt, eigentlich ein Offenbarungseid an alle, die in Schulen und mit Immobilien zu tun haben. Das hat nichts mit Wertschätzung derer zu tun, die in den Schulen arbeiten oder auch beschult werden sollen, und zwar schon seit Jahrzehnten nicht mehr.

Das Thema Alter Postweg ploppte vor zwei Jahren auf. Daraufhin hatten wir darum gebeten, dass man uns einmal erklärt, wie denn diese Benotung – –

Das ging ja von eins bis fünf oder sechs, und die Schule am Alten Postweg hatte damals die Bewertung mit der Note drei bekommen. Eigentlich würde man denken, dass das alles noch befriedigend ist, aber am Ende des Tages hatte sich herausgestellt, dass diese Schule dann ziemlich schnell geschlossen werden musste, weil Einsturzgefahr bestand, und wir haben dann eine Liste von Grundschulen und weiterführenden Schulen bekommen, die fast alle die Note drei haben.

Ganz ehrlich, das hat uns damals schon Angst gemacht, und schon damals haben wir diesen Sanierungsstau, den Sie uns damals mit knapp 900 Millionen Euro angegeben haben, nicht geglaubt. Jetzt sind wir bei 1,3 Milliarden Euro, das hat mir vorhin noch der Kollege Eckhoff gesagt, ich gehe jetzt einmal davon aus, dass er dann die Zahlen gerade aus dem Haushalts- und Finanzausschuss hat. Es ist sogar noch ein bisschen mehr, als Sie gesagt haben, Herr Schäck. Von daher muss man sagen, das ist nicht etwas, was über wenige Jahre entsteht, das hat man jahrzehntelang vor sich hergeschoben. Man hat es jahrzehntelang versäumt, sein Eigentum, für das man verantwortlich ist, eigentlich auch zu pflegen, und das ist auch ein Wertverlust, den wir jetzt gerade auch eigentlich gar nicht mehr so richtig in Worte fassen können.

Wenn wir jetzt noch davon ausgehen, dass zu diesen 1,3 Milliarden Euro an Sanierungsstau – die sind wahrscheinlich noch freundlich geschätzt – 1,7 Milliarden Euro für Neubau notwendig sind, ich glaube, dann müssen wir uns tatsächlich kreativ überlegen, wie wir das machen können, und ob Ihr Modell das richtige ist, das kann ich von hier aus jetzt nicht beurteilen. Ich habe das jetzt eben zum ersten Mal gehört, aber wir werden uns sicherlich offen damit auseinandersetzen, weil auch wir den Bedarf sehen und wir natürlich sehen, dass wir da an der Stelle einen Schritt nach vorn gehen müssen.

Was aber nicht sein kann, ist Ihr Argument, zu sagen, das ist jetzt vielleicht eine gute Lösung, weil wir dann weiterhin die Verantwortung für die Immobilien haben. Ich glaube, gerade Sie haben in den letzten Jahren bewiesen, dass das keine gute Idee ist, denn genau das hat uns ja dazu geführt, dass wir eigenverantwortlich dafür gesorgt haben, dass unsere eigenen Immobilien jetzt an dem Stand sind, wo sie sind.

(Beifall CDU)

Von daher wäre das vielleicht ein Schritt an der Stelle, den ich vielleicht noch einmal kritisch hinterfragen würde, aber ansonsten sage ich mir, wir müssen tatsächlich offen darüber reden, und tatsächlich ist es ja so: Es kann nicht sein, dass es im Sanierungsstau so ist, dass immer nur dann schnell saniert wird, wenn alles kurz vor dem Zusammenbrechen ist – dann muss meistens gleich neu gebaut werden –, oder gerade im Toiletten- oder Sanitärbereich ist es ganz häufig so, dass erst dann saniert wird, wenn entweder die Toiletten gar nicht mehr benutzbar sind, die Lehrer teilweise gar keine eigene Toiletten mehr haben oder internationale Kongresse im Raum stehen, die dann dafür sorgen, dass diese Schule besucht würde und es dann zu peinlich ist, die Sanitärräume dann so darstellen zu lassen, und da passiert erst etwas. Das darf an der Stelle – ich kann Ihnen gern die Schule nennen, Frau Bredehorst! –

(Zuruf Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD])

nicht sein, dass es immer erst so weit kommt. Das hat nichts mit Wertschätzung zu tun. Ich glaube, es hat jeder Verständnis dafür, dass eine Immobilie alt sein kann, aber sie muss sauber sein.

(Beifall CDU)

Auch Toiletten können alt sein, aber sie müssen sauber und gebrauchsfähig sein. Von daher, glaube ich, müssen wir da in kleinen Schritten immer dranbleiben, um den Faden an der Stelle nicht komplett zu verlieren.

Was die Sache mit den Neubauten betrifft, in der Tat, da müssen wir uns etwas überlegen, denn da kann es nicht so weitergehen, dass wir es so machen wie bis jetzt; wobei ich tatsächlich sage, wir müssen uns überlegen, ob wir das wirklich eigenverantwortlich so machen, wie Sie das vorschlagen, Herr Gottschalk, oder ob wir da einfach offen sagen können, Immobilien Bremen ist vielleicht nicht der richtige Partner dafür oder hat einfach zu viele Immobilien, die an der Stelle auch noch von dort bearbeitet werden müssen. Da müssen wir einfach offen darauf zugehen, sodass wir eine Lösung für alle hier in der Stadt finden, denn das sind wir den Lehrern, das sind wir den Schülern, das sind wir den Eltern schuldig, und dafür stehen wir dann auch ein, und an der Stelle belasse ich es jetzt auch damit. – Danke schön!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Christopher Hupe.

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wähle einmal einen anderen Einstieg, ein bisschen weg von den vielen verschiedenen Zahlen, die in den Raum geworfen werden, auch weg von den Toiletten, sondern ich möchte einmal betonen, dass es unser aller Anspruch sein muss, dass die Orte, an denen Kinder und Schülerinnen den großen Teil ihres Tages und auch den großen Teil ihrer Kindheit und ihrer Jugend verbringen, an denen sie spielen und lernen, den höchsten Anforderungen genügen müssen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Die Gebäude und Spielflächen von Schulen und Kitas müssen Orte sein, an denen sich Kinder und Jugendliche gern aufhalten, Orte, welche die Neugier wecken und zum Lernen anregen und motivieren, kurzum: Lernumgebungen, die den hohen Wert von Bildung widerspiegeln!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Natürlich müssen wir auch für die vielen Menschen, die in Kitas und Schulen arbeiten, die bestmöglichen Arbeitsbedingungen bieten. Das gilt insbesondere in Zeiten des hohen Fachkräftemangels, in denen wir viel mehr Menschen dafür begeistern wollen, den Weg in die Kitas und Schulen zu gehen.

Der Bedarf für Schulbau und -sanierung ist hoch. Wir haben einen großen, einen sehr großen Sanierungsstau bei den öffentlichen Gebäuden. Das haben wir in ganz vielen Kommunen in Deutschland, und das hat sich in Bremen auch nicht in den letzten paar Jahren oder in den letzten zwei, drei Legislaturperioden angestaut, sondern das geht über viele Jahrzehnte und hat dazu geführt, dass dieser große Sanierungsstau jetzt die Abarbeitung sehr schwierig macht. Es geht auch gar nicht darum, Herr Schäck, da irgendwie auf null zu kommen, weil in der Zeit, in der man saniert und Gebäude modernisiert, andere natürlich wieder älter werden und damit eine gewisse Höhe von Sanierungsbedarfen immer bestehen bleibt, aber es geht darum, dass wir es schaffen, unseren Schülerinnen zeitgemäße Räumlichkeiten für eine zeitgemäße Bildung zu bieten.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Neben dem Sanierungsstau ist da natürlich dann auch noch der enorme Ausbaubedarf zu nennen, der aufgrund der Bevölkerungsprognose und der steigenden Schüler:innenzahlen besteht. Das macht unsere Vorhaben, durch Modernisierung und zeitgemäße Bildungsräumlichkeiten die Chancengerechtigkeit voranzubringen – da seien genannt der Ganztagschulausbau, die Differenzierungsräume für Inklusion und Sprachförderung, der Unterricht, der fächer- und jahrgangsübergreifend ist –, an einigen Schulen gar nicht so gut umsetzbar, so, wie die Räumlichkeiten jetzt sind. Für diese Ziele müssen wir vorankommen.

Das Gute ist, dass der Senat und die Regierungskoalition da in dieser Legislaturperiode auch eine Menge vorangebracht und enorme Anstrengungen unternommen haben. Allein im Schulbau sind in den letzten drei Jahren in Bremen 150 Millionen Euro investiert worden. Wir haben das größte bremische Bauprogramm im Bildungsbereich seit über 50 Jahren, und mehr als 200 Einzelprojekte wurden angefasst. Herr Schäck, ich weiß nicht, wann Sie zum letzten Mal in einer Schule, zumal in einer öffentlichen Schule waren,

(Zuruf Abgeordneter Thore Schäck [FDP])

es gibt einige Schulgebäude und auch Kitas – Kinder- und Familienzentrum Helsinkistraße, die Grundschule an der Humannstraße, die Berufsschule für den Großhandel, Außenhandel und Verkehr –, die in einem hervorragenden Zustand sind, die Vorbild für das sind, wo wir mit anderen Schulen in den nächsten Jahren hinkommen wollen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Neben diesen Standorten, die umgesetzt wurden, wurden viele Interimsmaßnahmen vorangebracht, um kurzfristig Schülerinnen und Schülern, die in den letzten zwölf Monaten nach Bremen gekommen sind, zusätzlich gekommen sind – und da sprechen wir von über 2 000 Schülerinnen und Schülern –, eine vorübergehende Lernumgebung zu bieten und Schulplätze für sie sicherzustellen.

Dann kommt – wir werden es hoffentlich morgen auch beschließen, und davon gehe ich aus, der Kollege Gottschalk hat das gerade schon angesprochen – der Nachtragshaushalt über 2,5 Milliarden Euro mit dem Klimaschutzpaket, was Klimaschutzinvestitionen in energetische Gebäudesanierung ermöglicht und natürlich, weil ein Großteil der öffentlichen Gebäude Schulen und die Kitas sind, die

wir dabei haben, deutlich mehr Tempo dort hineinbringt, um diese energetisch zu sanieren. Das ist gut, das kommt den Schulen zugute, dass wir da jetzt eine Menge Investitionsmittel haben, um hier bis 2035, bis zu unserem Ziel für die Klimaneutralität für öffentliche Gebäude, voranzukommen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Die Zeit läuft mir jetzt weg, ich kann jetzt gar nicht mehr die ganzen Herausforderungen benennen. Ich möchte auf zwei eingehen! Das eine ist natürlich der Fachkräftemangel bei Immobilien Bremen. Da müssen wir Fachkräfte finden, um entsprechend voranzukommen.

Dann ein Punkt: In der letzten Sitzung der Sportdeputation – die, die da waren, werden sich erinnern! – war es Thema,

(Glocke)

dass die Kommunikation zwischen den Schulen, der Schulbehörde und Immobilien Bremen nicht optimal ist. Das sorgt dafür, dass gerade, wenn kurzfristig Mängel entstehen, es dauert, bis diese gemeldet werden, oder aber auch, wenn zum Beispiel die Phase null abgeschlossen ist,

(Glocke)

wo die Beteiligung war, dass es zu lange dauert, bis die Schulen eine Rückmeldung bekommen, wann es weitergeht. Da muss mehr Tempo und vor allem mehr Kommunikation hinein. Ansonsten sind wir auf einem guten Weg. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Klaus-Rainer Rupp.

Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE): Herr Präsident, verehrte Damen und Herren, verehrte Anwesende! Wir diskutieren über Sanierungsstau, Sanierungsbedarf und ausgebliebene Sanierungsanstrengungen in der Vergangenheit. Seit ich in diesem Parlament bin – und das ist schon ein kleines bisschen her, seit ich hier angefangen habe –, haben wir immer versucht, herauszubekommen, wie ist eigentlich der Sanierungsstau bei öffentlichen Gebäuden, bei Schulen und Kitas. Es hat eine Weile gedauert, bis erste Schätzungen kamen, und wir haben jetzt tatsächlich einen Punkt erreicht, wo eine halbwegs vergleichbare Betrachtung

von Sanierungsbedarf an Schulen, öffentlichen Gebäuden und Kindertagesstätten und Ähnlichem gegeben ist. Deswegen entspricht der Sanierungsbedarf von Kitas und Schulen von 700 Millionen Euro ungefähr den Zahlen, die wir vor, lassen Sie mich lügen, fünf Jahren, irgendwie sechs Jahren bekommen haben.

Das ist jetzt gar nicht beruhigend. Die Tatsache, dass dieser Sanierungsstau so hoch ist, ist ein Zeichen dafür, dass in den letzten Jahren zu wenig Geld da war, um die Sanierungen durchzuführen und es zu wenig Leute gegeben hat, die diese Sanierung umsetzen können. Das lässt sich nicht wegdiskutieren. Deswegen muss man die Frage stellen: Hat eigentlich diese Regierung in dieser Legislaturperiode an dieser Tatsache etwas geändert? Meiner Meinung nach haben wir da nicht genug hinbekommen, unter anderem deswegen, weil eine weitere Wette auf die Zukunft nicht gewonnen werden konnte, nämlich die Tatsache, dass es weniger Kinder gibt, die einen Schulplatz und in der Kindertagesstätte brauchen. Es hat sich glücklicherweise so entwickelt, dass wir jetzt mehr Schulen und mehr Kindertagesstätten brauchen, und deswegen war es notwendig und auch richtig, die vorhandenen Kapazitäten darauf zu konzentrieren, dass es genügend Sitzplätze in Schulen und genügend Plätze in Kindertagesstätten gab.

Das ändert nichts an der Tatsache, dass wir tatsächlich immer noch vor der Frage stehen: Mit welchen Menschen und mit welchen investiven Mitteln können wir eigentlich diesen Sanierungsstau in der Zukunft angehen? Ich bin der festen Meinung, dass insgesamt in der Bundesrepublik – und da ist Bremen tatsächlich nicht allein – die öffentliche Hand zu wenig Steuereinnahmen hat, um solche Sanierungen zu finanzieren und ihre eigene Infrastruktur in Ordnung zu halten. Das ist im Einzelfall bestimmt auch Fehler der einzelnen Landesregierungen oder was auch immer, aber im Kern ist es tatsächlich so, dass meines Erachtens die Steuern, die erhoben werden, am Ende des Tages nicht ausreichen, um eine entsprechende Sanierung voranzutreiben.

In den letzten Jahren bis 2020 haben wir unter der Ägide der sogenannten Sanierungspolitik sehr knapp mit den Haushaltsmitteln umgehen müssen. Tatsache ist, dass nach unserer Erkenntnis ungefähr die Hälfte der Sanierungsmittel, derer es bedurft hätte, da war und auch verbaut worden ist. Das heißt, die Tatsache, dass Bremen in dieser Zeit den Sanierungsstau nicht bekämpft hat, sondern

dass er gewachsen ist, ist auch eine Folge dieser sogenannten Sanierungspolitik. Der Haushalt war am Ende des Tages saniert, Schulen und öffentliche Gebäude eher nicht.

Die Frage ist, wie kommen wir da jetzt heraus. Ja, auf der einen Seite beschließen wir jetzt tatsächlich morgen einen Haushalt mit einem Klimafonds, und ich sage einmal, die energetische Sanierung von Schulen muss zwangsläufig auch ein Stück weit damit einhergehen, die Voraussetzungen zu schaffen, um diese energetischen Sanierungen durchzuführen. Unglücklicherweise sind wir sehr gezwungen, das trennscharf zu organisieren. Auch dafür dient diese Untersuchung, dass wir genau schauen können: Was von dem Sanierungsbedarf ist eigentlich praktisch Instandhaltung aufgrund fehlender Sanierung vorher, und was ist sozusagen energetische Sanierung?

Ich würde dafür werben, im Interesse der Menschen, die Schulen und Kindertagesstätten nutzen sollen, müssen, dürfen, dass wir vielleicht schauen, inwieweit wir das etwas kreativ auslegen, damit wir da möglicherweise ein Stück weit weiterkommen. Letztendlich kommen wir, glaube ich, nicht umhin, mehr Mittel für die Sanierung von öffentlichen Gebäuden, Schulen und Kindertagesstätten bereitzustellen. Das zu privatisieren, also im Sinne von Mieter-Vermieter-Modellen und Ähnlichem – Marx sei mein Zeuge! –: Ich würde mich solchen Dingen nicht verschließen, hätte ich nicht deutlich den Eindruck, dass das am Ende teurer wird und den Haushalt mehr belastet als eine Kreditaufnahme,

(Glocke)

die man möglicherweise für diese Sanierung auch möglich machen muss. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Dr. Martin Hagen.

Staatsrat Dr. Martin Hagen: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete! Ich möchte jetzt für den Senat gar nicht auf die Details eingehen, das haben wir ja umfangreich in unserer schriftlichen Stellungnahme getan. Ich möchte aber noch einmal drei politische Anmerkungen machen! Herr Schäck, Sie haben dem Senat vorgeworfen, er hätte in der Vergangenheit nicht genügend getan, um Schulen zu sanieren. Ich möchte

gar nicht in Abrede stellen, dass wir einen Sanierungsbedarf haben, aber ich wehre mich gegen den Vorwurf, dass wir als Senat das ignoriert haben und gesagt haben: Ach ja, da ist ein Problem, und wir kümmern uns nicht. Das Gegenteil ist der Fall.

Ich möchte Ihnen das an einem Beispiel aus meinem eigenen Leben zeigen: Als meine großen Kinder vor 15 Jahren klein waren und bei den Hallenturnieren immer durch die verschiedenen Schulturnhallen gegangen sind, habe ich irgendwann einmal festgestellt, wenn die Hallenturniere im Umland waren, in Weyhe, in Wörpswede oder in Westerstede et cetera, dann waren da immer tipp-topp sanierte Hallen, und in Bremen war das nicht der Fall.

Ich möchte an dieser Stelle einmal deutlich sagen, dass aus meiner Sicht, aus Sicht des Ressorts des Finanzsenators die entscheidende Frage, wie viel Mittel zur Verfügung stehen, die Frage ist, ob Schulen saniert sind oder nicht. Das hängt an der Mittelausstattung der Kommunen. Das können Sie, glaube ich –. Sie haben selbst den Vergleich zu den anderen Bundesländern und anderen Kommunen aufgemacht. Das ist der entscheidende Faktor, wie saniert ein Schulbestand sein kann. Weil sich der Senat darum gekümmert hat, dass die finanzielle Ausstattung der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven besser geworden ist, haben wir deshalb jetzt eine Situation, dass jetzt auch mehr Mittel zur Verfügung stehen, um diese Schulen zu sanieren.

Deshalb wünsche ich mir auch und bitte Sie, weil das ein hochrelevantes Thema ist und das auch einen Bezug zur aktuellen Haushaltsdebatte in der Bundesregierung hat, Ihren Parteifreund darauf hinzuweisen, dass die Finanzausstattung der Kommunen und Länder existenzielle Wichtigkeit hat und dass er dort die Pläne, die bekannt geworden sind, zurücknimmt.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Der Senat hat auch geliefert – ich komme zu meinem zweiten Punkt –: Wir tun ja etwas. Wenn die finanziellen Mittel da sind, und in dieser Legislaturperiode waren sie da – übrigens, lieber Herr Rupp, weil wir den Haushalt saniert haben, das ist ja auch ein wesentlicher Faktor, dass Mittel zur Verfügung stehen –, konnten wir auch investieren und haben das auch getan. Ich habe Ihnen hier unsere Broschüre mitgebracht, die wir vor Kurzem vorgestellt haben, das können Sie einmal durchsehen. Natürlich sind wir auch über jede Toilette, die

nicht saniert ist, und auch über die Verhältnisse, die wir leider auch immer noch finden, nicht glücklich. Gar keine Frage: Das müssen wir ändern, und das ändern wir auch, aber Sie können ja nicht ignorieren, wie viele Schulneubauten und Kitaneubauten wir tatsächlich geschafft haben.

Ich kann Ihnen das auch gern zeigen, ich habe ja zum Glück noch einmal zwei Kinder bekommen, die spielen jetzt, 15 Jahre später, in den Schulturnhallen, und es ist tatsächlich besser geworden – empirische Erfahrung! –, und ich glaube, dass das auch viele Bürgerinnen und Bürger so sehen können. Es gibt eine ganze Reihe von Schulsporthallen in Bremen, die inzwischen saniert sind, und das ist ein Ergebnis des Bremer Senats. Sie können sich hier viele Projekte ansehen, die wir in dieser Legislaturperiode umgesetzt haben.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wir haben die Mittel für den Schulausbau verdoppelt, und ich finde, Sie können uns jetzt nicht dafür kritisieren, dass wir doppelt so viel machen, als wir vorher gemacht haben. Haben 25 Prozent mehr für den Kitaausbau investiert, und ganz ehrlich – Herr Rupp hatte das eben schon erwähnt –: Natürlich müssen wir jetzt sanieren und neue Schulen bauen. Das tun wir an vielen Stellen, weil wir eben auch mehr Kinder in der Stadt haben.

Deshalb möchte ich auch dem letzten Vorwurf deutlich entgegentreten: Sie haben es zugespitzt, der Senat hätte keinen Plan, wie er in dieser Situation umgehen soll. Ich finde, Bremen ist der Erfinder eines neuen Plans, das haben auch die Abgeordneten eben schon dargestellt. Wir haben eine Klimastrategie vorgelegt, in der wir eine Gebäudesanierung vorsehen in einem ungeahnten Umfang für Bremen, und in dieser Strategie zur Gebäudesanierung werden wir energetische Maßnahmen, die früher konkurriert haben um die Schulmittel und wo wir innerhalb des Senats heftige Diskussionen haben, wie können wir denn das Ziel der energetischen Sanierung, Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen et cetera reduzieren, und die neuen Schulbaubedarfe übereinkommen. Dafür haben wir einen innovativen Plan vorgelegt, der übrigens in anderen Bundesländern gerade kopiert wird und der hier morgen auch zur Abstimmung steht.

(Glocke)

Ich freue mich, dass Sie dem dann hoffentlich auch zustimmen, das ist genau die Antwort auf Ihre Frage.

Präsident Frank Imhoff: Herr Staatsrat, würden Sie trotz der knappen Zeit, die Ihnen nun noch verbleibt, eine Zwischenfrage der Abgeordneten Lencke Steiner zulassen? Wischhusen, Entschuldigung!

Staatsrat Dr. Martin Hagen: Selbstverständlich!

Präsident Frank Imhoff: Bitte, Frau Wischhusen!

Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP): Immer noch! Werde ich den Namen nie los?

(Heiterkeit – Zurufe)

Herr Staatsrat, ich habe eine Frage an Sie, und zwar im Rahmen von Schulneubauten, die haben Sie gerade sensationell vermarktet: Können Sie sich vorstellen, tatsächlich mehr mit Predictive Maintenance zu arbeiten? Viele der Sanierungsstaus in dem Ausmaß kommen ja nur zustande, weil wir maximal sichtbare Mängel erst dann angehen, und ich glaube, wenn wir mehr mit Predictive Maintenance arbeiten würden – oder Sie tun es schon? –, dann würden wir sicherlich gerade auch langfristig gedacht auch in Zukunft nicht so einen hohen Sanierungsstau zu erwarten haben.

Staatsrat Dr. Martin Hagen: Die kurze Antwort ist: Ja, das können wir uns vorstellen. Wir haben ja mit Immobilien Bremen in neue Technologie investiert, das ist eben auch schon erwähnt worden. Es sind neue Datenbanken aufgesetzt worden, die diesen Bestand erheben, und wenn sie in Predictive Maintenance eingehen, da haben Sie ein offenes Ohr von uns, dass wir das auch ausbauen und unsere Dienstleister in die Lage versetzen, genau damit auch zu arbeiten.

(Abgeordnete Lencke Wischhusen [FDP]: Danke!)

Ich war eigentlich auch schon fertig. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck zu einer Kurzintervention.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Herr Staatsrat, Sie haben eben zwei Aussagen getätigt, die ich so

nicht stehen lassen kann. Erstens: Ja, die Steuereinnahmen sind gestiegen, also wir haben kein Einnahmeproblem, sondern es ist immer die Frage, wofür gibt man das Geld aus.

Das bringt mich zu meinem zweiten Thema. Sie haben eben gesagt, es ist eine Frage des Budgets und was an Geld da ist, das ist richtig, aber es ist natürlich auch die Frage: Wofür gebe ich es aus? Wenn wir uns die Entwicklung der letzten Jahrzehnte anschauen, dann sehen wir, dass die konsumtiven Mittel immer weiter gestiegen sind für die vielen, vielen Geschenke, die Sie jedes Jahr verteilen, dass dies noch kostenlos werden soll und das noch kostenlos, und die Investitionsquote ist von Jahr zu Jahr immer weiter gesunken. Das sind genau die Mittel, die in den Schulen gefehlt haben. Die Schulen wurden kaputtgespart.

Natürlich haben wir begrenzte Budgets, aber es ist immer die Frage, wofür geben wir das Geld aus, und wenn ich immer weniger investiere und immer mehr verkonsumiere, dann haben wir natürlich ein Problem in den Schulen. Deswegen ist Ihre Aussage an dieser Stelle nicht richtig. Es ist immer eine Frage der Prioritätensetzung. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Dr. Martin Hagen zur Erwiderung.

Staatsrat Dr. Martin Hagen: Sehr geehrter Herr Präsident! Das ist ja unsere Standardauseinandersetzung. Eine niedrige Investitionsquote ist in der Regel eine Reaktion auf eine mangelhafte Mittelausstattung. Das können Sie nicht nur beim Staat beobachten, sondern Sie werden auch in Unternehmen sehen, dass die laufenden Ausgaben zuerst bedient werden, bevor Geld in neue Investitionen gestellt worden ist. Ich teile ausdrücklich nicht Ihre These, das haben wir auch schon mehrfach diskutiert. Wenn Sie sich den Haushalt genau ansehen, was wir dort machen, dann verteilt dieser Senat keine Geschenke, sondern er macht eine vernünftige soziale und nachhaltige Politik in Bremen, die unsere Bürgerinnen und Bürger auch verdient haben. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache [20/787 S](#), auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP Kenntnis.

**Ortsgesetz über die Begrünung von Freiflächen und Flachdachflächen in der Stadtgemeinde Bremen (Begrünungsortsgesetz Bremen)
Mitteilung des Senats vom 7. März 2023
(Drucksache [20/858 S](#))**

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich darüber, dass wir diesen Tagesordnungspunkt noch behandeln. Das Gute ist, dass ich ja schon weiß, wie die einzelnen Fraktionen abstimmen, deswegen kann ich mich schon darauf beziehen, weil wir diese Debatten auch schon in den Deputationen geführt haben.

Bremen macht sich auf den Weg, tatsächlich Schottergärten zu verbieten. Eigentum verpflichtet, und – –.

(Zurufe Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU] und Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU])

Bitte, Herr Rohmeyer?

(Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU]: Bremerhaven freut das!)

Nein, Bremerhaven ist doch gar nicht darin enthalten, aber darauf komme ich noch, Herr Rohmeyer! Eigentum verpflichtet, und dazu zählt eben auch ein verantwortlicher Umgang mit dem Eigentum, das man hat. Die FDP hat argumentiert, das könne man ja alles in die Eigenverantwortung der Menschen legen. Wer dann aufmerksam durch diese Stadt fährt, der wird erkennen, dass das mit der Freiwilligkeit nicht funktioniert und nicht funktioniert hat

(Zuruf Abgeordneter Thore Schäck [FDP])

und dass das mit dem „Eigentum verpflichtet“, nicht geklappt hat, Herr Schäck. Es hat einfach nicht geklappt, und aus dem Grund ist es richtig, das hier zu regeln.

Wir haben nicht nur eine Klimakrise, wir haben auch eine Biodiversitätskrise. Das heißt, etwa ein Viertel der Arten auf diesem Planeten ist schon verschwunden. Wir haben das Problem, dass gerade auch im ländlichen Raum die Lebensbedingungen für Insekten sehr schlecht geworden sind, und wir haben eine Verpflichtung, hier auch das Zusammenleben in der Stadt als Staat so zu organisieren, dass wir auch für die anderen Lebewesen in der Stadt vernünftige Bedingungen herstellen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Schottergärten sind also in Bremen verboten. Das gilt erst einmal ab sofort nur für den Neubau, mehr kann man da auch gar nicht regeln. Das ist im Prinzip auch vorher schon gewesen. Wenn Sie in die Landesbauordnung hineingeschaut haben, dann werden Sie feststellen, im Prinzip hätte man auch vorher schon keine Schottergärten anlegen dürfen.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP])

Herr Dr. Buhlert, es war eben nur nicht klar genug formuliert, sonst würde es ja diese vielen Schottergärten in dieser Stadt nicht geben. Das wird klar gestellt.

Wir haben uns aber auch mit dem Thema auseinandergesetzt, was machen wir eigentlich mit dem Bestand. Da ist die Frage: Lässt man das jetzt alles so? Man kann sagen, das ist unverantwortlich, was da im Bestand ist. Lassen wir das jetzt so, weil sich die Leute darauf verlassen können müssen, dass das, was sie einmal gemacht haben, obwohl es nicht gesetzeskonform war, so bleiben kann? Da sind wir anderer Meinung; zum einen, weil es in vielen Fällen nicht gesetzeskonform war, und zum Zweiten, weil die Zeiten eben weitergegangen sind. Es reicht nicht mehr mit FDP-Philosophie, beim Kampf gegen die Klimakrise auf Freiwilligkeit zu setzen. Das geht nicht mehr.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das würde ja wahrscheinlich sogar die CDU auch noch sagen, dass es doch wahrscheinlich in vielen Fällen schon fünf nach zwölf ist und dass man deswegen etwas tun muss.

Wie gesagt, dieser Senat tut jetzt etwas. Ich erlebe im ganzen Baubereich, dass da in dieser Legislaturperiode ganz viel passiert ist. Wir haben den „Bremer Standard“ gemacht, eine Sache, die, wie ich finde, in der ganzen Republik bedeutsam ist. Wir haben – wie heißt das so sperrig? – das Mobilitäts-

Bau-Ortsgesetz gemacht, also eine Organisation von Mobilität beim Bauen. Wir haben jetzt das Begrünungsortsgesetz gemacht, und man erlebt, wenn man in der Deputation ist, dass Bremen anders baut, als es früher der Fall gewesen ist. Es wird sehr viel mehr begrünt. Es ist sehr viel mehr Bewusstsein auch in der Verwaltung darüber vorhanden, dass man sich diesem Thema widmen muss und nicht nur durch eine Fußnote am Ende, dass man irgendwie die Bäume noch einmal wegnimmt und sie woanders hinsetzt, sondern dass wir versuchen, mit den Bäumen und mit dem Grün zu bauen. Das ist, glaube ich, ein Paradigmenwechsel, der da eingesetzt hat, der mich sehr beeindruckt hat.

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Bitte?

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Und Straßenbahnhaltstellen!)

Auch die Begrünung von Straßenbahnhaltstellen zählt mit dazu. Die ersten 40 werden vermutlich in diesem Jahr schon begrünt werden. Das ist aber ehrlich gesagt nur eine Marginalie dabei. Es ist nur eine Marginalie, Herr Strohmann, denn die großen Flächen, wo es auch um Entsiegelung geht, das sind eben genau diese Flächen im privaten Raum, auch im öffentlichen Raum, auch Verkehrsnebenflächen, wo wir sehr viel mehr machen können und müssen, und es ist gut, dass das Bewusstsein dafür gewachsen ist.

Ich weiß auch bei Frau Neumeyer, dass sie bei diesem Thema sehr dahinter her ist und die Bedeutung erkannt hat. Bei der FDP erlebe ich zwar, dass Sie die Bedeutung so intellektuell begriffen haben, aber immer noch auf Freiwilligkeit setzen, aber, wie gesagt, das wird am Ende nicht funktionieren.

Ich freue mich sehr, dass wir in Bremen klargestellt haben, in Bremen sind Schottergärten verboten. Ich freue mich auch, dass wir den Weg gegangen sind zu sagen, wir machen uns auch Sorgen oder Gedanken um den Bestand. So wird es eine Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2026 geben, da wird auch der Bestand verboten sein.

(Glocke)

Es wird trotzdem keine Schotterpolizei geben,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Oh!)

sondern wir werden an die Verantwortung der Menschen appellieren, auch wenn Herr Strohmann sich so auf diese Schotterpolizei gefreut hätte.

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Wir setzen mehr auf die Verantwortung, und aus dem Grund hoffe ich, dass diese Schottergärten dann immer mehr verschwinden und wir ganz viele blühende Gärten haben. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ingo Tebje.

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen! Der Klimawandel hat sich zur Klimakatastrophe entwickelt, und so müssen wir alles daransetzen, diese Entwicklung zu bekämpfen. Das fängt mit vergleichsweise kleinen Maßnahmen an und entwickelt sich hin bis zu riesigen Geldsummen, darüber werden wir ja morgen ganz ausführlich in unserer Debatte zum Nachtragshaushalt diskutieren.

Die Folgen der Klimakatastrophe sind heute schon deutlich spürbar: Langanhaltende Dürreperioden gefolgt von Starkregenereignissen, darunter leiden Tiere und Pflanzen, und hiervon sind auch ganz besonders Bremerhaven und Bremen betroffen. Insbesondere die Innenstädte haben ein besonderes Problem, denn da staut sich die Hitze. Die Hitze wird durch betonierte Flächen aufgenommen und wieder abgestrahlt, aber durch die Begrünung von unbebauten Flächen wird die Temperatur gesenkt, und die Umgebungstemperatur kann um bis zu fünf Grad verringert werden.

(Vizepräsidentin Antje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Gerade Flachdächer bieten eine perfekte Möglichkeit zur Begrünung mit Moosen und Gräsern, so kann die Begrünung von Dächern auch einen wichtigen Teil zur Luftreinhaltung bieten. Weiterhin wollen wir Anreize für die Begrünung von Fassaden schaffen, aber vorerst noch keine gesetzlichen Regelungen verankern. Hier wird noch einmal gründlich zu prüfen sein, wie man das mit den brandschutzrechtlichen Belangen auch abwägen und auch entsprechend umsetzen kann, um dann in einer weiteren Anpassung des Gesetzes dieses Thema auch noch einmal anzugehen.

Die Klimakatastrophe wird von einem Verlust der biologischen Vielfalt begleitet. Dieser Verlust stellt genau wie die Klimakatastrophe eine enorme Bedrohung unserer Gesellschaft dar, und dem gilt es entgegenzuwirken, indem bebaute Flächen, Dächer und auf freiwilliger Basis auch Fassaden begrünt werden. Der Verlust der Biodiversität soll damit begrenzt werden, und das ist dringend notwendig, liebe Kolleginnen.

Die Versiegelung von Flächen ist ein Stück der Untergang der Biodiversität. Bei der Anlage von Schottergärten wird der Untergrund durch eine Folie versiegelt. Bei dieser Ansammlung von Kies kann von einem Garten eigentlich nicht mehr die Rede sein, denn hier lebt nichts mehr. Demzufolge müssen wir die Anlage solcher Wüsten verhindern und bestehende zurückbauen, und Herr Saxe hat es ja gerade auch schon deutlich dargestellt: Mit dem bereits geltenden Begrünungsortsgesetz haben wir hier eine gute Grundlage, und mit der jetzigen Verschärfung dieses Gesetzes werden wir dafür sorgen, dass auch bestehende Schottergärten entsprechend angefasst werden und wir da auch tatsächlich zu einer deutlichen Entsiegelung kommen. Bepflanzte Steingärten, das muss man auch einmal sagen – viele verwechseln das –, sind tatsächlich nicht das Problem bei den Steingärten, denn die können durchaus eine Erweiterung sein; auch mit Pflanzen, auch für die Tierwelt, für Eidechsen, für Insekten kann es durchaus sehr gut sein, auch einen schönen Steingarten anzulegen.

Das Begrünungsortsgesetz soll aber nicht dazu führen, dass man beispielsweise seine Mülltonne nicht mehr auf einem befestigten Untergrund abstellen kann. Deswegen werden da auch die Flächen vorgehalten, um das entsprechend zu realisieren.

Das Gemeinwohlinteresse am Erhalt der Biodiversität und am Klimaschutz überwiegt deutlich gegenüber dem Bestand von Schottergärten und schwarzer Dachpappe. Ein Schottergarten ist nicht günstiger oder weniger arbeitsintensiv als eine Grünfläche. Der Schotter muss gereinigt werden, und nach mindestens zehn Jahren muss die gesamte Fläche abgetragen werden, um die Folie unter dem Schotter zu erneuern. Diese Praxis gilt es aus Aspekten der Biodiversität und des Klimaschutzes zu verhindern. Bremen muss sich auf den Weg zur Schwammstadt machen, und hier vorgenommene Verschärfungen des Begrünungsortsgesetzes leisten dafür einen wichtigen Baustein. – Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert.

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gern bestätige ich die Auffassung des Abgeordneten Saxe, dass wir auf Freiwilligkeit setzen.

(Beifall FDP)

Warum? Warum wollen wir, dass die Menschen das allein entscheiden? Weil wir sie mitnehmen müssen an der Stelle! Wir haben eine Klimakrise, wir haben eine Artenkrise, das ist unbestritten, aber wenn wir das nicht mit den Menschen lösen, werden wir es nicht lösen, denn dann werden sie am Ende gegen diese Politik revolutionieren,

(Beifall FDP)

und die Demokratie wird auch im Zweifel darunter leiden. Ich glaube, wir müssen den Menschen ihr Recht lassen, über ihr Eigentum selbst zu bestimmen, und das heißt nicht, dass wir sagen, es verpflichtet nicht. Wir müssen an diese Verpflichtung appellieren, aber wenn wir es nicht schaffen, Menschen davon zu überzeugen, blöde, nicht ökologisch sinnvolle Schottergärten nicht zu bauen, dann haben wir wirklich nicht unseren Bildungsauftrag erfüllt, dann haben wir als Gesellschaft versagt.

Wollen Sie als Nächstes den Menschen vorschreiben, keinen Kirschlorbeer zu pflanzen,

(Zurufe Abgeordneter Ralph Saxe [Bündnis 90/Die Grünen])

weil er auch ökologisch unsinnig ist? Ich halte ihn auch für ökologisch unsinnig. Wollen Sie das als Nächstes machen?

(Zuruf Abgeordneter Ralph Saxe [Bündnis 90/Die Grünen])

Ja, also ehrlich gesagt, machen Sie da doch gern weiter! Sie sagen sogar, Sie haben es gemacht, dann habe ich es nicht gefunden. Dann ist es ja noch schlimmer, denn wir können die Menschen doch davon überzeugen, dass es besser ist, etwas zu pflanzen, was für Bienen gut ist, was für die Umwelt gut ist, für das Kleinklima in der Stadt. Die meisten Menschen können Sie damit auch erreichen.

(Zurufe Abgeordneter Ralph Saxe [Bündnis 90/Die Grünen])

Herr Saxe, wenn Sie sagen, Sie wollen keine Schotterpolizei, bin ich ja gern bei Ihnen, den Verwaltungsaufwand können wir uns gern sparen; aber dann sind Sie auch nicht viel weiter von einer moralischen Verpflichtung entfernt, weil Sie ja sagen, wir kontrollieren nicht einmal ein Gesetz, und ein Gesetz, das Sie nicht einmal kontrollieren, brauchen Sie dann meiner Meinung nach auch nicht zu machen. Auch das ist, glaube ich, dann verhältnismäßig etwas übertrieben. Insofern müssen Sie schon sagen, entweder machen Sie ein Gesetz und wollen es auch kontrollieren, in welchem Umfang auch immer, oder Sie lassen es.

Wir setzen auf Freiwilligkeit. Wir glauben, man kann Menschen davon überzeugen, dass Kirschlorbeer und Schottergärten keine attraktiven Einrichtungen für Gärten sind, und die Menschen, mit denen ich so spreche, habe ich auch davon überzeugt, denn ich habe schon einmal das Vergnügen gehabt, Schotter in Gärten zu entfernen. Das ist kein Vergnügen, und ehrlich gesagt bleibt ein Schottergarten nur bei hohem Aufwand und regelmäßiger Pflege dieses Schotters auch ein Schottergarten, sonst verlandet das nämlich, und dann haben Sie ein viel größeres Problem. Insofern kann ich es keinem empfehlen, einen Schottergarten auch je nur anzulegen. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Silvia Neumeyer.

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren hier heute über die Neufassung des Ortsgesetzes über die Begrünung von Freiflächen und Flachdachflächen in der Stadtgemeinde Bremen. Die CDU-Fraktion hat dieser Neufassung in beiden Deputationen zugestimmt und wird das auch hier heute tun. Wir kommen mit dieser Änderung Empfehlungen der Klima-Enquetekommission nach, und das ist gut so. Sie sind ein kleiner Beitrag zur Minderung des Klimawandels und gut für die Biodiversität, das hat der Kollege ja eben auch schon erwähnt.

Die Absenkung des Stellenwerts zur Begrünung von Flachdächern von 100 Quadratmetern auf 50 Quadratmeter beim Neubau halten wir für richtig. Ein Punkt, der mir besonders gut gefällt, ist aber

das Verbot der Schottergärten, der sogenannten Gärten des Grauens. Auch hier wird aus Sicht der CDU-Fraktion ein guter Schritt für den Klimaschutz und für die Entsiegelung von Flächen getan.

(Beifall CDU)

Bereits bestehende Schottergärten müssen bis zum 31. Dezember 2026 rückgebaut werden. – Gut so! Hierbei soll es Unterstützung und Beratung vom Umweltressort geben, das ist ein richtiger und wichtiger Punkt, um auch die Akzeptanz bei den Bürgern und Bürgerinnen für dieses Gesetz zu schaffen.

Ein weiterer Punkt zur Stärkung der Akzeptanz wäre die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand. Scheinbar ist dies aber wieder ein Punkt, an dem es hapert. – Schön, dass Sie wieder da sind, Frau Senatorin, es geht jetzt nämlich um Sie! Ich habe mich sehr über einen Artikel im „Weser-Kurier“ vom 6. März geärgert. Da schlägt der Beirat Horn-Lehe vor, beim Neubau der Sporthalle der Oberschule an der Ronzelenstraße – ich wiederhole, Herr Gottschalk, ein Neubau! – das Dach des Eingangsbereichs zu begrünen. Was sagt das Bildungsressort dazu? Es lehnt die Begrünung ab, und jetzt kommt es: Es begründet das mit größerem Aufwand und zusätzlichen Lasten, die bei der Planung nicht berücksichtigt wurden, außerdem würde es durch die Begrünung eine höhere Unterhaltspflege geben. Auch die klare Architektursprache würde gefährdet, so die Behörde, es würde mehr kosten, und das hätte man bei der Planung auch nicht berücksichtigt. Da fasst man sich in Zeiten des Klimawandels wirklich an den Kopf!

(Beifall CDU)

Ich bin der Meinung, dass gerade beim Bau einer Sporthalle an einer Oberschule die Vorbildfunktion eine große Rolle spielen sollte.

(Zuruf)

Es geht nicht an, dass wir von Bürgerinnen und Bürgern höhere Kosten und höheren Aufwand bei der Planung und Pflege verlangen, die öffentliche Hand dies aber ablehnt! Vorbildfunktion scheint es im Bildungsressort, das seit Jahrzehnten von der SPD geführt wird, nicht mehr zu geben. – Neben schlechter Bildungspolitik ein weiterer Punkt, dafür zu kämpfen, dass das Bildungsressort der SPD aus den Händen genommen wird!

(Beifall CDU – Heiterkeit SPD)

Was wir den Bürgerinnen und Bürgern zum Schutz des Klimas abverlangen, muss auch bei der öffentlichen Hand Einzugs halten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Falk-Constantin Wagner.

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur, dass ich es richtig verstanden habe: Der Eingangsbereich einer Turnhalle, das heißt, wir reden von dem Witterungsschutz vor der Tür! Davon reden wir,

(Heiterkeit Bündnis 90/Die Grünen)

nicht von der Turnhalle! Wir reden von dem Regenschutz, unter dem die Raucher stehen.

(Zuruf Abgeordnete Silvia Neumeyer [CDU])

Okay! Frau Kollegin, wenn das die zentrale Begründung ist, was die CDU an der Bildungspolitik ändern möchte, falls sie das Bildungsressort stellen würde, haben Sie Ihre bildungspolitische Kompetenz zutreffend zusammengefasst.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf Abgeordnete Silvia Neumeyer [CDU])

Zur zweiten Frage, nämlich der Frage Freiwilligkeit oder Pflicht: Wenn es um Ästhetik ginge, dann hätte die FDP vollkommen recht. Die Schottergärten sind hässlich, und dann würde man auf Freiwilligkeit setzen, dann würde man Überzeugungsarbeit leisten, weil es eine ästhetische Frage ist. Es geht aber nicht um Ästhetik, also mir jedenfalls nicht. Vielleicht geht es einigen um Ästhetik,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das ist ja auch Geschmackssache!)

aber worum es hier tatsächlich geht, ist, dass wir mit den Ressourcen, die wir in einer Großstadt haben, im Stadtraum Beiträge dazu leisten müssen, uns an den Klimawandel anzupassen, an Starkregenereignisse anzupassen, denen vorzubeugen, an Hitzeperioden im Sommer, und die Biodiversität zu fördern. Das sind Ziele, die nur funktionieren, wenn alle in dem Rahmen, der ihnen zumutbar ist, einen Beitrag leisten. Das ist wie beim Deichbau: Da funktioniert es auch nicht, wenn man sagt, für

jeden, der am Deich wohnt, ist es freiwillig, ob er mitmacht oder nicht. Das funktioniert nur, wenn alle mitmachen, und deshalb ist auch eine Pflicht an der Stelle richtig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP])

Die Frage ist nicht so sehr, ob man eine Pflicht machen kann, die Frage ist, ob das, was gemacht wird, verhältnismäßig und gut umsetzbar ist. Das ist es nach unserer Überzeugung. Bei den Gründächern geht es um Neubauten – sowieso nur um Flachdächer, das ist von vornherein klar –, die werden dann jetzt einheitlich ab 50 Quadratmeter der klassischen Reihenhausgröße einbezogen. Das andere ist die Begrünungspflicht für Gärten. Auch die gab es vorher schon im entsprechenden Ortsgesetz, daran hat sich nichts geändert.

Was aber geändert wird, und das finde ich sehr gut, ist, dass die Regelung, wie sie jetzt konkret zu handhaben ist, ausbuchstabiert wird, und zwar in einer Art und Weise, die leicht verständlich ist für die Bürgerinnen und Bürger, und die praxisnah ist: Erstens, die Begrünungspflicht gilt nicht für bauliche Anlagen. Man darf natürlich nach wie vor Terrassen anlegen, Terrassenüberdachungen, Carports, was es alles gibt. Sie gilt auch nicht für andere zulässige Verwendungen – Mülltonnen abstellen, Fahrrad abstellen, was man eben alles so macht im Vorgarten –, und wir haben darüber hinaus eingeführt einen Zehn-Quadratmeter-Freibetrag, wenn Sie so wollen, für jeden Vorgarten, den es in Bremen gibt, denn es geht uns nicht darum, mit dem Maßband durch Bremens Vorgärten zu gehen. Es geht uns darum, großflächige unsinnige und schädliche Versiegelung zu verbieten.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Insofern hat der Senat hier geliefert wie bestellt, wir haben das nämlich im Juli 2022 alles hier schon so beschlossen.

Wo nicht geliefert ist wie bestellt, ist der Bereich der Fassadenbegrünung. Da hätten wir uns als SPD gewünscht, dass wir zumindest für den Bereich der fensterlosen Fassaden auch schon zu einer Regelung kommen. Wir können aber gut verstehen, dass das tatsächlich recht kompliziert und aufwendig auszubuchstabieren ist, weil Fassadenbegrünungen hohe Pflegekosten nach sich ziehen, jedenfalls dann, wenn sie oberhalb einer Leiterlänge sind. Wenn dann ein Gerüst gebaut werden muss, dann

wird es richtig teuer. Deswegen brauchen wir dafür noch ein bisschen Zeit. Da wird über Förderung geredet werden müssen, und da wird auch darüber geredet werden müssen, wie man eine Regelung mit Augenmaß findet, denn auch da muss es ja wieder darum gehen, dass wir die Begrünung am effektivsten fördern, wenn es Regelungen sind, die gut anwendbar sind und die die Bürgerinnen und Bürger mitmachen können. Das ist uns bei diesem Ortsgesetz jetzt gut gelungen, deshalb stimmen wir gern zu. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der Tat, das Begrünungsortsgesetz ist schon 2019 in Kraft getreten. Dort haben wir damals festgelegt, dass zum ersten Mal in Bremen bei Neubauten die Flachdächer, wenn sie größer 100 Quadratmeter sind und einen Neigungswinkel von bis zu 15 Grad haben, begrünt werden sollen. Das war jetzt die klare Antwort der Stadt auf die Herausforderung des Klimawandels und auch der Biodiversität. Wenn man sich die Vorteile von Gründächern ansieht, dann sieht man nicht nur, dass sie gut bei Starkregen sind, weil sie Wasser aufnehmen, sondern dass sie eben auch einen Beitrag zur biologischen Vielfalt leisten und auch bei Hitze in der Stadt gut sind für das Klima, für die Verdunstungskühle, und damit sind es eben auch Maßnahmen für die Klimaanpassungsstrategien und auch den Aktionsplan Klimaschutz.

Jetzt wird das Begrünungsortsgesetz nachgeschärft. Neben der mildernden Wirkung auf das Stadtklima ist es auch so, dass wir es jetzt ausdehnen auf die Gebäudebegrünung, und wir haben zum einen die Dachfläche reduziert auf 50 Quadratmeter, aber – und da gab es ja jetzt die erhitzte Debatte bei Ihnen – wir haben wirklich noch einmal klargestellt, dass wir Schottergärten verbieten wollen.

Schottergärten im Sinne des Gesetzes sind definiert als unbebaute Freiflächen auf Baugrundstücken, die mit festem Material wie gebrochenen Steinen oder Kieseln bedeckt sind. Es gibt – Sie hatten das gerade gesagt, Herr Tebbe – natürlich noch eine Toleranzgrenze, damit man noch Mülleimer und Fahrräder im Vorgarten unterbringen kann, aber es geht darum, eben nicht mehr die ganzen Gärten zu

beschottern. Jetzt will ich einmal sagen, man kann auch immer versuchen, alles auf freiwilliger Basis zu machen, nur ich glaube, so richtig funktioniert es nicht. Herr Buhlert, jetzt schaue ich bei Ihnen natürlich auch einmal: Wie macht das eigentlich Niedersachsen? Laut § 9 Absatz 2 der Niedersächsischen Bauordnung sind Schottergärten bereits seit 2012 untersagt, damals hat die FDP mit der CDU in Niedersachsen regiert. Insofern war da nicht so viel mit Freiwilligkeit in Niedersachsen, auch nicht bei der FDP.

Ich finde es richtig, dass wir hier jetzt dieses Gesetz auf den Weg bringen, weil wir eben sehen, wir müssen mehr tun. Wir wollen die Ergebnisse der Enquetekommission ja auch umsetzen, und wir merken – und der IPCC-Bericht hat es uns ja jetzt noch einmal aktuell vor Augen geführt –, der Klimawandel ist in vollem Gange, und wir müssen etwas tun, auch für die Klimaanpassung. Ich war in der vorletzten Woche in Bremerhaven, da hatten die Landschaftsgartenbaubetriebe ihre Jahrestagung. Das Thema war Dachbegrünung und Fassadenbegrünung, und da wurden die Vorteile wirklich auch noch einmal in den Vordergrund gestellt.

Es geht darum, dass man zum einen Gebäude vor Überhitzung schützen kann, dass sie zum anderen aber auch die Luftbelastung noch einmal deutlich reduzieren. Wir haben die Begrünungsverpflichtung für verfahrenspflichtige Anbauten auch noch einmal reguliert. Bisher fehlten solche Anbauten in der Rechtsgrundlage, um die Begrünung auch dort zur Auflage zu machen – damit soll eine Kompensation für den Freiflächenverlust möglich gemacht werden –, und wir haben eine Begrünungspflicht für Bestandsanlagen definiert mit einer Übergangsregelung bis zum 31. Dezember 2026. Bis dahin sind alle bestehenden nicht baulich genutzten Freiflächen auf Baugrundstücken dann auch zu begrünen.

Zur Erhöhung des Anteils begrünter Flächen wird der Anwendungsbereich geändert. In der alten Verordnung gab es noch Ausnahmen für Reihenhäuser und für hallenartige Gebäude. Das fanden wir sachlich nicht gerechtfertigt, insofern ist das jetzt auch gestrichen worden. Das heißt, dass auch Gewerbehallen, bei denen wir wirklich große Potenziale für Dachbegrünung haben, jetzt miteingeschlossen werden, und ich will auch einmal sagen, natürlich wollen wir auch PV auf den Dächern haben. Wir werden ja hier am Donnerstag auch noch die Solarpflicht miteinander diskutieren, und es ist wichtig, dass man weiß – und das kam dann auch

in der vorletzten Woche noch einmal bei den Experten in Bremerhaven heraus –, PV und Gründach schließen sich nicht aus, im Gegenteil, es funktioniert extrem gut zusammen.

Insofern freue ich mich, wenn Sie jetzt dem Ganzen dann auch das Go geben. Ich glaube, dass das wirklich ein guter Schritt ist zum Klimaschutz, zur Klimaanpassung, aber auch zum Erhalt der Biodiversität in Bremen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz über die Begrünung von Freiflächen und Flachdachflächen in der Stadtgemeinde Bremen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen FDP, L.F.M.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Gewerbeentwicklungsprogramm der Stadt Bremen 2030

**Mitteilung des Senats vom 14. März 2023
(Drucksache [20/865 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Gewerbeentwicklungsprogramm der Stadt Bremen 2030 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(CDU, FDP, L.F.M.)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Gewerbeentwicklungsprogramm zu.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Tagesordnung für heute angelangt.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung um 19:23 Uhr)

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 21. März 2023

Anfrage 8: hanseWasser Ver- und Entsorgungs-GmbH

Anfrage der Abgeordneten Klaus-Rainer Rupp, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 15. Februar 2023

Wir fragen den Senat:

1. Welche Kenntnisse hat der Senat über die Geschäftstätigkeiten der Tochtergesellschaft der swb AG und der Gelsenwasser „hanseWasser Ver- und Entsorgungs-GmbH“ in Bremen und im Bremer Umland?
2. Welchen Stand hat die seitens der hanseWasser Bremen GmbH, an der auch Bremen beteiligt ist, geplante Ausgliederung von Geschäftsfeldern an die hanseWasser Ver- und Entsorgungs-GmbH (siehe Senatsbeschluss vom 22. November 2022), an der Bremen wiederum nicht beteiligt ist?
3. Besitzt der Senat Kenntnis über weitere Ausgliederungsabsichten von Geschäftsprozessen aus dem Tätigkeitsfeld der hanseWasser GmbH?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Im Rahmen der regelmäßigen Aufsichtsratssitzungen der hanseWasser Bremen GmbH (hWB), an der die Freie Hansestadt Bremen (FHB) einen Anteil von 25,1 Prozent hält, berichtet die Geschäftsführung (GF) der hWB regelmäßig über das sogenannte Drittgeschäft, das heißt, Vertriebstätigkeiten und Geschäftsfelder außerhalb der leistungsvertraglichen Pflichten der Gesellschaft. Aufgrund der verbundenen Organschaft der hWB mit der hanseWasser Ver- und Entsorgungs-GmbH (hVE) wird in diesem Zusammenhang auch über Aktivitäten der hVE im regionalen Marktumfeld seitens der GF der hWB, die personenidentisch mit der GF der hVE ist, berichtet.

In der hVE bündeln die privaten Anteilseigner ihre unternehmerischen Interessen. Darüber hinaus hat man nach Kenntnis des Senats auf der Ebene der hVE damit begonnen, operative Geschäftsfelder aufzubauen. Davon umfasst ist auch die Klärschlammmentsorgung. Die hVE hat

sich hierzu an der Klärschlammmentsorgungsgesellschaft Nordwest (KENOW) beteiligt, die in Bremen derzeit eine Anlage zur thermischen Klärschlammverwertung errichtet. Von der hVE werden auch Aufgaben im Rahmen des Verbunds der privaten Anteilseigner wahrgenommen.

Zu Frage 2: Im Rahmen der Vorlage einer Strategie zur Zukunft der hWB, die seitens der GF der hanseWasser Bremen im Jahr 2022 dem Aufsichtsrat vorgelegt wurde, wurde deutlich, dass eine über das bisherige Maß hinausgehende Aufgabenverlagerung von regionalen Geschäftsfeldern der hanseWasser Bremen auf die hanseWasser Ver- und Entsorgungs-GmbH geplant ist. Dies hat die FHB zum Anlass genommen, zum einen im Rahmen der Wirtschaftsplanaufstellung für das Jahr 2023 folgende der hanseWasser Bremen GmbH mit einer Nichtzustimmung zu einer solchen Strategie zu intervenieren und zum anderen im Rahmen eines Workshops des Aufsichtsrats der hanseWasser Bremen GmbH nun eine deutlich größere Transparenz hinsichtlich etwaiger, seitens der FHB unerwünschter Überlegungen der privaten Gesellschafter herzustellen.

Die Stadtgemeinde Bremen befindet sich deshalb derzeit mit der hWB in einem intensiven Austausch über die Entwicklung der Geschäftsfelder der Gesellschaft. In den bisherigen Diskussionen konnte für bestimmte bisherige Drittgeschäftsprodukte der hWB Einvernehmen darüber erzielt werden, dass diese bei der hWB verbleiben. Hiervon sind beispielsweise die folgenden Dienstleistungen betroffen: Hausanschlussreinigung, Kanaldienstleistungen, Grundstücksentwässerung. Für andere Drittgeschäftsprodukte, insbesondere die Zuführung nicht bremischer Klärschlämme zur Verwertung, konnte noch kein Einvernehmen erzielt werden.

Zu Frage 3: Dem Senat ist bekannt, dass die privaten Anteilseigner der hWB die Weiterentwicklung von einigen Geschäftsfeldern, die auch von der hWB wahrgenommen werden könnten, auf der Ebene der hVE anstreben. Derzeit finden hierzu Abstimmungsgespräche zwischen der Stadtgemeinde Bremen und der hWB statt. Ziel ist es, gemeinsame Kriterien zu entwickeln, die zukünftig eine eindeutige Aufgabenabgrenzung zwischen der hWB und der hVE ermöglichen, und die hWB als eine von der hVE unabhängige

Organisation zu erhalten, um damit eine wesentliche Voraussetzung für die Entscheidungsfreiheit der Stadtgemeinde bei der Festlegung der Folgeorganisation der Stadtentwässerung ab 2029 sicherzustellen.

Anfrage 9: Fachkräftemangel als Ursache für fehlende Kitaplätze
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU
vom 21. Februar 2023

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Gruppen innerhalb von Einrichtungen der Kindertagesbetreuung können aktuell aus dem Grund nicht eröffnet werden, weil die notwendigen pädagogischen Fachkräfte hierfür fehlen (Stichtag 15. Februar 2023)?
2. Wie viele Betreuungsplätze in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung stehen innerhalb der Stadtgemeinde Bremen in Summe aus besagtem Grund nicht zur Verfügung?
3. Wie viele zusätzliche pädagogische Fachkräfte (Erzieherinnen und Erzieher) wären rechnerisch notwendig, um alle theoretisch zur Verfügung stehenden Plätze effektiv besetzen zu können, und welche Erfolge zeitigen die Bemühungen des Senats, diese Lücke kurzfristig zu schließen?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Zum Stichtag 15. Februar 2023 konnten in der Stadtgemeinde Bremen insgesamt 39 Gruppen – 15 in der Angebotsart Krippe, 22 in der Angebotsart Elementar und zwei alterserweiterte Gruppen – nicht eingerichtet werden, weil die dafür erforderlichen Fachkräfte von den Trägern nicht eingeworben werden konnten.

Zu Frage 2: Die 39 nicht eröffneten Gruppen entsprechen einem Umfang von 610 Plätzen, davon 140 in der Angebotsart Krippe und 470 in der Angebotsart Elementar.

Zu Frage 3: Für die Versorgung von 39 Gruppen in der Angebotsart Krippe und Elementar wären rechnerisch rund 72 VZÄ pädagogische Fachkräfte bei durchschnittlichen Betreuungsumfängen notwendig.

Durch die unterschiedlichen Maßnahmen der Fachkräftegewinnung (PiA, Quereinstiegsprogramme, „Qualifizierung on the Job“, „Wege in Beschäftigung“, „Kindertagespflege-Offensive“, Attraktivierung der fachschulischen Aus- und Weiterbildungsgänge) werden kontinuierlich neue Zielgruppen erschlossen. Im Rahmen von PiA, dem Quereinstiegsprogramm und dem Programm für spanische Fachkräfte konnten bislang 230 Personen zu einem Abschluss mit staatlicher Anerkennung gebracht beziehungsweise für eine Gruppenleitung qualifiziert werden.

Abschlüsse im Rahmen der im Jahr 2022 begonnenen Maßnahmen „Qualifizierung on the Job“, „Wege in Beschäftigung“ sowie der „Kindertagespflege-Offensive“ konnten bislang noch nicht erreicht werden, da die jeweiligen Qualifizierungen noch nicht abgeschlossen sind. Bei den praxisbegleitenden Formaten (PiA) sowie den berufsbegleitenden Maßnahmen kommen die Teilnehmenden von Anfang an in den begleitenden Einrichtungen zum Einsatz, sodass hierdurch eine unmittelbare Entlastung erfolgen kann.

Anfrage 10: Unterstützungsangebote für obdachlose und suchtkranke Frauen
Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 21. Februar 2023

Wir fragen den Senat:

1. Welche Unterstützungsangebote für obdachlose suchtkranke Frauen gibt es aktuell, welche davon wurden seit 2020 neu geschaffen oder erweitert?
2. Welche Streetwork-Angebote für wohnungslose/suchtkranke Frauen gibt es im Umfeld des Bremer Hauptbahnhofs?
3. Welche weiteren Bedarfe an Notschlafstellen und Aufenthaltsräumen in den Abend- und Nachtstunden für obdachlose sowie obdachlose suchtkranke Frauen gibt es, und wie plant der Senat, diese Bedarfe abzudecken?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: In der Stadtgemeinde Bremen gibt es mit dem „frauenzimmer“ einen Tagesaufenthalt ausschließlich für Frauen: Angeboten werden ein Mittagstisch, Duschmöglichkeiten, das

Einrichten einer postalischen Adresse, eine medizinische Notversorgung, Beratung, eine Kleiderkammer, WLAN und auch kulturelle Angebote. Mit dem Café Papagei gibt es einen weiteren Tagesaufenthalt mit all den oben genannten Angeboten, der geschlechtsübergreifend genutzt werden kann.

Drogenabhängige obdachlose Frauen finden im genderübergreifend organisierten Kontakt- und Beratungszentrum eine niedrigschwellige Grundversorgung, medizinische Versorgung und einen Tagesaufenthalt. Außerdem können sie dort sowie in den Drogenhilfezentren Mitte und Nord weitere Beratungs- und Weiterbildungsangebote nutzen. Seit 2020 steht ihnen der Drogenkonsumraum ARA in Containern mit Beratung zur Nutzung zur Verfügung.

Das ergänzende Methadonprogramm EMP-Frauen ist ein frauenspezifisches Angebot für circa 50 drogengebrauchende Frauen, die substituiert, medizinisch beraten und psychosozial betreut werden möchten. Das Projekt Eltern PLUS ist ein Unterstützungsangebot für drogengebrauchende und substituierte schwangere Frauen sowie Eltern mit Kindern. Das Projekt arbeitet auch mit aufsuchender und begleitender Straßensozialarbeit. Die Streetwork-Angebote sind in den vergangenen Jahren vor allem rund um den Hauptbahnhof ausgeweitet worden.

Zu Frage 2: Alle Streetwork-Angebote für wohnungslose Menschen sind grundsätzlich für Frauen und Männer offen. Für psychisch kranke, drogenabhängige, wohnungslose Frauen sowie Frauen in der Prostitution findet im Umfeld des Bremer Hauptbahnhofs Streetwork statt, um von Gewalt bedrohten Frauen Kontakt und Hilfen anbieten zu können.

Durch muttersprachliches Streetwork wird im Bahnhofsumfeld der Kontakt auch zu geflüchteten oder migrierten Frauen mit Suchtmittelkonsum erleichtert. Damit werden Hilfeleistungen effektiver vermittelt. Die Streetwork-Projekte arbeiten vernetzt, sodass passgenaue Hilfen angeboten werden können.

Zu Frage 3: Für obdachlose und obdachlose suchtkranke Frauen gibt es in der Stadtgemeinde Bremen die Notübernachtung für Frauen sowie zwei Notübernachtungen für Frauen und Männer, die illegale Drogen konsumieren.

Für psychisch kranke, drogenabhängige, wohnungslose Frauen sowie Frauen in der Prostitution, die Gewalt erlebt haben, ist der Zugang zu aktuellen Angeboten des Hilfesystems schwierig, sodass sie Gewalt-Fachberatungsstellen nicht aufsuchen und damit unterversorgt sind. Aus diesem Grund soll perspektivisch eine Gewaltschutzeinrichtung für Frauen in prekären Lebenslagen eingerichtet werden, die auf die spezifischen Bedarfe der Frauen eingestellt ist. Diese fokussiert niedrigschwellige schnelle und unbürokratische Unterstützung betroffener Frauen im szenenahen Innenstadtbereich möglichst rund um die Uhr. Um diese Gewaltschutzeinrichtung zu konzipieren, wurden im Rahmen des Landesaktionsplans Istanbul-Konvention finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. Ziel ist es, die vorhandenen Angebote sowie die Schnittstellen zu erheben und das Konzept für die geplante Gewaltschutzeinrichtung zu finalisieren. Gleichzeitig sollen erste Maßnahmen erarbeitet werden, die in den bestehenden Strukturen schnell umgesetzt werden können.

**Anfrage 11: Zusätzliche öffentliche Toiletten
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis und
Fraktion DIE LINKE
vom 22. Februar 2023**

Wir fragen den Senat:

1. Für wie viele Toiletten an welchen Standorten wurden die im Doppelhaushalt 2020/2021 vorgesehenen investiven Mittel für öffentliche Toiletten verausgabt?
2. Plant der Senat die Schaffung zusätzlicher öffentlicher Toiletten, wenn ja, wie viele, wo und bis wann?
3. Wie gedenkt der Senat, öffentliche und kostenlose Toiletten, die rund um die Uhr verfügbar und für alle Geschlechter sicher nutzbar sind, insbesondere im Bereich des Hauptbahnhofs bereitzustellen?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Der Bremer Stadtreinigung (DBS) steht für den Betrieb von öffentlichen Toiletten ein Budget im Rahmen der zugewiesenen Mittel zur Verfügung. Bei Investitionen und Sonderbedarfen greift die DBS auf Mittel aus dem Haushalt der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau zurück. Hieraus wurden in den Jahren 2020 und

2021 Maßnahmen zur Herstellung der Sanitäranlage am Werdersee sowie der Betrieb des temporär betriebenen Sanitärcontainers am Osterdeich finanziert. Es wurden also zwei neue Toiletten geschaffen.

Sonderbedarfe zur Verbesserung der Toiletten-situation wurden ab 2021 auch aus Mitteln aus dem Bremen-Fonds und entsprechender Aktionsprogramme finanziert. Dies betrifft die Toilettenanlage auf dem Hanseatenhof sowie diverse Mobiltoiletten am Osterdeich, in den Wallanlagen und in Bremen-Nord.

Zu Frage 2: Das Angebot zur Versorgung und Verfügbarkeit öffentlicher Toiletten muss verstärkt durch die Erfahrungen der letzten drei Jahre als nicht vollständig bewertet werden und soll ausgeweitet werden. Daher findet aktuell eine konzeptionelle Neuaufstellung statt, in der die Ermittlung von Qualität und Verfügbarkeit öffentlicher erreichbarer Toilettenangebote im Fokus steht.

Bei der Untersuchung werden sowohl die vorhandenen Angebote durch die „Nette Toilette“ sowie ähnlich gelagerte „halb öffentliche Angebote“ als auch die überwiegend temporär aufgestellten Container und die verstärkt nachgefragten Urinale bewertet. Wie viele Angebote neu zu schaffen oder zu reaktivieren sind, kann an dieser Stelle noch nicht abschließend ausgesagt werden. Das Segment Mitte/Östliche Vorstadt soll im Mai und das Segment Freizeit/Erholung mit den Badeseen im Juli vorliegen.

Zu Frage 3: Die Situation der sozialen Brennpunkte rund um den Hauptbahnhof, aber auch in der Innenstadt mit der Einbeziehung von Randbereichen wie dem Osterdeich, ist bereits so prekär, dass mit den genannten temporär aufgestellten Containerlösungen reagiert wurde. Das Angebot im Bahnhofsumfeld wird im Mai durch zwei fest eingesetzte Modult Toiletten verbessert. Die Anlagen sind genderneutral und werden rund um die Uhr kostenlos zur Verfügung stehen. Eine darüber hinausgehende zusätzliche Versorgung mit höherwertigen Angeboten im Bahnhofsbereich oder in der City ist Gegenstand des unter Antwort 2 genannten Konzepts. Hierzu ist die Forderung aus weiten Teilen der Gesellschaft bereits deutlich erkennbar.

Anfrage 12: Brandschutzsanierung des Kultur-zentrums Schlachthof

Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Ralf Schumann, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE

vom 23. Februar 2023

Wir fragen den Senat:

1. Warum wurde bisher keine Genehmigung für die Brandschutzsanierung des Kulturzentrums Schlachthof erteilt, und welche Möglichkeiten sieht der Senat, eine solche Genehmigung zeitnah zu erteilen?
2. Wie stellt der Senat sicher, dass die Sanierungsarbeiten wie geplant noch in diesem Jahr durchgeführt werden können?
3. Wie sieht die aktuelle Zeitplanung des Senats bezüglich des Ersatzneubaus auf dem Gelände des Kulturzentrums aus, mit dem die nicht mehr nutzbaren Räume im Turm kompensiert werden sollen?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Das Brandschutzkonzept für das Kulturzentrum Schlachthof befindet sich aktuell noch in der Abstimmung zwischen Konzeptsteller, Prüfeningenieur, Feuerwehr und Denkmalschutzbehörde, um letzte Fragen zu klären. Bei dem Kulturzentrum handelt es sich um ein komplexes, im Betrieb befindliches Bestandsgebäude, das nicht nur einen Sonderbau darstellt, sondern auch im Februar 2023 durch das Landesamt für Denkmalpflege unter Denkmalschutz gestellt wurde. Somit sind vielschichtige Abstimmungen erforderlich. Für die Zeit bis zur Genehmigung wurden Zwischenkonzepte entwickelt und geprüft, die die derzeitige Nutzung unter Berücksichtigung von Auflagen zum organisatorischen Brandschutz ermöglichen.

Zu Frage 2: Immobilien Bremen und das beauftragte Architekturbüro stehen in einem direkten intensiven Kontakt mit den Genehmigungsinstanzen, um die noch offenen Punkte möglichst kurzfristig zu klären. Zusätzlich wird der Rahmenterminplan auf Optimierungen geprüft und die Vergabe von Bauteilen mit besonders langen Lieferzeiten zeitnah vorbereitet.

Zu Frage 3: Die Planung für den Ersatzneubau liegt im Zeitplan. Die erforderliche EW-Bau wurde termingerecht fertig gestellt und durch

die Fachaufsicht geprüft. Sie bildet die Basis für den Beschluss der Maßnahme im Sanierungsprogramm 2023. Sobald das Sanierungsprogramm im Haushalts- und Finanzausschuss am 17. März 2023 beschlossen wird, wird die Maßnahme mit der Genehmigungs- und Ausführungsplanung in die Durchführung gehen. Die bauliche Fertigstellung ist ungefähr im 4. Quartal 2025 vorgesehen.

Anfrage 13: Welche Pläne hat der Senat für das alte Ortsamt Osterholz?

Anfrage der Abgeordneten Claas Rohmeyer, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 10. März 2023

Wir fragen den Senat:

1. Welche Nachnutzung plant der Senat für das historische Gebäude des Orsamtes Osterholz, wenn das Ortsamt an einen neuen angemieteten Standort im Ortsteil Schevemoor umgezogen sein wird?

2. Inwieweit werden der Stadtteil und der Beirat Osterholz in etwaige Nachnutzungspläne eingebunden, und welche baulichen Veränderungen sind gegebenenfalls geplant?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Der Senat prüft derzeit für die Osterholzer Heerstraße 100 eine Nachnutzung durch die Polizei Bremen. Das Gebäude, aus dem das Ortsamt auszieht, wurde zuletzt durch das Ortsamt und das Polizeirevier Osterholz in Flächen-teilung genutzt.

Die Umsetzung der Polizeireform beinhaltet die Realisierung eines Polizeikommissariats in Bremen-Osterholz. Auf Basis einer Bedarfsplanung wurde eine erste Vorkonzeption für das künftige Polizeikommissariat Ost II auf dem Grundstück Osterholzer Heerstraße 100 erarbeitet. Es werden derzeit verschiedene Varianten geprüft. Es sollen die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen für einen Neu- beziehungsweise Umbau an dieser Stelle aufgezeigt werden. Keines der Gebäude auf der Liegenschaft steht unter Denkmalschutz.

Zu Frage 2: Der Beirat wird am 23. März 2023 in der öffentlichen Sitzung des Ausschusses Inneres, Prävention und Sicherheit über den Zwischenstand informiert.

Anfrage 14: Situation auf dem Lucie-Flechtmann-Platz

Anfrage der Abgeordneten Mustafa Öztürk, Sahhanim Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. März 2023

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die derzeitige Aufenthaltsqualität für die verschiedenen Nutzungsgruppen des Lucie-Flechtmann-Platzes und die Auswirkungen auf die Nachbarschaft?

2. Welche Erkenntnisse hat der Senat über ein Anwachsen der Drogenszene, über eine diesbezügliche Verdrängung vom Hauptbahnhof zum Lucie-Flechtmann-Platz und über eine damit verbundene Zunahme von Beschaffungskriminalität in dessen Umfeld?

3. Was unternimmt der Senat zur Verbesserung der Situation auf dem Lucie-Flechtmann-Platz?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Insgesamt nimmt die Zahl an Besucherinnen und Besuchern deutlich zu, darunter auch Personen, die illegale Suchtmittel konsumieren. Die Polizei Bremen registriert insbesondere in den Nachmittags- und Abendstunden Szeneangehörige sowie vereinzelt Straßenhändler aus dem Bahnhofsumfeld. Im Rahmen der polizeilichen Maßnahmen konnten diese Gruppen aber bisher nicht mit zunehmender Unordnung in Verbindung gebracht werden. Unordnung sowie Lärm zur Abend- und Nachtzeit führen zu Beschwerden, sind aber diesen Gruppen nicht zuzuordnen, sondern anderen Nutzergruppen.

Zu Frage 2: Die Situation im Bereich des Lucie-Flechtmann-Platzes variiert von Tag zu Tag erheblich. Während sich an einigen Tagen nur wenige und ausschließlich der ursprünglichen Szene zugehörige Personen vor Ort aufhalten, werden an anderen Tagen bis zu 20 Personen gezählt, darunter auch Personen aus der BTM-Szene vom Bahnhofsumfeld. Nach wie vor wird der Platz zum Konsum von Alkohol genutzt, allerdings fühlt sich diese Gruppe wegen der wachsenden BTM-Szene zunehmend unwohl, sodass von einem Verdrängungseffekt auszugehen ist. Eine Zunahme von Beschaffungskriminalität im Umfeld des Platzes ist bisher nicht beobachtet worden. Aktuell liegen nach den Be-

obachtungen der Polizei Bremen auch keine Anhaltspunkte dafür vor, dass vom Kern der Szene eine erhöhte Gefahr für Anwohnende ausgeht.

Zu Frage 3: Die Polizei Bremen behält den Platz in Form von Aufklärungstreifen und Schwerpunktmaßnahmen weiter im Fokus. Straftaten und Ordnungswidrigkeiten werden geahndet, eine persönliche Ansprache dient zudem der Sensibilisierung zum Zwecke der Prävention. Die Polizei Bremen pflegt schließlich auch in Zukunft einen engen Kontakt zu Anwohnerinnen und Anwohnern, dem Ortsamtsleiter, dem Streetworker und weiteren Beteiligten. Darüber hinaus stehen die Ressorts Gesundheit, Inneres und Soziales im engen Austausch.

Anfrage 15: Versuchter Maulkorb im Bildungsressort?

Anfrage der Abgeordneten Yvonne Averwesser, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 15. März 2023

Wir fragen den Senat:

1. Welche Ziele verfolgte der Senat mit der zwischenzeitlich zurückgezogenen Behördenmitteilung Nummer 77/2023 „Richtlinie zum Umgang mit Anfragen aus den Bereichen Presse und Politik“ der Senatorin für Kinder und Bildung, und was genau ist dabei unter Anfragen „aus der Politik“ zu verstehen?

2. Wer hat die Mitteilung 77/2023 in Auftrag gegeben, und aus welchem Grund und durch wen wurde sie zurückgezogen?

3. Welche Regeln gelten für Beschäftigte an Bremer Schulen für Anfragen aus den Bereichen Presse und Politik sowie für Äußerungen im privaten Bereich?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Da vonseiten Schulleitungen regelmäßig (insbesondere in Zeiten erhöhter öffentlicher Aufmerksamkeit) Fragen an die Schulaufsicht herangetragen werden und zahlreiche Schulleitungen noch nicht über langjährige Erfahrungen verfügen, entstand in den zuständigen Fachabteilungen bei der Senatorin für Kinder und Bildung die Auffassung, dass den Schulleitungen der stadtbremischen Schulen eine

Handlungshilfe für ihre Öffentlichkeitsarbeit an die Hand gegeben werden sollte. Der Senat oder einzelne Mitglieder des Senats waren mit der Mitteilung 77/2023 vor Verschickung nicht befasst.

Zu Frage 2: Die Mitteilung 77/2023 wurde am 14. März 2023 durch die zuständigen Fachabteilungen sowohl im Intranet der Schulen (SDP) als auch auf der Homepage der senatorischen Behörde veröffentlicht. Eine Beauftragung durch die Behördenleitung lag nicht vor. Nachdem sie der Senatorin (durch eine Anfrage eines großen Boulevardblatts) bekannt wurde, hat diese sie als missverständlich, zum Teil überflüssig und insgesamt nicht zielführend bewertet. Der ständige Vertreter des Staatsrates hat sie daraufhin aufgehoben und gegenüber allen Schulleitungen als gegenstandslos verfügt.

Zu Frage 3: Nach Artikel 105 Absatz 4 der Bremischen Landesverfassung in Verbindung mit § 5 Deputationsgesetz gilt, dass „Ausschussmitglieder“ (beziehungsweise Deputierte) „jederzeit die Einrichtungen des Aufgabenbereichs, für den der Ausschuss“ (beziehungsweise die Deputation) „zuständig ist, besichtigen und in der Verwaltung dieses Bereichs Auskunft für die Ausschussarbeit“ (beziehungsweise die Deputationsarbeit) „einholen“ können.

Für die Öffentlichkeitsarbeit bei besonderen Vorkommnissen an Schulen gelten auch zur Entlastung der Schulleitungen in solch belasteten und belastenden Situationen die Richtlinien zum Verfahren bei besonderen Vorkommnissen vom 15. Juni 2007. Im Übrigen gilt selbstverständlich § 4 Absatz 1 des Bremischen Gesetzes über die Presse: „Die Behörden des Landes und der Gemeinden sowie die der Aufsicht des Landes unterliegenden Körperschaften des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, den Vertretern der Presse in Angelegenheiten von öffentlichem Interesse Auskünfte zu erteilen, die dazu dienen, Nachrichten zu beschaffen und zu verbreiten, Stellung zu nehmen, Kritik zu üben oder in anderer Weise an der Meinungsbildung mitzuwirken.“ Als weisungsgebundene Tarifbeschäftigte beziehungsweise Beamten:innen unterliegen die Beschäftigten der Behörden dabei aber den allgemeinen arbeits- und dienstrechtlichen Verpflichtungen.

Konsensliste

Von der Stadtbürgerschaft in der 47. Sitzung nach interfraktioneller Absprache beschlossene Tagesordnungspunkte ohne Debatte.

Nr.	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
9.	<p>Bremens Kultureinrichtungen nicht im Dunkeln sitzen lassen – energiepolitische Dimensionen berücksichtigen Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 6. September 2022 (Drucksache 20/756 S)</p> <p>Dazu Mitteilung des Senats vom 18. Oktober 2022 (Drucksache 20/782 S)</p>	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.
17.	<p>Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter: Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger in den Stadtteilen erhöhen Antrag der Fraktion der CDU vom 23. Februar 2023 (Drucksache 20/854 S)</p>	Die Stadtbürgerschaft überweist das Ortsgesetz an den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte.
18.	<p>Flächennutzungsplan Bremen, 21. Änderung „Vorderes Woltmershausen“ in Bremen-Woltmershausen, Am Gaswerk, vorderes Woltmershausen (Tabakquartier) Mitteilung des Senats vom 28. Februar 2023 (Drucksache 20/855 S)</p>	Die Stadtbürgerschaft beschließt die 21. Änderung des Flächennutzungsplans.
19.	<p>Geschäftsbericht, Haushaltsrechnungen und Abschlussbericht Produktgruppenhaushalt des Landes und der Stadtgemeinde Bremen 2020 Mitteilung des Senats vom 14. Dezember 2021 (Drucksache 20/642 S)</p>	Die Stadtbürgerschaft erteilt dem Senat für das Haushaltsjahr 2020 Entlastung. Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht Kenntnis.
20.	<p>Jahresbericht 2022 – Stadt – nach § 97 Landeshaushaltsordnung Bericht des Rechnungshofs vom 10. März 2022 (Drucksache 20/677 S)</p>	Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht Kenntnis.
21.	<p>Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Stadt) für das Jahr 2020, Mitteilung des Senats vom 14. Dezember 2022 (Drs. 20/642 S) und Jahresbericht 2022 – Stadt – des Rechnungshofs vom 10. März 2022 (Drs. 20/677 S) Bericht und Antrag des Rechnungsprüfungsausschusses (Stadt) vom 6. März 2023 (Drucksache 20/857 S)</p>	Die Stadtbürgerschaft tritt den Bemerkungen im Bericht des Ausschusses bei. Sie nimmt im Übrigen von dem Bericht Kenntnis.
25.	<p>Jahresbericht 2023 – Stadt – nach § 97 Landeshaushaltsordnung Bericht des Rechnungshofs vom 9. März 2023 (Drucksache 20/861 S)</p>	Die Stadtbürgerschaft überweist den Bericht an den städtischen Rechnungsprüfungsausschuss.

Nr.	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
26.	Vorkaufsortsgesetz „Ortsmitte Huchting“ Mitteilung des Senats vom 14. März 2023 (Drucksache 20/863 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt das Vorkaufsortsgesetz.
27.	Zweites Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Bremer Volkshochschule, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen Mitteilung des Senats vom 14. März 2023 (Drucksache 20/864 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.
29.	Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 36 vom 17. März 2023 (Drucksache 20/866 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Frank Imhoff
Präsident der Bremischen Bürgerschaft